Nr. 206 Donnerstag, 7. Oktober 1920 27. Jahrgang

Leipziger Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes

Abonnementspreis für einen Monat einschließlich Bringerlohn 6.— Mk., bei Selbstabholung 5.50 Mk. Durch die Post bezogen vierteljährlich 18.— Mk., für einen Monat 6.— Mk., Bestellgeld vierteljährlich 90 Pfg., monatlich 30 Pfg. Preis der Einzelnummer 30 Pfg. — Tel. 4596. — **Postscheckkonto Nr. 53477**

Redaktion: Leipzig, Tauchaer Str. 19/21 Telegramm-Adresse: Volkszeitung Leipzig Telephon 13693. — **Verlag in Leipzig,** Tauchaer Straße 19/21 — Telephon 4596

Inseratenpreise: Die 7gespaltene Kolonelzeile oder deren Raum 1.90 Mk., bei Platzvorschrift 2.30 Mk.; Familiennachrichten, die 7gespaltene Zeile 1.70 Mk. Reklame-Kolonelzeile 7.50 Mk — Telephon für die Inseraten-Abteilung 2721 Schluß der Inseraten-Annahme für die fällige Nummer vormittags 9 Uhr

Die Leipziger Volkszeitung erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Bestellungen nehmen die Austräger, Zweiggeschäfte und alle Postanstalten entgegen.

Die Machtprobe der Berliner Zeitungskapitalisten.

Berlin, 7. Oktober. (Eigene Drahtmeldung der L. V.) Die Freiheit berichtet über den Streik im Zeitungsgewerbe: Der Streik der Angestellten im Zeitungsgewerbe hat eine gewaltige Verschärfung erfahren. Das machtlüsterne Unternehmertum im Zeitungsgewerbe, das bisher nicht gewohnt war, bei seinem Profitstreben irgendwelchen Widerstand auch seiner kaufmännischen Angestellten zu finden, hatte geglaubt, dieser Gruppe den Fuß auf den Nacken setzen zu können. Es verlangte Zustimmung zu einem Lohnabbau, obwohl gerade gegenwärtig eine neue Teuerungswelle heranrast und eine Erhöhung der Löhne erfordert, um die absolute Verelendung der Arbeiter und Angestellten aufzuhalten.

Die Absicht des Unternehmertums war, zuerst einmal dieser Gruppe verminderte Löhne aufzuzwingen, um damit dann bei den übrigen Gruppen des Zeitungsgewerbes zu folgen und dem Lohnabbau der gesamten Arbeiterschaft Deutschlands die Wege zu bereiten. Unbekümmert um die verhängnisvollen sozialen Folgen dieser Absichten sollte das durchgeführt werden.

Die übrige Arbeiterschaft des Zeitungsgewerbes aber hatte diese Absicht erkannt. Sie hatte von vornherein sämtlichen Angestellten vollständige Sympathie zugesagt und dieses Versprechen auch gehalten. Das Setzen von Inseraten wurde verweigert und sämtliche direkte und indirekte Streikarbeit, die mit der Arbeit der kaufmännischen Angestellten zusammenhing, verhindert. Betriebsversammlungen, die dazu Stellung nahmen, faßten dementsprechend einstimmige Beschlüsse.

Am gestrigen Abend haben die Unternehmer der Arbeiterschaft der Zeitungsbetriebe das Ultimatum gestellt, diese Solidaritätserklärung mit den streikenden Angestellten zurückzunehmen und die Inserate zu setzen, um so dem Streik der Angestellten die Wirksamkeit zu nehmen. Die Arbeiter haben dieses Verlangen rundweg abgelehnt, worauf die Unternehmer die gesamten Belegschaften entließen.

Beendigung des Streiks der Berliner Elektrizitätswerks-Heizer.

Berlin, 7. Oktober. (Eigene Drahtmeldung der L. V.) Der Vorwärts berichtet: Die Einigungsverhandlungen im Berliner Rathaus, die unter dem Vorsitz des Oberbürgermeisters stattfanden, haben am Mittwoch zu einer Einigung geführt. Die Forderungen der Heizer und Maschinisten wurden insoweit anerkannt, als die Arbeitszeit des in dem Kesselhaus I Moabit beschäftigten Personals soweit es unter dem Uebel der Braunkohlenverfeuerung zu leiden hat, also namentlich der Heizer, Schlackenschieber, Kohlenbahnwärter usw. auf sechs Stunden herabgesetzt wird, solange die durch die Brikettverfeuerung verursachten Uebelstände nicht behoben sind.

Der Magistratsvertreter sowohl, wie die technischen Direktoren der Elektrizitätswerke erkannten an, daß die Staubbelästigung für die Arbeiter im Kesselhaus I außerordentlich groß und stark gesundheitsschädlich ist, weil dieses sich für die Braunkohlenverfeuerung nicht eignet. Der Magistrat hat aber bereits eine große Entstaubungsanlage in Auftrag gegeben, die in fünf Wochen fertig werden dürfte. Sobald diese in Wirksamkeit tritt, soll die alte Arbeitszeit von 8 Stunden wieder eingeführt werden. Der Streiktag wird nicht bezahlt. Hierauf wurde die Arbeit 6 Uhr nachmittags wieder aufgenommen. Die Abgabe von Strom aus dem Moabiter Werk setzte bereits am Mittwochabend wieder ein.

Die Reichsregierung gegen weitere Kohlenpreiserhöhungen.

Bochum, 7. Oktober. Bei den Verhandlungen im Reichsarbeitsministerium über die Bergarbeiterfrage wurde auch auf die Erklärung der Bergbauindustrie hingewiesen, daß sie außer dem bereits vom September zu zahlenden 4.50 Mk. Lohnzuschlag pro Schicht eine weitere Erhöhung der Löhne ohne Kohlenpreiserhöhung nicht auf sich nehmen könne. Das Reichskabinett hat sich einmütig gegen eine Kohlenpreiserhöhung ausgesprochen. Es muß auf der ganzen Linie auf den Abbau der Preise hingewirkt werden. Die Verhandlungen wurden auf den 16. Oktober vertagt.

Die Sowjet-Regierung und England.

Paris, 6. Oktober. Wie die Daily Mail erfährt, hat die Sowjet-Regierung auf das am letzten Montag überreichte Ultimatum der englischen Regierung bereits Antwort erteilt. **Krassin sei bevollmächtigt worden, über alle schwebenden Fragen, sowohl politische als auch Handelsfragen, zu unterhandeln.** Das Blatt will aber wissen, daß die **Wiederaufnahme der Handelsbeziehungen innerhalb des Kabinetts Meinungsverschiedenheiten** veranlaßt habe. Krassin habe gestern im Common Office vorgesprochen.

Rotterdam, 6. Oktober. Nach einer Londoner Meldung hat **die englische Regierung** binnen einer noch festzusetzenden Frist **angemessene Bürgschaften** von der Sowjetregierung **wegen der englischen Gefangenen, der bolschewistischen Propaganda und anderer Fragen verlangt.** Die englische Regierung **weigert sich** bestimmt, dem diplomatischen Vertreter des Evening Standard zufolge, die **Verhandlungen über Handelsbeziehungen und andere Fragen fortzusetzen,** wenn die Bürgschaften nicht zum bestimmten Termin gegeben werden. Die Sowjetregierung hat Krassin alle Befugnisse in politischen und Handelsfragen übertragen, die Kamenew besessen hat.

Ein besonderes Parlament für Arbeiterangelegenheiten in Italien?

Rom, 6. Oktober. Wie Epoca hört, will Arbeitsminister Labriola einen Gesetzentwurf wegen Umgestaltung des Obersten Arbeitsrates einbringen, der dem politischen ein technisches Parlament mit über 150 Mitgliedern zur Seite stellt, die aus Verhältniswahlen der Unternehmer und Arbeiter hervorgehen sollen; dies Arbeitsparlament soll nicht nur beratend, sondern auch gesetzgeberisch in allen Fragen der Arbeitsordnung und Arbeitsbedingungen wirken, alle Verfügungen über Arbeiterangelegenheiten erörtern und alle Fragen hinsichtlich der Beziehungen zwischen Unternehmern und Arbeitern prüfen. Es soll in eine Abteilung für Handel und Industrie und in eine für Landwirtschaft zerfallen und einen ständigen Ausschuß für Vorbereitung und Durchführung von Gesetzen und zur Ausarbeitung von Ausführungsbestimmungen zu Arbeitergesetzen bilden.

Kritische Situation in der Tschecho-Slowakei

Wien, 7. Oktober. (T.-U.) Die tschechische Regierung bereitet die Verhängung des Ausnahmezustandes in der Tschecho-Slowakei vor, wo sowohl die landwirtschaftlichen wie auch die industriellen Arbeiter streiken. Es wird behauptet, daß ungarische Agitatoren die Bevölkerung aufstacheln. Außerdem herrscht Erbitterung, weil ein Alkoholverbot erlassen worden ist. Zwischen den Bauern und den tschechischen Regierungsbeamten herrscht leidenschaftliche Feindschaft. Auch in Tschechien ist die innere politische Lage infolge der Uebergriffe der Kommunisten in Prag sehr ernst und der Ministerpräsident Tusar muß seine beabsichtigte Reise nach Berlin aufgeben oder verschieben, um in diesen gefährlichen Tagen die Lage der Sozialdemokraten gegenüber den Kommunisten zu behaupten. Die Kommunisten sind äußerst erbittert, weil der Karlsbader Parteitag der Sozialdemokraten den Beitritt zur dritten Internationale abgelehnt hat.

Die deutschen Sozialisten der Tschecho-Slowakei gegen Moskau.

Karlsbad, 5. Oktober. Nach dreitägiger sehr stürmischer Debatte beschloß heute abend der Parteitag der deutschen Sozialisten der Tschecho-Slowakei mit 293 Stimmen gegen **144 Stimmen dem Reichenberger Programm,** das dem der Dritten Internationale in Moskau entspricht, nicht zuzustimmen, sondern durch eine Kommission den Versuch zu machen, einen Weg zu finden, eine Spaltung in der sozialdemokratischen Partei zu verhindern. Demgemäß wurde eine fünfzehngliedrige Kommission gewählt.

Auflehnung der Kroaten gegen Serbien.

Laibach, 6. Oktober. (T.-U.) Nach Nachrichten aus Kroatien **spitzen sich die Verhältnisse zwischen den Kroaten und den Serben immer mehr zu.** Aus den in Albanien befindlichen kroatischen Regimentern **desertieren zahlreiche Kroaten,** die in Albanien bereits eine kroatische Abteilung von mehreren Tausend Mann bilden. Diese Abteilung soll durch Italien materiell unterstützt werden. Auch an der ungarischen Grenze desertieren zahlreiche Kroaten. Die **Bauernschaft** in Kroatien scheint **gut bewaffnet und organisiert.** Die **Belgrader Regierung** wagt indessen zurzeit **nicht, die Entwaffnung der Bauernschaft zu fordern.**

Unterzeichnung des Waffenstillstandsvertrages in Riga am 8. Oktober.

TU. **Riga**, 7. Oktober. Nach einer amtlichen Meldung haben am Dienstag abend in Riga Joffe und Domboki ein **Protokoll unterzeichnet,** in dem gesagt wird, daß **beide Parteien** in den **Hauptbedingungen** für den Frieden zu einer **Einigung** gekommen seien. Die Unterzeichneten **verpflichten** sich danach, am Freitag, dem 8. Oktober **die Bedingungen für den Waffenstillstand** und den **Vorfrieden** zwischen **Rußland** und der **Ukraine** einerseits und **Polen** anderseits zu **unterzeichnen.**

Einigung zwischen Polen und Litauen.

Wilna, 6. Oktober. Die Lit. Telegr.-Agentur berichtet über die litauisch-polnischen Verhandlungen in Suwalki, **die polnische Delegation habe sich bereit erklärt, den litauischen Vorschlag über die Festsetzung einer Demarkationslinie anzunehmen.**

Bevorstehende Unterzeichnung des russisch-finnischen Friedensvertrages.

Helsingfors, 5. Oktober. Aus Dorpat wird unter dem 4. d. M. gemeldet: In der heutigen Plenarversammlung **gingen die Russen auf die finnischen Forderungen ein.** Hochland wird erst neutralisiert, nachdem die internationalen Garantien dafür geschaffen sind. Die Grenze bei Petschenga wird derart gezogen, daß Finnland den nördlichen Teil östlich der Waidagerbahnbucht (?) erhält. Die **Unterzeichnung des Friedens wird wahrscheinlich Anfang nächster Woche erfolgen.**

Zum englischen Bergarbeiterkonflikt.

London, 6. Oktober. **Lloyd George** wird am Freitag in Llandudno (Wales) eine Rede halten, in der er die **Einzelheiten der Regierungsvorschläge für die Lösung des Bergarbeiterkonfliktes** mitteilen wird.

London, 6. Oktober. In verschiedenen Bergwerken des Bezirks, wo gestern der Proteststreik ausgebrochen ist, wurde heute die **Arbeit wieder aufgenommen.**

Der Sumpf des Auswärtigen Amtes.

Von Walter Oehme, zur Zeit Wilna.

Als der jetzige Außenminister Simons sein Amt antrat, fuhr er, wie alle eingeweihten Politiker wissen, mit der Ueberzeugung nach Spa, daß dort die Hoffnungen, die Herr Fehrenbach und Herr Geßler, teils mit Gestammel, teils mit dröhnenden Reden glaubten verwirklichen zu können, eitel waren, daß also die wahre Aussicht für die deutsche Wiederaufbaupolitik im Osten, nicht im Westen lag. Er kam heim von Spa und von der Rednertribüne des Reichstags kamen Worte, die alles aufhorchen ließen: Wiederherstellung der wirtschaftlichen Beziehungen zu Rußland, Wiederaufnahme der diplomatischen Beziehungen! Ein Interview des Ministers jagte das andre und überall: schnellste Wiederherstellung geordneter Beziehungen zu Rußland. Je mehr die russischen Truppen vorwärtsdrangen, je näher sie Warschau rückten, desto eifriger schienen die Bestrebungen Herrn Simons zu werden. Alle Welt glaubte, daß er in kürzester Frist die so lange verzögerte große politische Tat der politischen und wirtschaftlichen Neuerschließung des europäischen Ostens beginnen werde.

Er hat damals Lorbeeren auf Vorschuß in unerhörter Fülle gepflückt. Alle, die ihn näher kannten, glaubten zu wissen, daß er nicht ein Mann der Worte, sondern der Tat, ein Charakter sei, der gerade, zielbewußte Politik treiben würde. Dann kam der Rückschlag in der russischen Offensive. Die Polen schlugen die 4. russische Armee. Das ganze Rad der politischen Entwicklung stand nicht nur still, sondern lief mit gleicher Geschwindigkeit in entgegengesetzter Richtung. Es zeigte sich sehr schnell, daß Herr Simons keinerlei selbständige Politik hatte wagen wollen. Er hatte immer sorgfältig nach dem Leitstern der englischen Politik ausgeschaut. Solange es schien, daß England unter dem Druck der russischen Siege den Weg der Verständigung mit der Sowjetregierung suchte, solange spielte auch Herr Simons den starken Mann, der das Steuer der deutschen Politik nach Osten herumwarf. Als dann aber plötzlich Lloyd George seine Politik änderte und auf die Anerkennung der Wrangelregierung durch Frankreich noch die tönenden Anklagen gegen die wortbrüchige Sowjetregierung einsetzten, da verlor auch der deutsche Außenminister alle Haltung und hielt erschreckt auf dem einmal beschrittenen Wege inne.

Monate sind vergangen und noch immer ist die Wiederherstellung der diplomatischen Beziehungen zu Rußland nicht vollzogen. Es ist wieder still geworden von Herrn Simons großen Plänen; im Auswärtigen Amt sind alle die auf Urlaub gegangenen Polen- und Wrangelfreunde wieder auf ihre Posten zurückgekehrt und singen nun triumphierend ihr Siegeslied. Sie haben es vorausgesagt, daß alles mit einer großen Katastrophe für die Russen enden werde und nun komme in wenigen Wochen der schon tausendmal vergeblich prophezeite Untergang der Sowjetregierung. In diesem Klüngel der Geh. Legationsräte und Ministerialdirektoren ist nun auch Herr Simons untergegangen. Wenn es noch irgend jemand zweifelhaft gewesen wäre, daß eher das deutsche Volk zugrunde geht, als daß es gelänge, den Sumpf im Auswärtigen Amt auszutrocknen, der hat nun den unumstößlichsten Beweis in der Hand. Selbst der Minister, der aus seiner früheren Laufbahn alle Schliche und Winkelzüge dieses Verfügungen und beschriebene Papierblätter im Kreise verschiebenden, geistig völlig verkalkten Beamtenheeres kannte, hat seiner nicht Herr werden können und ist den Schlichen erlegen.

Und warum das alles? Weil auch er nicht den Mut fand zu einer gradlinigen, selbständigen Politik. Weil auch er letzten Endes kein Ziel vor sich hatte, sondern immer nur auf die Himmelserscheinungen über seinem Wege und rechts und links von sich achtgibt. Weil er eine Annäherungspolitik treibt, sich ängstlich an den Triebwagen der englischen Politik anklammert und mit diesem hin und her schleudert. Nur daß in solchen Fällen viel seltener der Triebwagen als der Anhänger entgleist und zertrümmert.

Die sonst so zielsichere und konsequente englische Politik hat in der Ostpolitik so erhebliche Schwankungen in der letzten Zeit durchgemacht, daß zwar ein so solid gebauter Staatswagen sie eine Weile vertragen kann, nicht aber kann der hinterherschleudernde Anhängewagen der deutschen Politik diese Stöße und Gegenstöße ertragen. Wer weiß eigentlich in Deutschland noch, welche Politik bei uns getrieben wird, wer hat es überhaupt länger als 24 Stunden zu wissen geglaubt?

Inzwischen geht im Osten alles an allgemeiner Erschöpfung dem Ende zu. Selbst der Frieden in Riga ist so gut wie sicher, weil beide Parteien so völlig erschöpft sind, daß sie an eine Fortsetzung des Kampfes nicht denken können. Wenn das das Ziel der englischen Politik war, wenn man dort frevelhaft genug war, lediglich um des Gewinnes neuer Absatzgebiete willen auf Jahrzehnte hinaus die Produktion eines halben Erdteils zu vernichten, so hat man dieses Ziel erreicht und die deutsche Politik, die, willig folgend, die Hand zu diesem Spiele geboten hat, ist mitschuldig. Heute haben die lächerlichen Randstaatengebilde,

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id394414608-19201007/1 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG

von denen die einen nicht einmal genügend Wirtschaftsleben haben, um überhaupt existieren zu können, während die andern, um leben zu können, das wirtschaftliche Leben in Steuern ersticken müssen, plötzlich eine Bedeutung gewonnen, weil in ihnen wenigstens noch die Möglichkeit wirtschaftlicher Produktion gegeben ist, während der gewaltige russische Wirtschaftskörper auf Jahre hinaus zu ringen haben wird, um nur die Wunden, die der Krieg seinem Verkehrswesen geschlagen hat, auf das notdürftigste zu heilen. Die klugen Politiker des Westens, sie haben den Osten nicht zur Ruhe kommen lassen, sie haben um ihrer Interessen willen die Ostvölker aufeinander gehetzt und stehen nun hilflos vor dem Trümmerhaufen, dessen erstickende Massen auch das Wirtschaftsleben Westeuropas bedrohen.

Es ist kein Zweifel, daß der Osten jetzt zur Ruhe kommt, zur Ruhe der völligen Erschöpfung. Was aber wird nun bei uns? Berät man noch immer im auswärtigen Amt, ob als Genugtuung für die Ermordung des Gesandten Mirbach, die gar nicht von den Bolschewisten, sondern von ihren politischen Gegnern verursacht wurde, nach dem Muster des Pariser Platzes eine Ehrenkompanie der Roten Armee vor der gehißten deutschen Flagge defilieren soll? Oder hat ein Legationsratsgehirn eine neue Idee ausgeklügelt, daß etwa Lenin zur Sühne eine Friedenspfeife echt deutschen Tabaks rauchen soll? Anstatt das große Ziel gemeinsamen wirtschaftlichen Wiederaufbaus endlich durch praktische Maßnahmen anzustreben, verhandelt man mit den Liliputanerstaaten Lettland Estland und Litauen um einige Kilogramm Flachs und ein paar Klafter Holz. Niemand außer Deutschland und Rußland hat bisher den litauischen Staat de jure anerkannt und trotz eifrigster wirtschaftlicher Konkurrenz hat die englische Regierung trotzdem nicht ein Veto und Drohgeschrei erhoben. Aber bei Rußland will niemand das Experiment wagen. Das große Geschäft der jährlichen Lieferung von 1000 Lokomotiven an Rußland, die man uns in Gold zahlen will, wird scheitern, wenn die deutsche Regierung die Wiederherstellung der diplomatischen Beziehungen verweigert. Es scheint fast, als ob man wieder einmal für diesen Winter auf das Ende der Sowjetherrschaft hofft. Der Troß der bürgerlichen Presse, der noch eben seine nationalbolschewistischen Jubelschreie in die Welt gellen ließ, ist stumm geworden. Greuelmärchen über den russischen Bolschewismus haben die Lobeshymnen auf die bolschewistische Energie wieder abgelöst, seit die Hoffnung vorüber ist, mit Hilfe der Roten Armee den Versailler Friedensvertrag zertrümmern zu können.

Der Friedensschluß in Riga wird eine völlig neue Situation im Osten schaffen. Der bolschewistische Plan der mit Waffengewalt herbeizuführenden Weltrevolution ist an den stärkeren wirtschaftlichen und ökonomischen Tatsachen gescheitert, in seinem Existenzkampfe aber hat das russische Proletariat sich gegenüber allen Feinden behauptet. Es ist Sache des deutschen Proletariats, zu beweisen, daß es unter Ablehnung aller himmelstürmenden Utopien jetzt wie immer bereit ist, mit der Tat das Werk der russischen Brüder zu fördern und Hand in Hand mit ihnen den Aufbau einer sozialistischen Produktion zu organisieren. Wir möchten den Minister sehen, der diesem Willen des Proletariats gegenüber noch weiter im Sumpfe des auswärtigen Amts umherzuirren wagt.

Die Zerstörung beginnt!

Ein Gewaltakt gegen die „Freiheit".

Unter dieser Ueberschrift veröffentlicht die Freiheit vom Donnerstagmorgen die folgenden Dokumente und Erklärungen:

Am Dienstagabend erhielt die Geschäftsleitung der Verlagsgenossenschaft der Freiheit das folgende Schreiben:

Berlin, den 5. Oktober 1920.

An die
Geschäftsleitung der Verlagsgenossenschaft Freiheit.

Auf Grund des Beschlusses der Preßkommission vom 30. September cr., beauftragen wir die Geschäftsleitung, nachgenannten Redakteuren mit der Maßgabe zu kündigen, daß sie mit Fertigstellung der Donnerstagmorgen-Ausgabe der Freiheit dieser Woche, ihre Tätigkeit einzustellen haben.

Die in Betracht kommenden Redakteure sind:
Hilferding, Hertz, Liebschütz, Prager, Nabold, Seidel, Stein, Leid, Wielepp, Dahlke.

Im Auftrage
Paul Schwenk,
Vorsitzender der Preßkommission.

Beschluß.

Die Preßkommission beschließt, daß die Neubesetzung der Freiheit-Redaktion sofort vorgenommen wird.

Am 30. 9. 20 mit 12 gegen 8 Stimmen bei einer Enthaltung angenommen. P. Schwenk.

Die Geschäftsleitung hat darauf mit folgendem Schreiben geantwortet:

Berlin, den 6. Oktober 1920.

An den
Vorsitzenden der Preßkommission
Herrn Paul Schwenk
Berlin N. 65, Triftstr. 44.

Werter Genosse!

Wir bestätigen den Empfang Ihres Briefes vom 5. d. Mts. und der ihm beigefügten Abschrift des Beschlusses der Preßkommission vom 30. September cr. Diesem Beschluß entnehmen wir, daß die Redaktion der Freiheit sofort neu besetzt werden soll.

So wenig wir Ihnen zu raten haben, wie Sie die von Ihnen gefaßten Beschlüsse ausführen, so müssen wir doch hervorheben, daß Ihr Brief an uns sich mit Ihren Beschlüssen nicht deckt. Hiervon abgesehen sind wir nicht in der Lage, von Ihnen Aufträge entgegenzunehmen, zumal nicht solche, die sich auf rechtliche Handlungen beziehen, die unser Vorstand nach seinem pflichtmäßigen Ermessen vorzunehmen und allein vor den genossenschaftlichen Instanzen zu verantworten hat. Wir würden uns begründeten Vorwürfen aussetzen, wenn wir uns von Ihnen, die Sie nicht dazu befugt sind, zu einem Schritte bestimmen ließen, der zu einer jetzt noch gar nicht übersehbaren finanziellen Belastung der Verlagsgenossenschaft führen müßte. Ueberdies würde die Ausführung Ihres „Auftrags" dazu führen, daß die „Freiheit" bis auf weiteres nicht erscheinen kann, indem man sich lediglich darauf beschränkt, die bisherigen Verhältnisse in der Redaktion zu zerstören.

Wir weisen Sie übrigens auf den früheren Beschluß hin, wonach über die Anstellung und die Entlassung von Redakteuren der Freiheit in gemeinsamer Sitzung der Preßkommission, sowie des Vorstands und des Aufsichtsrats der Genossenschaft zu beschließen ist. Eine solche Sitzung hat bisher nicht stattgefunden.

Soweit im Vorstehenden rechtliche Verhältnisse berührt sind, wollen Sie unsre Aeußerungen als rechtsverbindliche Erklärungen der Genossenschaft auffassen. Darüber hinaus bringen die Unterzeichneten nur ihre persönliche Meinung zum Ausdruck: sie halten es für nötig, die Sache in einer Gesamtsitzung des Vorstands der Genossenschaft zu behandeln, und behalten dem Gesamtvorstande, desgleichen dem Aufsichtsrat den ihnen zustehenden Einspruch gegen Ihren Brief vor.

Mit Parteigruß
Verlagsgenossenschaft Freiheit, e. G. m. b. H.,
C. 2, Breite Straße 8/9.
R. Budde, R. Küter.

•

Das Schreiben des Vorsitzenden der Preßkommission stellt einen unerhörten Eingriff in das Recht der Parteigenossen dar, selbst über das Schicksal ihrer Zeitung zu bestimmen. Es setzt sich über alle Schranken hinweg, die der Preßkommission sowohl nach der politischen wie nach der rechtlichen Seite eingeräumt wurden. Dieses Vorgehen des Vorsitzenden der Preßkommission bedeutet deshalb nichts anderes, als daß an dem Eigentum der Berliner Parteigenossen ein Raub begangen, daß die Freiheit in die Hand der Kommunisten gebracht werden soll, bevor noch die Partei ihr endgültiges Votum über ihre künftige Stellung abgegeben hat.

Tausende von Parteigenossen haben an dem Bau der Freiheit gearbeitet, Tausende von Proletariern haben ihre Groschen dazu beigesteuert, daß der Unabhängigen Sozialdemokratie in Berlin ein Organ geschaffen werde. Und nun soll dieses Werk zerstört werden! Man will zu dem moralischen Verlust, der das revolutionäre Proletariat durch die von Moskau befohlene Spaltung der Unabhängigen Sozialdemokratie erleidet, noch den wirtschaftlichen Verlust hinzufügen, indem man das Berliner Organ unsrer Partei, die Freiheit, zugrunde richtet.

Nichts anderes aber bedeutet das Schreiben des Vorsitzenden der Preßkommission. Wir haben früher schon festgestellt, daß die Preßkommission zuerst beschlossen hatte, die Entscheidung über eine etwaige Abberufung der Redakteure den Distrikten zu überlassen. In der nächsten Sitzung wich sie von diesem Beschluß ab. Aber auch dieser Beschluß stand im Widerspruch zu den der Preßkommission eingeräumten Befugnissen, denn Anstellung und Entlassung von Redakteuren kann nur in gemeinsamer Sitzung der Preßkommission mit dem Vorstand und dem Aufsichtsrat der Genossenschaft beschlossen werden. Diesen Tatbestand hat die Preßkommission in der Sitzung, in der sie ihren neuen Beschluß faßte, selbst festgestellt, sie war sich darüber klar, daß bei einem Einspruch des Vorstands eine neue gemeinsame Sitzung notwendig sei.

Der Vorsitzende der Preßkommission setzt sich aber selbstherrlich über den zweiten Beschluß dieser Körperschaft hinweg. Dort ist mit keinem Wort ein bestimmter Termin über die etwaige Abberufung der Redakteure angegeben worden. Wenn jetzt von der Geschäftsleitung verlangt wird, daß die Redaktion ihre Tätigkeit an einem bestimmten Tage einstellen soll, so geht deutlich die Absicht daraus hervor, daß man, ohne einen Beschluß der wirklich verantwortlichen Körperschaften abzuwarten, eine vollendete Tatsache schaffen will. Mit anderen Worten: unter Mißachtung aller rechtlichen, politischen und parteigenössischen Verhältnisse soll an der Freiheit ein Gewaltakt verübt werden, um das Blatt den Kommunisten in die Hände zu spielen.

Diese Ungeheuerlichkeit wird gekrönt durch das Stillschweigen darüber, was nach der Auffassung des Vorsitzenden der Preßkommission künftig mit der Freiheit geschehen soll. Es ist ohne weiteres anzunehmen, daß die „bewährten Kommunisten" schon in Bereitschaft stehen, die mit Genehmigung der Moskauer Diktatoren die Freiheit-Redaktion besetzen sollen. Soll aber unter „Diktatur des Proletariats" verstanden werden, daß die Masse der Parteigenossen zwar die größten Opfer für den Aufbau und die Verbreitung ihres Blattes bringen, nichts aber darüber zu bestimmen haben dürfen, wer in die Vertrauensposten der Redaktion hineingesetzt wird? Soll darüber allein mit diktatorischer Gewalt irgend eine ungenannte Körperschaft zu entscheiden haben, deren Befehle der Vorsitzende der Preßkommission auszuführen hat?

Der Plan zu diesem Gewaltakt an der Freiheit ist offenbar unter dem Eindruck der Urabstimmung vom vergangenen Sonntag gefaßt worden. Es hat sich an diesem Tage gezeigt, daß die Masse der Parteigenossen eine ganz andere Meinung sich gebildet hat, als die Anhänger der Moskauer Diktatur sich vorgestellt hatten. Nun glaubt man, nicht erst die Spaltung der Partei abwarten zu müssen, sondern vorher schnell noch das Organ der Unabhängigen Sozialdemokratie zu zertrümmern, wenn der Gewaltakt mißglücken sollte.

Die Redaktion der Freiheit hat wiederholt erklärt, daß sie mit dem Vertrauen, das ihr die Gesamtheit der Parteigenossen entgegenbringt, steht und fällt. Sie wird sich daher vor diesem Gewaltakt nicht beugen, sondern mit Ruhe die Beschlüsse abwarten, die die Parteigenossen zu fassen für notwendig halten. Bis dahin aber rufen wir die Parteigenossen auf, sich jeder Gewalttat zu widersetzen und es zu verhüten, daß die Partei und ihre Organe in Trümmer zerschlagen werden!

•

Erklärung.

Die Preßkommission ist seinerzeit auf Antrag der von der Generalversammlung der Verlagsgenossenschaft Freiheit gewählten Revisionskommission geschaffen worden. Die Revisionskommission, der ich angehörte, hat damals in ihrem Antrag, der von der zweiten Generalversammlung der Verlagsgenossenschaft Freiheit angenommen worden ist die Befugnisse der Preßkommission ausdrücklich festgelegt. Die Preßkommission sollte hiernach vor allen Dingen dem Aufsichtsrat die Aufsicht über die redaktionelle Haltung des Blattes abnehmen. Die rein geschäftlichen Aufgaben blieben restlos dem Aufsichtsrat vorbehalten. Bei der Aufsicht über die redaktionelle Haltung sollte die Preßkommission in dauernden Zusammenkünften mit der Redaktion der Freiheit den Willen der Genossen zum Ausdruck bringen. Bei irgendwelchen Differenzen mit der Redaktion hat sie die Aufgabe, an die Mitglieder in den einzelnen Distrikten zu appellieren. Ihre Rechte waren hierauf beschränkt und sind auf Antrag von Genossen Stolt und von mir nur im folgenden einen Punkte erweitert worden, in einer Fassung, die ungefähr wörtlich folgendermaßen lautet:

„Bei Entlassungen oder Neueinstellungen von Redakteuren muß die Preßkommission gehört werden. Ist die Preßkommission mit der Entlassung bezw. Neueinstellung nicht einverstanden, so hat eine gemeinsame Sitzung von Aufsichtsrat, Vorstand und Preßkommission stattzufinden, in der mit einfacher Stimmenmehrheit die strittige Frage entschieden wird."

Ich weise ausdrücklich darauf hin, daß nach diesem Beschluß die Preßkommission weder zu eigenmächtigen Einstellungen, noch zu eigenmächtigen Entlassungen befugt ist. Sie hat diese Aufgaben, wie bereits betont, gemeinsam mit Aufsichtsrat und Vorstand zu lösen. Wenn jetzt einige Mitglieder der Preßkommission den Vorstand „beauftragen", Redakteure zu entlassen, so ist dies weiter nichts als eine unzulässige Anmaßung.

Alfred Berger.

•

Wie uns mitgeteilt wird, sind Gerüchte im Umlauf, nach denen die Freiheit gewaltsam besetzt werden soll. Wir wissen nicht, ob diese Gerüchte den Tatsachen entsprechen. Das eine aber muß bei dieser Gelegenheit ausgesprochen werden: Es wäre der härteste Schlag, den das Proletariat erleiden würde, wenn der bisherigen Selbstzerfleischung der Arbeiterschaft noch ein mit den rohesten Mitteln der Gewalt geführter Bruderkampf hinzugefügt werden sollte. Ueber einen etwaigen vorübergehenden Erfolg hinaus würde dem gemeinsamen Feind der Arbeiterklasse, der Bourgeoisie, daraus nur ein neuer Triumph erwachsen!

Zur Einreise von Sinowjew und Bucharin.

Am Sonnabend ersahen wir aus der Roten Fahne und aus der uns von der Zentrale der KPD. übersandten Abschrift eines an die KPD. gerichteten Telegramms, daß Sinowjew und Bucharin die deutsche Regierung ersucht haben, ihnen die Einreise und zeitweilige Anwesenheit in Deutschland zu erlauben, und daß beide uns ersuchen, diese Schritte zu unterstützen. Wir haben immer ausländische und insbesondere russische Genossen, die nach Deutschland kommen wollten, bei der Erwirkung der Einreiseerlaubnis unterstützt. So hat noch kürzlich Genosse Dittmann die zunächst abgelehnte Einreiseerlaubnis für den Genossen Schlapnikoff erwirkt. Daher war es selbstverständlich, daß wir uns auch der Genossen Sinowjew und Bucharin annahmen. Noch am Sonnabend morgen bemühte sich Genosse Koenen, nach Verständigung zwischen den in Berlin anwesenden Genossen Däumig und Rosenfeld, bei der Regierung auf die Erteilung der Einreiseerlaubnis hinzuwirken. Genosse Koenen konnte aber den Minister des Auswärtigen am Sonnabend telephonisch nicht erreichen. Am Dienstag wurde Genosse Rosenfeld vom Zentralkomitee beauftragt, weitere Schritte zu unternehmen. Er setzte sich sofort sowohl mit dem Ministerium des Auswärtigen und des Innern wie auch mit der Reichskanzlei in Verbindung und erklärte allen Ministerien, daß das **Zentralkomitee die Erteilung der Erlaubnis zur Einreise von Sinowjew und Bucharin verlange.** Auf besondere Anfrage der einen Regierungsstelle erklärte Genosse Rosenfeld daß das Zentralkomitee einstimmig die Gewährung dieser Erlaubnis wünscht. Die Entscheidung ist dann in der gestrigen Sitzung des Reichskabinetts gefallen. Wie wir hören, werden **der Einreise der Genossen Sinowjew und Bucharin keine Schwierigkeiten bereitet werden.**

Die Parteigenossen ersehen daraus, daß das Zentralkomitee alles getan hat, um die Erlaubnis zur Einreise für die beiden russischen Genossen zu erwirken. Das Zentralkomitee hat sich bei diesen Bemühungen für die russischen Genossen nicht im geringsten dadurch beirren lassen, daß Sinowjew in demselben Telegramm, in dem er die Hilfe des Zentralkomitees erbat, die Genossen Crispien und Dittmann beschimpfte. Vor den deutschen Genossen bedarf es keiner besonderen Zurückweisung, daß unsre Genossen Crispien und Dittmann die Beschlüsse des Moskauer Kongresses verdreht hätten. Das offizielle Material der 3. Internationale, ihre Leitsätze und Bedingungen, ist wörtlich veröffentlicht worden. Eine Verdrehung der Beschlüsse war daher nicht möglich und ist auch von Crispien und Dittmann niemals versucht worden.

Das Zentralkomitee der USPD.

Die Urabstimmung.

Groß-Dresden.

Für die Bedingungen stimmten 1463, gegen die Bedingungen 1082 Genossen. Jede Richtung erhält vier Parteitagsdelegierte.

Kreisverein Grimma-Oschatz.

Von den 1354 gültigen Stimmzetteln waren für die Annahme der Moskauer Bedingungen 307, gegen die Annahme der Moskauer Bedingungen 1047. Da nach dem Verhältniswahlsystem eine Liste als gewählt gilt, wenn keine Gegenliste eingegangen ist, so haben die ersten vier Namen der von der Kreisgeneralversammlung aufgestellten Kandidatenliste als gewählte Delegierte, die übrigen als Ersatzleute zu gelten.

Kreisverein Borna-Rochlitz.

Bei der am vergangenen Sonntag vorgenommenen Urwahl zum Parteitag wurden abgegeben: für die Bedingungen 413, gegen die Bedingungen 938 Stimmen. Fünf kleine Orte stehen noch aus, sie ändern aber an dem Kräfteverhältnis nichts mehr. Als Delegierte sind danach gewählt: als Befürworter der Bedingungen Genosse E. Dornbluth, Bahnhof Kieritzsch, als Gegner der Bedingungen die Genossen Friedrich Strube, Pegau und Raab, Borna.

Bezirk Mittweida-Burgstädt.

Der Bezirk hat einen Delegierten zum Parteitag zu wählen. Bei der Urabstimmung am Sonntag erhielten Stimmen: Als Freunde der Bedingungen Schönfeld 44 Stimmen; als Gegner der Bedingungen Müller 31 Stimmen, Fickert 126 Stimmen; zusammen also 157 Stimmen gegen die Bedingungen. Als gewählt hätte danach Genosse Fickert-Burkersdorf zu gelten. Die noch ausstehenden Ergebnisse aus einigen kleineren Orten werden an dem Gesamtresultat nichts mehr ändern.

Die Organisationen zum Moskauer Diktat.

Gebiet Jena.

Auf der Gebietsgeneralversammlung des Arbeitsgebiets VII vom Agitationsbezirk Großthüringen die am 2. und 3. Oktober in Jena tagte, wurde nach einem Referat des Genossen Höllein-Jena und einem Korreferat des Genossen Dr. Korsch-Jena und längerer Aussprache eine Resolution Höllein mit 48 Stimmen angenommen, deren Inhalt dem Aufruf entspricht, den die Genossen Knauf, Kunert, Rosenfeld, Mathilde Wurm usw. erließen und den wir in der Mittwoch-Nummer wiedergegeben haben.

Die Resolution Korsch, die die sofortige und unbedingte Aufnahme und Durchführung der Bedingungen forderte, vereinigte 39 Stimmen auf sich.

Mecklenburg.

Der Landesparteitag der USP. für beide Mecklenburg in Bützow nahm am Sonntag, dem 3. Oktober, nach Referaten der Genossen Adolf Hoffmann-Berlin und Rubin-Schwerin zu den Anschlußbedingungen Stellung. Nach lebhafter Aussprache wurde ein Antrag, den Anschluß an die 3. Internationale unter Anerkennung der 21 Bedingungen zu vollziehen, mit 37 gegen 9 Stimmen angenommen.

Gebiet Nordhausen.

In der Generalversammlung des Arbeitsgebiets 9 Großthüringen (Nordhausen, Worbis, Ilfeld) sprach Genosse

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id394414608-19201007/2 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG

Geithner-Gotha für und Parteisekretär Genosse Scholz-Erfurt gegen die Annahme der Bedingungen. Nach einer ausgiebigen Diskussion wurden die Moskauer Bedingungen mit großer Mehrheit abgelehnt und eine entsprechende Resolution angenommen, in der es zum Schluß heißt: Die Generalversammlung ersucht daher den Parteitag, durch das Zentralkomitee der Partei von neuem mit dem Exekutivkomitee der 3. Internationale in Verbindung zu treten, um die Aufnahmebedingungen nach ihrer in dieser Entschließung dargestellten Zweckbestimmung abzuändern.

Die Finanzkonferenz in Brüssel.

Schwierige Probleme.

Brüssel, 6. Oktober. Havas bestätigt, daß die Finanzkonferenz **erst am Donnerstag ihre Sitzungen wieder aufnehmen wird,** da die Ausschüsse gestern in ihren Verhandlungen ihre Entschließungen nicht ganz präzisieren konnten. Die von der **Wechselkommission** angenommene Formel soll den Regierungen lediglich empfehlen, nicht mit künstlichen Mitteln zur Lösung der Handelskrise zu intervenieren, sondern dem **Handel selbst die Mittel zur Lösung ausprobieren zu lassen.** Die gleiche Tendenz für den freien Verkehr enthalten die Empfehlungen der **Kommission für den internationalen Handel** und des **Ausschusses für internationale Kredite.** Die Frage der **Organisation der internationalen Kredite** bildet **die größte Schwierigkeit** der Stunde. Sie **verzögert auch den Abschluß der Konferenz,** und zwar sie allein. Zwei Projekte hatten diesbezüglich vorgelegen. Als die Kommission dieselben abgelehnt hatte, wurde ein dritter Vorschlag, eine Zusammenfassung von Empfehlungen, eingereicht und angenommen, nach dem ein von der Kommission ernannter Ausschuß **die Ausgaben des Völkerbundes für die einzelnen Staaten verteilt,** und zwar soll der Vorschlag vorliegen, diese Ausgaben nach dem Verhältnis der Militärausgaben der beteiligten Länder festzusetzen.

Noch keine Anbahnung neuer deutsch-französischer Handelsbeziehungen.

Paris, 6. Oktober. (Havas). Die Ankunft des deutschen Delegierten bei der Brüsseler Finanzkonferenz Bergmann in Paris, die zeitlich mit der Rückkehr des französischen Botschafters in Berlin Laurent zusammenfällt, veranlaßt zu **Gerüchten von einer plötzlichen Wiederaufnahme der wirtschaftlichen Beziehungen zwischen Frankreich und Deutschland** und von einem in naher Zukunft abzuschließenden **Handelsvertrag** zwischen den beiden Ländern. Nach dem Petit Parisien sind **diese Gerüchte durch nichts begründet.** Seit den im Juni dieses Jahres zwischen den technischen Delegierten der beiden Länder in Paris gepflogenen Verhandlungen, die zu nichts geführt haben und daher abgebrochen worden sind, sei man in dieser Beziehung **noch um keinen Schritt vorwärts gekommen.**

Und der Schwindel höret nimmer auf!

Die Unvorsichtigkeit des Geschäftsführers der Orgesch für die Provinz Sachsen und Anhalt, der seine Aktenmappe verlor, lieferte der Oeffentlichkeit abermals Kunde von der angeblichen deutschen „Roten Armee". Diesmal besteht sie nach dem Spitzelwillen der Orgesch aus 248 000 Notgardisten mit (genau) 5000 Gewehren, 10 Maschinengewehren, 12 Revolverkanonen, 8000 Handgranaten, 6000 Pistolen und (ausgerechnet) 140 000 Schuß Infanteriemunition. Sie ist eingeteilt in 10 Kommandos. Leider wird nicht gesagt, wie diese und die 248 000 Mann sich in die Waffen teilen oder ob jede Gruppe sie abwechselnd auf längere oder kürzere Zeit wärmt.

Durch das vorzeitige Bekanntwerden dieser neuen Phantasie der reaktionären Lockspitzel geht leider der Rechtspresse wieder ein sehr schönes Hetzmaterial verloren. Wir kondolieren! Daß die Herrschaften aber immer noch ihr unsauberes Schwindelspitzelwesen betreiben können, liegt an der Lässigkeit der Behörden, die nichts getan haben, um ihrem Unwesen für immer ein gründliches Ende zu bereiten.

Aus der rechtssozialistischen Partei.

Der dem **Casseler Parteitag der Rechtssozialisten vorgelegte Bericht des Parteivorstandes** berichtet von einem **Mitgliederzuwachs** von 168 000 im Berichtsjahre 1920 bei einer Gesamtmitgliederzahl von 1 180 208. Bei einer solchen Mitgliederzahl hätte die Partei für die Revolutionierung des deutschen Proletariats gar manches tun können, wenn sie sich nicht fortgesetzt als Regierungspartei gefühlt und selbst gelähmt hätte, zumal sie über **147 Parteiblätter** verfügt. Statt dessen hat sie jedoch alles daran gesetzt, die revolutionäre Energie einzuschläfern, wobei ihr neben der Presse der große, bureaukratische Apparat die größte Hilfe leisten mußte. So wird der Vorstandsbericht, der mit großer Genugtuung die großen Zahlen preist, zu einer Anklage gegen die unverantwortlichen Lässigkeiten und offene Sabotageaktion gegen das Sozialisierungsverlangen der Arbeiter, gegen die fortgesetzten Versuche, den Kapitalismus zunächst wieder zu festigen. Statt zu einem revolutionären Stoßtrupp ist die Partei zu einem Hemmklotz der Revolution geworden. Daß der Parteitag in Cassel hierin eine Aenderung herbeiführen wird, ist nach all den Erfahrungen mit dieser Partei nicht anzunehmen. Sie ist eine reformistische Partei, die auf rein demokratischem Wege den Sozialismus „erkämpfen" will und sich gar nicht an der Tatsache stößt, daß die Reaktion überall, wo sie kann, sich der gewaltätigsten Mittel bedient, dem proletarischen Vormarsch die Maschinengewehre der Orgesch und der vielen bewaffneten Organisationen entgegenstellt. Die rechtssozialistische Partei will nach dem Grundsatz: „Ruhe ist des Bürgers erste Pflicht und der Stimmzettel die einzige Waffe des Proletariats" die kapitalistische Welt aus den Angeln heben. So sammelt sie die Scharen, die sich zwar Sozialisten nennen, die Kastanien aber von anderen Proletarierschichten sich aus dem Feuer holen lassen.

Die chemische Industrie auf reaktionären Wegen.

In München tagte kürzlich die 42. Hauptversammlung des Vereins zur Wahrung der Interessen der chemischen Industrie Deutschlands, die sich in alten reaktionären Bahnen bewegte. Nach der Klage über die auch heute noch bestehende „allgemeine Arbeitsunlust" wandte sich die Versammlung **gegen die Sozialisierung des Kohlenbergbaues,** weil dessen Sozialisierung einen Rückgang der Erzeugung und damit eine Erhöhung der Preise zur Folge haben würde. „Jede andre Aenderung in der Kohlenwirtschaft dagegen, die produktionssteigernd und damit preissenkend wirkt, welchen Namen sie auch immer tragen möge, kann der Zustimmung der deutschen chemischen Industrie gewiß sein."

Außer der Sozialisierung gibt es nur das Fortbestehen der kapitalistischen Produktion, gleichviel in welcher Verschleierung. Die chemische Industrie will diese Produktionsweise aufrechterhalten, obwohl sie des öfteren ihre angeblich fortschrittliche Auffassung betonte. Die Arbeiter der chemischen Industrie sind andrer Meinung; sie werden nicht nur die Sozialisierung des Kohlenbergbaues, sondern auch die der chemischen Industrie durchsetzen helfen.

•

Von Interesse waren noch die Mitteilungen des Geschäftsführers Dr. Harney über die verhängnisvollen Folgen, die dadurch eingetreten wären, daß die Erzeugnisse der chemischen Industrie in weiten Kreisen des Handels Gegenstand einer wilden Spekulation geworden seien. In den Zeiten der Warenknappheit seien die Preise übermäßig in die Höhe getrieben und verfügbare Warenmengen in großem Umfange den Verbrauchern entzogen worden, und nach Eintritt der Krise im Frühjahr dieses Jahres hätten diese durch die Spekulation aufgestauten Mengen den ohnehin nur schwach aufnahmefähigen Markt gänzlich verstopft und den Absatz der laufenden Produktion behindert. Schieber und Schmuggler hätten sich in so zahlreichem Umfange gerade auf die Erzeugnisse der chemischen Industrie geworfen, daß von ihnen auch der Auslandsmarkt in bedenklicher Weise beeinträchtigt sei.

Eine treffliche Illustration für die Notwendigkeit der Sozialisierung auch der chemischen Industrie.

Für die internierten Sowjetkrieger.

Auf dem Landesparteitag der U. S. P. Mecklenburgs, der am 3. Oktober in Bützow tagte, wurde einstimmig eine Protestresolution angenommen gegen die skandalöse Unterbringung und Behandlung der russischen Internierten im Kriegsgefangenenlager Parchim in Meckl., die hungern müssen. Der Bezirksvorstand soll sofort mit einer Sammeltätigkeit einsetzen.

Das Zentralkomitee unsrer Partei wird sich der russischen Internierten sofort annehmen und bei den Regierungsstellen für sie vorstellig werden müssen.

Die Reichstagsfraktion der U. S. P. wird sogleich nach Zusammentritt des Reichstags diese schändliche Mißhandlung internierter Soldaten eines Staates, mit dem wir in Frieden leben, geißeln und die Regierung darob ernstlich zur Rede stellen müssen.

Auflösung der Truppenabwicklungsstellen.

Nach einer Berliner Meldung sind mit dem 1. Oktober sämtliche Truppenabwicklungsstellen aufgelöst und den Abwicklungsämtern und Abwicklungsintendanturen der früheren Generalkommandos einverleibt worden. Es bestehen in Deutschland noch 24 Abwicklungsämter und 25 Abwicklungsintendanturen, die zumeist ihren Sitz in dem Orte der früheren Generalkommandos haben. Die Tätigkeit der Heeresabwicklungsämter liegt ganz auf wirtschaftlichem Gebiete, während die Abwicklungsintendanturen die Abwicklung des Rechnungs-, Kassen- und Besoldungswesens durchführen. Die Auflösung der verschiedenen Truppenabwicklungsämter bringt für das Reich eine starke finanzielle Entlastung. Am 1. Oktober 1919 waren in den einzelnen Abwicklungsämtern noch rund **100 000 Beamte und Angestellte** tätig, diese Zahl ist dann bis zum 1. April auf etwas über 60 000 vermindert worden. Jetzt werden in den Abwicklungsämtern insgesamt nur noch **etwa 12 000 Beamte und Angestellte** beschäftigt. Mit einem weiteren Abbau des Personalbestands ist nach der Meldung wegen des täglich sich verkleinernden Arbeitsfeldes zu rechnen.

Der Krieg im Osten.

Die Lage an der Front.

TU. **Warschau, 7. Okt.** Nach dem **amtlichen polnischen Heeresbericht** vom 6. Okt. ist die Lage an der ganzen Front unverändert. Gemäß der Verfügung der Kommission der Völkerliga hat die oberste Heereskommission die **Einstellung der Feindseligkeiten gegen die litauischen Truppen** im Abschnitt von der deutschen Grenze bis zur Stadt Poturce **befohlen.**

Konstantinopel, 6. Oktober. Nach der letzten **amtlichen Verlautbarung des Generalstabs der Armee Wrangel haben die Truppen der südrussischen Regierung Marjupol,** das Zentrum des Grubenbeckens des Donez-Gebietes, **genommen** und mehr als 10 000 Gefangene gemacht.

Verrat Budjennys?

Helsingfors, 6. Oktober. (T. U.) Die Prawda meldet, daß die Sowjetregierung den bekannten Reitergeneral **Budjennes** wegen der russischen Niederlage in Galizien **vor ein Kriegsgericht stellen will.** Budjennes ist jedoch bereits **mit einem Teil seiner Truppen entflohen** und hat nach der Prawda die Absicht, **sich mit den Truppen Petljuras** zum Kampfe gegen die Räteregierung **zu vereinigen.**

Deutschland.

Vom Schlachtfeld der Arbeit.

Im Jahre 1919 wurden nach den vorläufigen Feststellungen 574 840 Betriebsunfälle angemeldet, von denen 10 502 entschädigungspflichtig waren. Im Jahre 1918 sind 657 277 und 1917 sogar 684 151 Betriebsunfälle gemeldet worden, von denen 101 275 bezw. 107 534 zu entschädigen waren. 1918 ereigneten sich 11 092 Unfälle mit tödlichem Ausgang und 1917 11 520. Im Jahr 1918 betrug die Zahl der Unfall-Rentner insgesamt 422 460 bei den gewerblichen und 323 525 bei den landwirtschaftlichen Berufsgenossenschaften. Außerdem wurden 1918 an 195 853 Hinterbliebene Renten bezahlt.

•

Noch keine Verminderung der Besatzungstruppen. Wie aus Karlsruhe berichtet wird, ist die für den 1. Oktober erwartete und von Paris offiziös angekündigte Verminderung der Besatzungstruppen im linken Rheingebiet nicht erfolgt. In der Rheinpfalz sind vielmehr am 30. September neue farbige Truppen einmarschiert, so in Neustadt, Kaiserslautern und Speier.

Ende des fünfmonatigen Aerztestreiks in Königsberg. Durch Verhandlungen zwischen den Krankenkassen und der Vereinigung der Königsberger Aerzte ist der seit dem 26. April dauernde Aerztestreik beigelegt. Die Aerzte nehmen am 7. Oktober ihre Tätigkeit wieder auf. Für die Provinz sind die Verhandlungen noch nicht zum Abschluß gekommen.

Französische Soldaten als Sittlichkeitsverbrecher verurteilt. Wegen eines an einer deutschen Frau begangenen Sittlichkeitsverbrechens hat das französische Kriegsgericht in Mainz gestern zwei Soldaten zu Degradation und Zuchthausstrafen von acht bezw. sechs Jahren, vier weitere angeklagte Soldaten zu drei bis fünf Jahren Zuchthaus verurteilt.

Die Elektrizitätsversorgung Berlins. Umfangreiche Vorbereitungen zur Elektrizitätsversorgung Berlins durch das Kraftwerk Trattendorf bei Spremberg werden jetzt ergriffen, wodurch die fortgesetzte ungestörte Stromlieferung gewährleistet werden soll.

Für die Mittellinie des Mittellandkanals. Im Kanalausschuß der preußischen Landesversammlung wurde in dritter Lesung die Mittellinie des Mittellandkanals einschließlich einer zum Anschluß des mitteldeutschen Industriegebietes geplanten Verbindung nach der Saale bei Bernburg angenommen. Von Regierungsvertretern wurde die Erklärung abgegeben, daß zur Speisung der Mittellinie die Bode-, Ecker- und Ockertalsperre gebaut werden solle und daß dann Energiequellen mit überschlägig 11 300 Pferdekräften auch bei der Mittellinie der Volkswirtschaft zur Verfügung ständen.

Aenderung der Fernsprechgebührentarife. Wie ein Vertreter des Handelsministeriums im Staatshaushaltsausschuß mitteilte, arbeitet das Reichspostministerium eine Aenderung der Fernsprechgebührentarife aus. Die Vorlage wird auf folgenden Richtlinien aufgebaut sein: 1. Eine feste Summe für den Anschluß und 2. eine gestaffelte Summe für die Zahl der geführten Gespräche. Um die Zahl der geführten Gespräche bei jedem Telephonteilnehmer zu ermitteln, werden die Telephonanschlüsse mit einem Zählapparat ausgestattet. Der Gesetzentwurf ist frühestens Mitte 1921 zu erwarten. In diesem Zusammenhang wird auch der einmalige Telephonbeitrag von 1000 Mk. einer Nachprüfung unterzogen.

Die Uebernahme der Wasserstraßen durch das Reich. Das Berliner Tageblatt meldet: Die Wasserstraßen sollten am 1. Oktober in den Besitz des Reiches übergehen. Dieser Termin ist aber inzwischen auf den 1. April 1921 verschoben worden. Preußen hat beim Reich für die Abtretung seiner Wasserstraßen eine Reichsentschädigung von 150 Millionen Mark gefordert.

Kleine Auslandsnachrichten.

Vertrag zwischen Griechenland und der Entente.

Nieuwe Rotterdamsche Courant meldet aus London, daß dort der Vertrag veröffentlicht wurde, der am 10. August in Sèvres zwischen **England, Frankreich, Italien und Japan** einerseits und **Griechenland** anderseits abgeschlossen worden ist. Griechenland verpflichtet sich, den Rassen- und Religionsminderheiten dieselben bürgerlichen und politischen Rechte zuzuerkennen, wie allen anderen Griechen. England und Frankreich verzichten auf ihre Kontrollrechte in Griechenland und auf ihr Aufsichtsrecht über die Jonischen Inseln. Griechenland verpflichtet sich, mit Genehmigung des Völkerbundes die Alliierten auf kommerziellem Gebiete während der Dauer von fünf Jahren als meistbegünstigte Nationen zu behandeln.

Ungarische Agrarreform.

Ein **Gesetzentwurf** über die **Ackerbaureform** ist der Nationalversammlung vorgelegt worden. Der Gesetzentwurf schlägt vor, den Kriegsinvaliden, Kriegswitwen und Kriegswaisen Parzellen bis zu 5 Morgen zu sehr niedrigen Preisen zuzuweisen, die in 30–50 Jahren je nach den Vermögensverhältnissen der Bewerber in kleinen jährlichen Raten abgezahlt werden sollen. Die Gesetzvorlage sieht zu diesem Zweck eine systematische **Aufteilung des staatlichen und kommunalen Grundbesitzes** vor und erteilt **dem Staate das Recht, privaten Grundbesitz** je nach Ermessen **enteignen zu können.**

Harding gegen den Völkerbund.

Times meldet aus Newyork, daß der republikanische Präsidentschaftskandidat Harding in einer in Baltimore gehaltenen Rede erklärte, **Amerika dürfe dem Völkerbund,** wie er in Versailles gestaltet worden sei, **nicht beitreten.** Seine erste Handlung als Präsident werde sein, einen Plan für einen **Verband der Nationen zu finden,** den alle Amerikaner unterstützen könnten.

Teilweise Herausgabe des beschlagnahmten deutschen Eigentums in Italien. Die Frankfurter Zeitung meldet aus Rom: Die Regierung beschloß, das kleine deutsche Eigentum bis zu 50 000 Lire jetzigen Wertes herauszugeben. Ueber die Behandlung des größeren Eigentums schweben die Verhandlungen noch.

Militärische Vorbereitungen für die Volksabstimmung in Kärnten. Nach verschiedenen Meldungen aus Wien ziehen die Jugoslawen an der Grenze des Kärtner Abstimmungsgebiets größere Truppenmassen zusammen. Die Wiener Politische Korrespondenz meldet, daß die Botschafterkonferenz in Paris die österreichische Note wegen der Entsendung von größeren Truppenmengen nach dem Abstimmungsgebiet der interalliierten Plebiszitkommission in Klagenfurt zur Begutachtung übermittelt hat. Inzwischen hat die österreichische Regierung bei der Botschafterkonferenz den Antrag gestellt, das Abstimmungsgebiet eventuell durch Truppen eines neutralen Staates besetzen zu lassen, um die glatte Durchführung der Abstimmung zu ermöglichen.

Tumult in einer Wiener Wählerversammlung. In Wien drangen etwa 50 mit Bajonetten bewaffnete Volkswehrmänner in eine christlich-soziale Wählerversammlung ein und begannen auf die Teilnehmer mit Stühlen einzuschlagen und sie aus dem Saale hinauszudrängen. Ein angeblich von einem Volkswehrmann abgegebener Schuß rief eine Panik hervor; die Polizei stellte die Ruhe wieder her.

Litwinoffs Reise durch Schweden. Der Vertreter der Sowjets Litwinoff hat nach einer Havas-Meldung die Genehmigung erhalten, durch Schweden nach Rußland zurückzukehren, aber nur unter der Bedingung, daß er den Eisenbahnwagen nicht verläßt. Er wird bis zur Grenze scharf überwacht werden.

Amerikas Flottenrüstungen. Die Tonnage Amerikas an neuen Dreadnoughts wird sich im Jahre 1923 auf 1 150 000 belaufen und 16 Panzerschiffe umfassen. Mit den 19 bereits im Dienste stehenden Dreadnoughts wird die amerikanische Kriegsmarine im genannten Jahre aus 7 Dreadnoughtdivisionen zu je 5 Schiffen bestehen. Sie wird zur selben Zeit 7 Schlachtkreuzer von je 48 500 Tonnen umfassen, die in allernächster Zukunft dienstbereit sein werden, und 10 neue leichte Kreuzer, die die größte bisher erreichte Geschwindigkeit aufweisen.

Belgisch-französisches Abkommen. Die französische und die belgische Regierung haben ein neues Abkommen über den Austausch von Eisenerz und Kohlen abgeschlossen. Belgien liefert Frankreich monatlich 100 000 Tonnen Kohlen und erhält für deren Wert Eisenerze.

•

Militärische Rüstungen überall. Laut Meldung der Berlingske Tidende aus Helsingfors hat das finnische Kriegsministerium ein großes Flottenbauprogramm ausgearbeitet, das im Laufe von sechs Jahren durchgeführt werden soll. Es ist beabsichtigt, eine bedeutende Anzahl kleinerer Kriegsfahrzeuge zu bauen. Die Kosten werden auf 600 Millionen Mark veranschlagt. — Der Leiter der neuen Unterseeboot-Schule Admiral Imaizumi erklärte, daß Japan eine Anzahl von Unterseebooten baue. Eine Schule einschließlich zum Zwecke der Ausbildung von Offizieren und Mannschaften sei notwendig. Es würden besondere Anlagen dafür gebaut werden. — Wie Londoner Blätter aus Melbourne melden, teilte der australische Verteidigungsminister in seiner Darstellung der Verteidigungspläne Australiens mit, daß die Friedensstärke des australischen Heeres 130 000 Mann betragen werde. Das Heer wird auf der Grundlage des Freiwilligensystems gebildet, daneben wird jedoch der Grundsatz der allgemeinen Uebungspflicht aufrechterhalten.

Maßnahmen gegen die Wohnungsnot in Neuyork. Der Senat des Staates Neuyork nahm ein Nothilfsgesetz an, durch das hunderttausende für den 1. Oktober geltende Wohnungskündigungen aufgehoben werden.

Amerikanische Demokratie. Reuter meldet aus Albany: **Drei von den fünf Sozialisten,** die aus der **gesetzgebenden Körperschaft** des Staates Neuyork zu Beginn dieses Jahres **ausgeschlossen** und letzte Woche **wieder hineingewählt worden waren,** sind von neuem **ausgeschlossen** worden. Die anderen beiden, denen gestattet wurde, ihre Mandate beizubehalten, sind sofort zurückgetreten.

Ein Schiffahrtstrust in Japan. Laut Frankfurter Zeitung berichtet der Londoner Daily Expreß aus Tokio, daß ein gewaltiger Schiffahrtstrust in Japan in Bildung begriffen sei, der die gesamte japanische Handelsflotte umfassen soll. Mehrere während des Krieges neu gegründete Schiffahrtslinien seien von der Regierung aufgefordert worden, sich zusammenzuschließen.

Fallen der Textilwarenpreise? Wie die Londoner Times aus Neuyork meldet, haben mehrere Textilfirmen Preisherabsetzungen von 30 bis 40 Prozent angekündigt. Die amerikanischen Geschäftsleute sind allgemein der Ansicht, daß die Teuerungskurve ihren Höhepunkt erreicht hat und sich jetzt in absteigender Linie bewegt.

Auflösung der griechischen Kammer. Nach einer Havasmeldung aus Athen ist die Deputiertenkammer aufgelöst worden. Die Neuwahlen werden auf den 7. November angesetzt, und die neue Kammer tritt am 18. November zusammen. In der letzten Sitzung verlangte die Opposition noch, daß die neue Kammer eine Nationalversammlung sein solle. Venizelos lehnte das in längerer Rede ab und erklärte, die neue Kammer solle nur eine einfache Verfassungsrevision vornehmen.

Von Nah und Fern.

Schwere Ausschreitungen von Militärfliegern.

Hannover, 7. Oktober. Gelegentlich eines Erntefestes kam es in dem benachbarten Orte Brink zu **schweren Ausschreitungen.** Eine Anzahl Flieger hatte sich bei dem Feste anscheinend unbeliebt gemacht und wurde ersucht, das Festlokal zu verlassen. Als sie sich weigerten, wurden sie **gewaltsam entfernt.** Schließlich kamen ihnen Kameraden zu Hilfe und nun **gingen sie mit blanker Waffe auf die Zivilisten los. Verschiedene Personen wurden verletzt, einige schwer.**

Grippe-Epidemie in Paris.

Paris, 7. Oktober. Bereits vor einigen Tagen brachten die Blätter die Mitteilung vom heftigen Auftreten der Grippe-Erkrankungen. Gestern wird nun erklärt, daß die Grippe-Epidemie in Paris Tatsache ist.

Verantwortlich für den redaktionellen Teil:
Heinrich Fleißner in Leipzig.
Verantwortlich für den Inseratenteil:
Friedrich Piller, Borsdorf-Leipzig.
Druck u. Verlag: Leipziger Buchdruckerei Aktiengesellschaft, Leipzig

Diese Nummer umfaßt 12 Seiten.

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id394414608-19201007/3 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG

Amtliche Bekanntmachungen.

Getreideausmahlung betreffend.

Gemäß Anordnung der Reichsgetreidestelle wird der Mindestsatz, bis zu dem die zur Brotherstellung bestimmten Mengen an Brotgetreide und Gerste auszumahlen sind, vom **16. Oktober 1920** ab bei Roggen und Weizen auf 85 v. H. und bei Gerste auf 75 v. H. festgesetzt.

Zuwiderhandlungen werden nach § 18 Ziffer 5 der Reichsgetreideordnung für die Ernte 1920 vom 21. Mai 1920 bestraft.

Leipzig, am 5. Oktober 1920. Ern.-A. I.
Der Rat der Stadt Leipzig.

Zwenkau. Brotkarten-Ausgabe nur Freitag und Sonnabend, den 8. und 9. Oktober von 8—1 Uhr.

Markranstädt. Die Ausgabe der neuen Brotkarten erfolgt am **Freitag, dem 8. Oktober 1920** in den bekannten Ausgabestellen gegen Vorlegung der Ausweiskarte in der Zeit von 8—½1 Uhr vormittags und von 3—½5 Uhr nachmittags.

Markranstädt, am 6. Oktober 1920.
Der Stadtrat.

Sparkasse Wahren.

Geschäftszeit von 8 bis ½2 Uhr.

Deutscher Sattler-, Tapezierer- und Portefeuiller-Verband

Verwaltungsstelle Leipzig. Sektion der Tapezierer.

Freitag, den 8. Oktober, abends 6 Uhr

Versammlung

im Volkshaus, Nebensaal rechts.

1. Die Neuregelung des Arbeitsnachweises.
2. Verschiedenes.

Diese außerordentlich wichtige Versammlung erfordert das Erscheinen aller Betriebe und aller Arbeitslosen.

Die Ortsverwaltung.

Klein-Fuhrwerksbesitzer von Leipzig.

Sonntag, den 10. Oktober, nachmittags 2 Uhr:

Versammlung

im **Volkswohl**, Leipzig, Löhrstraße.

Starke Beteiligung erwünscht. **Gustav Heinze**, Einberufer.

Schkeuditz.

Freitag, den 8. Okt., abends ½8 Uhr, im Bahnhofshotel

Öffentliche Versammlung.

Thema:

Die deutschen Arbeiter und die 3. Internationale.

Referent: Genosse **Georg Schumann.**

Arbeiter und Arbeiterinnen, erscheint in Massen!

Kommunistische Partei
(Sektion der 3. Internationale).

Kartell der Arbeitervereine für Sport- u. Körperpflege

Turn-Vereine

Arbeiter-Sportkartell Leipzig.

(Angeschlossene Verbände: Arbeiter-Turner, -Radfahrer, -Athleten, -Schwimmer, Naturfreunde, Volksgesundheit, Schachverein und Samariter.)

Sonnabend, den 9. Oktober, in sämtlichen Räumen des Volkshauses, Zeitzer Straße. **Großes Herbst-Fest.** Aufführungen: 1. Barrenturnen: Vorturner L.-Connewitz. 2. Achter-Reigen: Radf.-Abt. L.-Ost. 3. Frauenturnen: L.-Connewitz. 4. Gebr. Aritto, Part.-Akrobaten: Arb.-Athleten. 5. Sechser-Reigen: Radf.-Abt. Moskau. 6. Derri und Toms, Kom. Akrobaten: Arb.-Athleten. 7. Ein Traumbild: Turnverein Eiche, Leipzig. — Die Aufführungen finden in den Tanzpausen statt. — Einlaß 6 Uhr, Anfang 6½ Uhr. Eintritt à Person 1.20 Mk. einschließl. Kartensteuer. Freunde und Gönner der freien Arbeitersportsache sowie alle angeschlossenen Vereine sind herzlich eingeladen.

Programme sind in allen Vereinen sowie im Arbeiter-Turnverlag, Fichtestr. 36, zu haben.

Der Kartellvorstand.

L.-Süd. Turnverein Vorwärts. Donnerstag, den 7. Oktober, **Turnratssitzung.** Treffen 8 Uhr Turnhalle.

Altersabteilung. Sonntag, den 10. Oktober, abends 7 Uhr, **Zusammenkunft mit Familie** in der Marienburg.

Sonnabend und Sonntagfrüh **Platzarbeit.** — Geschenke zur Tombola bis spätestens Dienstag, den 12. Oktober, mitbringen.

Nordgruppe. Sonntag, den 10. Oktober, nachm. ½2 Uhr, in Wiederitzsch, Schulturnhalle, **Gruppenvorturnerstunde.** Erscheinen sämtlicher Vorturner aus allen Vereinen ist unbedingt notwendig. — Anschließend: **Wichtige Sitzung.** Die Gruppenleitung.

Westgruppe. Sonntag, den 10. Oktober, nachm. 4 Uhr, **Gruppenversammlung** im Schwarzen Jäger zu Leutzsch (kleiner Saal). — Zahlr. Beteiligung erwartet **Die Gruppenleitung.**

L.-West. Freie Turnerschaft. Mittwoch, 13. Oktober, abds. 7 Uhr, **Mitgliederversammlung** in Stadt Lützen. Tagesordnung: 1. Vortrag des Genossen Lamey über: Klassenkämpfe in der Weltliteratur. 2. Quartalsbericht. 3. Verschiedenes. Starken Besuch erwartet **Der Turnrat.**

L.-Kleinzschocher. Turnverein. Sonnabend, d. 9. Oktober, abends ½8 Uhr, **Mitgliederversammlung** im Restaur. Terrasse. Wichtige Tagesordnung. Erscheinen aller ist Pflicht.
Der Turnrat.

Knautkleeberg. Turn- und Sportverein. E. V. Freitag, 8. Oktober, abends 8 Uhr, **Vereinsversammlung** im Gasthof zum weißen Roß. Tagesordnung: 1. Vereinsangelegenheiten. 2. Verschiedenes. — Zahlreichen Besuch erwartet **Der Vorstand.**

Arbeiter-Athleten-Bund

Athleten. Donnerstag, den 7. Oktober, abends ½8 Uhr, **Bezirksvorstandssitzung** im Volkshaus.

Radfahrer-Bund Solidarität

Abt. West. Sonnabend, den 9. Oktober, im Felsenkeller, L.-Plagwitz, **Großes Herbstfest** unter Mitwirkung der Kunstfahrer-Truppe Gebr. Fritzsche aus Dresden (Bundesmitglied). Sportgenossen u. Gäste sind freundlichst eingeladen. Anfang 6 Uhr.

Ortsverein Leutzsch U. S. P. D.

Freitag, den 8. Oktober, abends ½8 Uhr

Halbjahrs-Generalversammlung

im Alten Gasthof.

Tagesordnung: 1. Berichte des Vorstandes und der Kommissionen. 2. Diskussion. 3. **Vortrag:** Die Finanzlage der Gemeinde und die indirekten Steuern. Referent: Genosse **Klotz.** Hierzu Aussprache. 4. Verschiedenes.

Die Wichtigkeit der Tagesordnung erfordert vollzähliges Erscheinen. **Der Vorstand.**

Verband der

Gemeinde- u. Staatsarbeiter

Ortsverwaltung Leipzig

Volkshaus (Saalgebäude). Geschäftszeit: 8—10 Uhr vormittags, 12—1 Uhr nachmittags, Donnerstags und Freitags 4—6 Uhr nachmittags.

Freitag, 8. Oktober, abends 6 Uhr, im **Restaurant Felsenkeller**

Versammlung

der in städtischen Betrieben beschäftigten Arbeiterschaft.

Tagesordnung: **Berichterstattung über das endgültige Ergebnis der Verhandlungen vor dem vom Arbeitsministerium angerufenen Schlichtungsausschuß in Dresden.**

Massenbesuch der Kollegenschaft erwartet **Die Ortsverwaltung.**

Deutscher Transportarbeiter-Verband

Verwaltungsstelle Leipzig

Bureau: Gerberstraße 1, II. (Hotel Viktoria), Zimmer 21. Telephon 3426.
Geöffnet von 9—12 und 4—7 Uhr, Sonnabends 9—2 Uhr.
Arbeitsnachweis: Münzgasse 26, S. II., Tel. 917, geöffnet 8-4, Sonnabends 8-3 Uhr.

Voranzeige!

Freitag, den 29. Oktober, abends 7 Uhr

Delegierten-Generalversammlung

im Volkshaus (Gesellschaftssaal).

Tagesordnung: 1. Geschäfts- und Kassenbericht. 2. Bericht der Revisionskommission. 3. Bericht über den Arbeitsnachweis. 4. Gewerkschaftliches. 5. Diskussion zu allen Punkten.

Etwaige Anträge der Mitglieder zur Generalversammlung müssen der Ortsverwaltung mindestens eine Woche vor Stattfinden derselben zugestellt sein (siehe § 10 des Reglements).

Wir ersuchen die Delegierten, vollzählig und pünktlich zu erscheinen.

Die Ortsverwaltung. J. A.: Heinr. Reder.

Strassenbahner. **Freitag, den 8. Oktober,** abends ½8 Uhr, **Versammlung** im großen Saale des **Volkshauses,** Zeitzer Straße. Tagesordnung: 1. Stellungnahme zur Kündigung des Reichstarifes. 2. Bericht über die stattgefundene Verhandlung mit der Direktion. 3. Verschiedenes. Die Wichtigkeit der Tagesordnung macht es jedem dienstfreien Kollegen und jeder Kollegin zur Pflicht, diese Versammlung zu besuchen. Zutritt haben nur Verbandsmitglieder. Ausweise sind am Saaleingang vorzuzeigen. **Sektion Strassenbahner.** J. A.: K. Schäfer.

Konsum-Verein L.-Plagwitz u. Umg.

Eingetragene Genossenschaft mit beschränkter Haftpflicht.

Winterkartoffel-Verteilung!

Morgen Freitag, von 8 Uhr früh an, wird am **Bayrischen Bahnhof, Gleis Matz & Co.,**
Sonnabend, von 8 Uhr früh an, am **Stötteritzer Bahnhof, Gleis 21,** mit dem Verkauf begonnen.
Preis per Zentner 31 Mk.

Industrie-Werke G. m. b. H.
Fernspr. 5514/40505 **Leipzig-Plagwitz**
Zschochersche Strasse 78
liefern sofort ab Lager:
Neue und gebrauchte Holzbearbeitungsmaschinen.

D. D. Nordsee

Reichsstraße 25

Freitag u. Sonnabend

eintreffend:

Große Zufuhren Frischer Seefische

Feinste Nordseeware von eigenen Fängen
zu äußersten Tagespreisen.

Täglich Eingang

Frischer Räucherwaren.

Reichliche Auswahl in ff. Marinaden sowie echten portugiesischen Ölsardinen.

Ia 1920er **deutsche Salzheringe**
sehr zart und weissfleischig.

Haut-, Geschlechts- u. Harnleid., vorz. nerv. Schwäche behand. **Dr. med. Derl,** nicht approbiert. Mitgl. naturwiss. Gesellsch. **Leipzig, Kurprinzstr. 5.** Sprechst. von 9-2 u. 4-8 Uhr. [*

Haarnisse

im Frauen- u. Mädchenhaar entfernt **garant. sofort**
Nisska D. R. G. M. 708205
Aufklärung kostenlos.
Fr. B. Mückenhaupt
Nürnberg L. 10.

Umgepreßt

werden Herren- und **Damen-Hüte** bei **Richard Schulze** Nf., Merseburg. Str., Ecke Aureliensträße.

Leibbinden Frauenspritzen Irrigatoren Gummischl. [* und andere **Gummiwaren** zur Wochen- u. Krankenpflege **Altmann Lindenau** Odermannstr. Nr. 2, II. Damenbedien.

Max Justin
Schneidermeister *
Feine Herren- und Damen-Moden
Bayersche Straße 40, II.

Achtung!

Kriegsbeschädigte und -Hinterbliebene

von Stötteritz.

Freitag, den 8. Oktober, abends ½8 Uhr
in der **Papiermühle,** Wasserturmstraße

Versammlung

aller derjenigen Kriegsopfer, die sich auf den Boden des **Internationalen Bundes** gestellt haben. Dem Internationalen Bund noch Fernstehende sind herzl. eingeladen.

Internationaler Bund der Kriegsopfer Deutschlands
Ortsgruppe Leipzig. J. A.: Heinze und Hempel.

Arbeiter und Arbeiterinnen Leipzigs!

Freitag, den 8. Oktober, abends ½8 Uhr

Oeffentliche Versammlung

im Zentraltheater

Thema:

Zwischen Sowjet-Rußland und dem Entente-Imperialismus und die Aufgaben der deutschen Arbeiter.

Referentin: **Ilse Wagner, Königsberg.**

Kommunistische Partei Deutschlands (Spartakusbund).

Konsum- u. Spargenossenschaft für Wurzen und Umgegend

Eingetragene Genossenschaft mit beschränkter Haftpflicht.

Sonnabend, den 16. Oktober, abends 7 Uhr

General-Versammlung

im Schweizergarten (kleiner Saal), Wurzen.

Tagesordnung:

1. Rechenschaftsbericht des Vorstandes und Entlastung desselben; Bericht des Aufsichtsrates.
2. Beschlußfassung über die Verteilung des Reingewinns.
3. Wahl von fünf Aufsichtsratsmitgliedern an Stelle der ausscheidenden und wieder wählbaren Herren Mucker, Reinhardt, Krütze, Haase und Frau Pruchnick.
4. Anträge: a) Antrag der Verwaltung: Aenderung des § 33 Abs. 1 des Statuts (Verzinsung der Anteile betreffend; b) Aenderung des § 2 Abs. 1 der Satzungen des Mitgliederausschusses.

Anträge der Mitglieder müssen 3 Tage vor der Generalversammlung bei der Verwaltung eingereicht sein.

Am Eingang ist das **Mitgliedsbuch** oder die **Legitimationskarte** vorzuzeigen.

Unsere werten Mitglieder laden wir hiermit zu zahlreichem Besuche ein.

Für den Aufsichtsrat:
M. Mucker, Vors.

Damenstrümpfe Ia Hemdentuch
Mk. 16.— und 17.—
Barchent Mk. 16.50 u. 18.50
Einzelverkauf zu Engrospreisen!
Humboldtstr. 7, III.

Speisekartoffeln

verkauft zentnerweise ab **Eutritzscher Freiladebahnhof** Eingang Delitzscher Straße, Neuer Militärschuppen
Hugo Hommel, Telephon 2290.

Familien-Nachrichten

Unserm werten Arbeitskollegen
Paul Kühne und Frau
zum 25jährigen Ehejubiläum
die herzlichsten Glückwünsche
Das Personal der
Leipziger Buchdruckerei A.-G.

Hierdurch allen lieben Bekannten die traurige Nachricht, daß meine liebe Frau, unsere gute Mutter, Schwester, Schwägerin und Tante

Emma Köckeritz geb. Ackermann

plötzlich infolge Unglücksfalls von uns geschieden ist.

Knauthain, Kirchstr. 75, I.

In tiefem Weh
Artur Köckeritz nebst Hinterbliebenen.

Trauerfeier mit nachfolg. Einäscherung Sonnabend, vorm. ½11 Uhr, auf dem Südfriedhof.

Am 5. Oktober, nachts 12 Uhr, verschied nach langem, in Geduld ertragenem Leiden, unser einziger hoffnungsvoller Sohn, Bruder, Schwager und Onkel

Otto Hetzel.

Leutzsch, den 6. Oktober 1920
Barnecker Straße 16.

Gustav Hetzel und Frau
Margarete Görner geb. Hetzel
Lotti Hetzel
Otto Görner.

Beerdigung: Sonnabend ½5 Uhr Friedhof Leutzsch.

Als ein weiteres Opfer des Krieges verstarb am Mittwoch, dem 6. Oktober, infolge eines Lungenleidens im 20. Lebensjahre unser lieber Turngenosse

Otto Hetzel.

Sein Andenken werden wir in Ehren halten!

Turnverein Jahn, Leutzsch (E. V.)

Die Beerdigung findet Sonnabend, nachm. ½5 Uhr, auf dem Leutzscher Friedhof statt. Die Vereinsmitglieder treffen sich daselbst eine halbe Stunde vorher.

Für die unendlich vielen Beweise der Liebe und herzlicher Teilnahme beim Hinscheiden meiner lieben, teuren, unvergeßlichen Gattin

Elfriede Naumann

sage ich allen Verwandten, Bekannten und Berufskameraden meinen herzlichsten Dank.

L.-Gohlis, Matthissonstr. 4.

Der tieftrauernde Gatte **Franz Naumann.**

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id394414608-19201007/4 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG

Leipziger Angelegenheiten.

Leipzig, 7. Oktober.

Parteiangelegenheiten.

Die Urwahl in Leipzig.

Die Gesamtzahl der abgegebenen Stimmen beträgt 21477. Davon stimmten gegen die Bedingungen 12912, für die Bedingungen 8565. Bei 47 Kandidaten beträgt die Zahl, die auf einen Kandidaten entfällt 457.

Es erhalten die Gegner der Bedingungen 28 Kandidaten; die Befürworter 19. Nach der Berechnung der Verhältniszifern sind gewählt (die Gesperrtgedruckten sind Gegner der Bedingungen): 1. Litinski, 2. Lieberasch, 3. Hilferding, 4. Seger, 5. Meyer, 6. Liebmann, 7. Ellrodt, 8. Frau Hennig, 9. Nyssel, 10. Burke, 11. Lorius, 12. Frau Borsdorf, 13. Wildeis, 14. Bruchardt, 15. Wernicke, 16. Frau Plottke, 17. Marder, 18. Voigt, 19. Ernst, 20. Richter, 21. Böhle, 22. Dalecke, 23. Rauch, 24. Frau Kühn, 25. Frau Schramm, 26. Göte, 27. Dr. Stern, 28. Berthel, 29. Scheib, 30. Friedrich, 31. Dietrich, 32. Dornheim, 33. Frau Thiel, 34. Engelhardt, 35. Zipfel, 36. Lehmann, 37. Genossin Berger, 38. Schlegel, 39. Kronenberg, 40. Heyse, 41. Frau Schöning, 42. Ströbel, 43. Plottke, 44. Krüger, 45. Martell, 46. Pavig, 47. Reinhardt.

Der 19. Kandidat der Befürworter entfällt auf die Zahl 450, während der folgende Kandidat der Gegner der Bedingungen nur die Zahl 445 erreicht, demnach mußte das letzte Mandat den Befürwortern zufallen.

Die Mandate werden Sonnabend im Sekretariat gegen Vorzeigung von Partei- und Gewerkschaftslegitimation ausgegeben.

Nyssel.

•

An die Vorstände der Ortsvereine Groß-Leipzig. Die Flugblätter, die die Ortsvereine am Dienstag, dem 5. Oktober, erhalten haben, sollen an geeigneten Stellen angebracht werden, Restaurationen, Fabrikkantinen und dergleichen.

Der Hauptvorstand.

Ortsverein L.-Ost. Freitag, den 8. Oktober, abends 1/2 8 Uhr, in der Silberpappel, Rechtsschule des Genossen Schmidt.

Ortsverein Dölitz-Dösen. Freitag, den 8. Oktober, abends 1/2 8 Uhr, im Park Funktionärsitzung. — Die für Sonnabend, den 9. Oktober, angesetzte Generalversammlung fällt umständehalber aus.

Der Vorstand.

Proletarische Bildungsarbeit.

Ost-Bezirk. Heute Donnerstag, abends 1/2 8 Uhr, in der Grünen Schänke, L.-Anger, Lichtbildervortrag vom Genossen Herre über Menschwerdung.

Massenkundgebung gegen den Lebensmittelwucher.

Zu einem wuchtigen Protest gegen die schamlose Auswucherung der arbeitenden Bevölkerung durch die Nahrungsmittelproduzenten gestaltete sich die Kundgebung der Leipziger Arbeiterschaft am Mittwochnachmittag. In zahlreichen Betrieben stellten die Arbeiter um 1½ Uhr ihre Tätigkeit ein. Geschlossen zogen sie zu den Versammlungen, die in zwölf der größten Lokale Leipzigs stattfanden und durchweg überfüllt waren. An einigen Stellen mußten noch Nebenversammlungen abgehalten werden. So groß war der Andrang. In kurzen Referaten geißelten die Redner die Ausraubung der Bevölkerung durch die Landwirte; sie erörterten das unerhörte Verhalten der Reichsregierung, die den Wucher noch begünstigt. Es wurde eine Verhandlungskommission gewählt, die mit den Behörden wegen Herabsetzung der Nahrungsmittelpreise in Verhandlungen treten soll. Diese Kommission besteht aus folgenden Genossen:

Genosse Dennhardt (Bezirksausschuß).
Genosse H. Seidel (Stadtverordneten).
Genosse Schilling (Gewerkschaftskartell).
Genosse Wicklein } als Sachverständige
Genosse Sellmann } der Konsumenten.

In den Versammlungen gelangte außerdem nachstehende Entschließung zur Annahme:

Die am 6. Oktober tagende Versammlung erhebt schärfsten Protest gegen die ungeheuerlichen Wucherpreise, die für die notwendigsten Lebensmittel der breiten Masse des Volkes, im besonderen für die Kartoffeln verlangt werden.

In der schamlosen Ausplünderung des Volkes durch die Lebensmittelwucherer erkennen die Versammelten einen Ausdruck des Bankrotts der kapitalistischen Gesellschaftsordnung, in der es den verantwortlichen Organen immer schwerer fällt, die Bevölkerung ausreichend mit preiswerten Lebensmitteln zu versorgen.

Die Aufhebung der Rationierung führt, statt die versprochene Preissenkung zu bringen, in der Zeit mangelnden Angebots von Nahrungsmitteln mit Notwendigkeit zur Förderung des schrankenlosen Wuchers der Agrarier. Sie bedeutet die Ermächtigung für die Besitzenden, der ärmeren Bevölkerung die Lebensmittel wegzukaufen.

Die Versammelten fordern von der Reichsregierung Abkehr vom Kurs des freien Handels, bis dahin sofortige Festsetzung eines mäßigen Höchstpreises für Kartoffeln und Fleisch. Die Gemeindebehörden werden aufgefordert, diese Forderungen nachdrücklichst zu unterstützen.

Die Versammelten machen die Reichsregierung und die Behörden darauf aufmerksam, daß der drohende Zusammenbruch der Volksernährung die breite Volksmasse der Verzweiflung des Hungers ausliefern müßte.

Die Verantwortung für diese Folgen der Wucherpolitik trifft die staatlichen Behörden, im besonderen die Reichsregierung.

Die Versammelten sind sich darüber einig, daß der kapitalistischen Wucherpolitik nur durch die sozialistische Regelung der Produktion und durch die sozialistische Verteilung der Lebensmittel ein Ende bereitet werden kann. Daher versprechen die Versammelten, alles zu tun, um die politische Macht für das Proletariat zu erobern, damit die Sozialisierung der Landwirtschaft und der Industrie durchgeführt werden kann.

Die Versammlung im Neustädter Gasthof im Osten stimmte außerdem noch zwei Anträgen zu, die nachstehenden Wortlaut haben:

„Die im Neustädter Gasthof versammelten Arbeiter, Arbeiterinnen, Angestellten und Beamten verlangen vom Rat der Stadt Leipzig und der zuständigen Behörde ein sofortiges Kuchenbackverbot mindestens solange, bis das Brot besser geworden ist und mehr verteilt wird. Oder sollen nur die oberen Zehntausend Weißbrot, Brötchen und Kuchen essen und wir Proletarier Kranken und Kinder das fast ungenießbare Brot verzehren? Es **gibt Mehl in Hülle und Fülle, das beweisen die Bäcker und Konditoren, sowie die Schieberkneipen.** Sollte der Rat oder die zuständige Behörde es ablehnen, so werden die hungernden Arbeiter sowie die Arbeitslosen und Kriegsopfer diese erbärmliche Mehlverschwendung zu verhindern wissen. Außerdem verlangen die Versammelten, daß dieser Antrag auf dem schnellsten Wege an die maßgebende Behörde gelangt und von der Parteileitung sowie dem Gewerkschaftskartell die nötige Unterstützung erhält."

Der zweite Antrag lautet: „Wir hier im Neustädter Gasthof Versammelten verlangen vom Rat der Stadt Leipzig die sofortige Festsetzung von Höchstpreisen für Kartoffeln in der Höhe von 20 Mk. für den Zentner ab Händler, 10 Mk. für Kurzarbeiter, 8 Mk. für Vollarbeitslose und Kriegsverletzte, 5 Mk. für Zivilinvalidenrentner. Wir sind nicht in der Lage, den vom Rat heute in den Neuesten Nachrichten festgesetzten Preis zu bezahlen, da reichen die paar Bettelpfennige der Minderbemittelten nicht aus, denn wir brauchen auch Feuerung zu den Kartoffeln. Außerdem verlangen wir bei Ueberschreitung des Höchstpreises strenge Bestrafung von Händlern und Käufern, Bekanntgabe der Namen, Schließung des Geschäfts. Da der Rat wie der Preisprüfungsausschuß es noch nicht für ihre Pflicht gehalten haben, den ganzen Sommer hindurch gegen den Obst- und Gemüsewucher tatkräftig einzuschreiten, so verlangen wir, daß eine Kommission, bestehend aus zwei Parteivertretern, zwei Arbeitslosen, zwei Kriegsverletzten und zwei Gewerkschaftsvertretern, gebildet wird, die ihre Tätigkeit sofort aufzunehmen hat. Sollte der Rat diese Forderungen ablehnen, so wird die gesamte Arbeiterschaft Groß-Leipzigs die geeigneten Mittel ergreifen, um zu ihrem Recht zu kommen. Nieder mit dem elenden Lebensmittel- und Kartoffelwucher! Auch wir haben ein Recht zu leben."

In der Terrasse in Kleinzschocher wurde noch folgender Entschließung zugestimmt: „Unterzeichnete stellen den Antrag, binnen acht Tagen der Regierung ein Ultimatum zu stellen, die Preise der Kartoffeln auf 20 Mk. herabzusetzen. Wenn nicht, wird zur Selbsthilfe gegriffen."

Obwohl die KPD. erklärt hatte, daß sie sich an der Kundgebung nicht beteiligen werde, da sie nicht demonstrieren, sondern zur Tat schreiten werde, hatten sich doch ihre Anhänger in mehreren Versammlungen eingefunden. Sie ergriffen in der Debatte auch das Wort, brachten eine besondere Resolution ein, in der die Wahl politischer Arbeiterräte gefordert wurde, die die Nahrungsmittelkontrolle übernehmen sollen. Die kommunistischen Wirrköpfe müssen es immer anders machen als die Gewerkschaften und die USP. Jetzt empfehlen sie den Arbeitslosen, den Hungernden politische Arbeiterräte als Allheilmittel. Dabei können diese Räte nicht das mindeste ausrichten, bevor das Proletariat nicht die politische Macht erobert hat. Eine geschlossene Front zur Eroberung der politischen Gewalt lehnen die Kommunisten aber ab. Sie stiften stets nur Verwirrung und spalten die Kampfreihen des Proletariats. Selbst die Versammlungen, die sich gegen den Wucher wenden, benutzen sie zu diesem Zweck. Sie hatten aber kein Glück. Die Versammlungen lehnten ihre „revolutionären" Methoden ab.

Nach Schluß der Versammlungen formierten sich die Teilnehmer zu langen Zügen, die nach dem Rathause zogen, wo sie gegen 4 Uhr nachmittags eintrafen. Es wurden rote Banner und Fahnen, viele Tafeln mit Aufschriften mitgeführt, die sich gegen den Wucher wandten und billige Lebensmittel forderten. In einem Zuge trug man an der Spitze einen Galgen, an dem eine lebensgroße Puppe hängte, die einen Wucherer darstellen sollte. Eine Tafel, die dem Galgen vorangetragen wurde, enthielt die Worte: „Kapitalisten, seid gewarnt." Der Galgen mit dieser Figur wurde am Gitter des mittleren Rathauseingangs befestigt. Auf den Fahnenstangen hißte man mehrere Tafeln. Die Züge, die vom Osten, vom Westen, vom Süden und Norden kamen, zogen um das Rathaus, das von vielen tausenden Demonstranten umgeben war, die einmütig ihren Willen zum Ausdruck brachten, daß sie nicht gesonnen seien, sich weiter ausplündern zu lassen von den Besitzenden, die an reichgedeckten Tafeln schlemmen, während die Armen nicht einmal die unentbehrlichsten Nahrungsmittel kaufen können. Man will die Massen nicht hören. Man will nicht nachgeben. Bisher sind nur Täuschungsmanöver zur Beschwichtigung der Hungernden unternommen worden. Man soll aber wissen, daß sie auf die Dauer jammervoll versagen. Die arbeitende Bevölkerung will nicht umkommen, sie will leben. Und deshalb werden die Massen wiederkehren. Die Wellen der Empörung werden noch höher steigen, und durch Stadt und Land wird der Kampfruf erschallen gegen das kapitalistische Ausbeutungssystem, für den Sozialismus, für die Uebernahme der industriellen und ländlichen Großbetriebe durch die arbeitende Bevölkerung. Erst dann, wenn der Kapitalismus niedergerungen ist, werden die Massen leben und arbeiten können unter Bedingungen, die erträglich sind. **Kapitalisten Großgrundbesitzer, Großbauern! Seid gewarnt!**

Der Lebensmittelwucher vor den Stadtverordneten.

In der gestrigen Stadtverordnetensitzung bildete der Wucher mit Lebensmitteln den wichtigsten Gegenstand der Verhandlungen. Auf der Tagesordnung stand die Abrechnung über das Betriebskapital zur Beschaffung von Lebensmitteln. Die Fraktion der USP. hatte dazu einen Antrag eingebracht, dessen Wortlaut im Bericht nachzulesen ist. Bei der Begründung des Antrags betonte Genosse Liebmann, die wuchtige Demonstration am heutigen Nachmittag habe deutlich gezeigt, daß die Geduld der Leipziger Arbeiter erschöpft ist. In den Versammlungen ist eine Resolution angenommen worden, in der klar zum Ausdruck gebracht wird, daß die Versammelten als die Quelle der Lebensmittelnot die kapitalistische Gesellschaftsform erkennen, die es zu überwinden gilt. Deshalb muß und wird sich der Kampf der Arbeiter auf die Eroberung der politischen Macht und auf die Beseitigung des Kapitalismus richten. Dieses politische Bekenntnis setzte der unabhängige Redner an die Spitze seiner Begründung des Antrags, er unterstrich es zudem nachdrücklich in seiner Rede. Da war es denn kein Wunder, daß in der folgenden Debatte eine Anzahl Redner an der Begründung Anstoß nahmen. Dem Rechtssozialisten gefiel es nicht, daß „Herr Liebmann gesagt hat, die Leute, die unser Vieh und andre Lebensmittel nach dem Auslande verkaufen, verdienten gehängt zu werden", das ist Herrn Kressin zu barbarisch. Kressin leistet sich dabei noch ganz überflüssig den Schwatz, die USP. sei schuld an der gegenwärtigen Lebensmittelnot, weil sie nicht in die Regierung eingetreten ist; dafür bekam der Schwätzer die verdiente Abfuhr.

Dem Mittelständler Heinze und dem Demokraten Dr. Herz paßte die Begründung des unabhängigen Antrags aus andern Gründen nicht. Der Demokrat hofft auf den freien Handel, der letzte Rest von Zwangswirtschaft müsse beseitigt werden, wenn es besser werden solle; er wird sich wundern, wenn die Früchte dieser freien Wirtschaft reif sind.

In seinem Kern verlangt der unabhängige Antrag Einwirkung auf die Reichsregierung zur Beschaffung billiger Lebensmittel. Helfen wird der Antrag nicht, trotzdem er einstimmig angenommen worden ist, er diente als Auftakt, wie die gestrige Demonstration auch nur Auftakt sein konnte. Der Kampf um die Lebensmittel ist ein politischer Kampf, den die Arbeitermasse selbst ausfechten muß. Und die Masse wird ihn ausfechten, die Lage ist ernster als die Preisfechter der freien Ausbeutung glauben; das ist den Herrschaften gestern abend als Auftakt mit aller Deutlichkeit gesagt worden.

Aus den übrigen Gegenständen der Beratungen ist besonders der hartnäckige Kampf um die Bauschutzwarte hervorzuheben, bei dem die Unabhängigen Krüger und Schumann vergeblich dafür eintraten, daß die Schutzwarte „aus Vorschlagslisten der Bauarbeiterschutzkommission" entnommen werden sollten. Das Kollegium nahm einen Antrag Hagen an, der sich damit begnügte, zu fordern, daß die Schutzwarte aus den Kreisen der organisierten Arbeiter entnommen werden.

Zu einer langen Debatte führte die Rückäußerung des Rats über die Verweigerung der Schulsäle an das Arbeiter-Bildungsinstitut. Bürgermeister Roth erklärte, der Gesamtrat habe die Räume verweigert, um die Neutralität der Schule zu wahren. Genosse Freitag nagelte den Bürgermeister sofort fest, daß er keine sachlichen Gründe für die Ablehnung vorgebracht habe. Das Leitmotiv der Bürgermeisterrede war: Die ganze Richtung paßt uns nicht. Der Herr Pfarrer Jeremias ließ sich selbstverständlich nicht die Gelegenheit entgehen, als Führer seiner schwarzen Schar aufzutreten, wobei er sogar wieder einmal mit Professor Herz ins Wortgefecht geriet. Die Koalition gegen das Arbeiter-Bildungsinstitut reichte von den Deutschnationalen bis zu den Demokraten um Herrn Junck, Professor Herz, Frau Mendelssohn-Bartholdy und Herr Weickert stimmten nicht mit den Pfaffen, sondern gegen den Rat. Ob der Rat daraus lernen wird?

Bemerkenswert sind die Mitteilungen des Polizeidirektors über einen Konflikt zwischen ihm und der Landessicherheitspolizei, weil diese auf eigene Faust Patrouillen durch die Stadt schickt; man darf gespannt sein, wie sich der Streit auflöst.

Der Automobilverkehr und die Lage der Kraftfahrer.

Vom Deutschen Transportarbeiter-Verband wird uns geschrieben:

Einen tiefen Einblick in den **Beschäftigungsgrad der Berufskraftfahrer** gibt eine sehr interessante Statistik, die von der **Reichsabteilungsleitung der Kraftfahrer im Deutschen Transportarbeiter-Verband** im Juli—August erhoben ist. Die Erhebung erstreckte sich auf 345 Orte mit Automobilverkehr, wovon in 17 Orten Kraftfahrer nicht beschäftigt werden. In den übrigen 328 **Orten sind 23 394 beschäftigte Kraftfahrer gezählt.** Davon sind beschäftigt als **Lastkraftfahrer** 13 675, als **Privatkraftfahrer** 7092, als **Kraftdroschkenführer** 2027. Von den 23 394 Beschäftigten sind im D. T.-V. organisiert 22 498, **nicht organisiert** sind 896 Kraftfahrer, also 3,8 Prozent aller Beschäftigten. Gleichzeitig erstreckte sich die Statistik auf die **Zahl der Arbeitslosen und die Kollegen,** die notgedrungen durch die schlechte Lage im Automobilwesen zu einem andern Beruf übergehen mußten. In den 345 von der Statistik ergriffenen Orten sind 13 695 **arbeitslose Kraftfahrer** gezählt. Davon sind im D. T.-V. 11 929 **organisiert. In andre Berufe übernommen** sind 36 989 Kraftfahrer.

Diese Statistik bringt einen erschreckenden **Beweis** dafür, wie sehr der **Automobilverkehr daniederliegt** und wie berechtigt die Forderung der Kraftfahrer über die **Freigabe des Automobilverkehrs** ist. Die zirka 50 000 arbeitslosen und in andre Berufe übergegangenen Kraftfahrer bilden eine starke Konkurrenz auf dem allgemeinen Arbeitsmarkt. An dieser Zahl gemessen, könnten durch die Freigabe und die dadurch entstehende Entwicklung des Automobilverkehrs für hunderttausend Arbeiter, im Verkehr allein, Arbeitsgelegenheit geschaffen werden.

Aber trotz des eingeschränkten Automobilverkehrs und die dadurch entstandene Arbeitslosigkeit im Kraftfahrerberufe werden täglich durch die gewerblichen Chauffeurschulen **immer mehr Kraftfahrer ausgebildet (!),** wodurch der Beruf ganz unnötig belastet wird. Wozu das? Nur damit die Chauffeurschulenbesitzer eine Existenz haben und Leuten, die die schlechte Lage des Chauffeurberufs nicht kennen, das Geld aus der Tasche locken? In dieser krisenschweren Zeit empfinden wir die gewerblichen Chauffeurschulen in unserm Berufe als doppelt schwere Last, und wir verlangen, daß **diese privaten Institute verschwinden** und dem Nachwuchs unseres Berufes durch Staat und Gemeinde die gleiche Beachtung entgegengebracht wird, wie dem Nachwuchs in den andern gewerblichen Berufen. Hinweg mit diesen gewerblichen Fahrschulen!

Wo die Kartoffeln bleiben.

Die Kartoffeln werden nicht nur in großen Mengen verfüttert, da die Schweine hoch im Preise stehen, sie werden auch nach den besetzten Gebieten und von da nach dem Auslande verschoben. Wie das gemacht wird, zeigt folgendes Beispiel: Die Firma Hiller und Müller-Wendischfähre, Nickelblechfabrik, schickte einen Waggon Kartoffeln nach Düsseldorf. Angegeben waren als Ladung 27 Kisten mit Eisenteilen und 50 leere Kisten. Bei der Revision durch die Eisenbahnbetriebsräte fand man nicht eine Kiste, wohl aber Kartoffeln. Hier zeigt es sich, wie notwendig die Kontrolle der Arbeiterschaft ist. Was sagt die Regierung zu diesen Schiebungen? Schläft sie, und wird sie erst erwachen, wenn das Land von Nahrungsmitteln völlig entblößt ist? Dann wird sich das Erwachen etwas mehr unangenehm gestalten.

Der Ortsausschuß für die Quäkerhilfe schreibt uns: In letzter Zeit ging durch die deutsche Presse eine Mitteilung, wonach aus Amerika weitere bedeutende Geldmittel für die Speisung der bedürftigen deutschen Kinder zur Verfügung gestellt worden seien. Die Tatsache ist richtig, aber die daran geknüpften Hoffnungen, daß nun eine erheblich höhere Zahl Kinder gespeist werden könnten, trifft leider nicht zu. Die erwähnten Mittel werden durch die jetzige Speisung voll beansprucht und waren für diese auch berechnet. Ob in naher Zukunft eine vermehrte Speisung stattfinden kann, läßt sich zur Zeit nicht sagen.

Wir weisen bei dieser Gelegenheit nochmals darauf hin, daß bei der Verwendung der von Amerika zur Verfügung gestellten Lebensmittel die strengste Sorgfalt walten muß. Unter keinen Umständen darf auch nur der geringste Teil der für die Kinder und Mütter bestimmten Lebensmittel an Helfer und Aufsichtspersonal verwendet werden, insbesondere dürfen an Helfer keine Brötchen verabfolgt werden. Etwaige, durch Fernbleiben speiseberechtigter Kinder erübrigte Portionen sollen an Ersatzkinder, die von den Aerzten zu bestimmen sind, der Reihe nach abgegeben werden. Im Laufe dieser Woche wird im Restaurant zum Stern in Lößnig und voraussichtlich in der städtischen Speiseanstalt in der Münzgasse je ein Frauenmittagstisch für schwangere und stillende Mütter eröffnet werden.

Das amerikanische Hilfskomitee dankt allen Helfern für ihre aufopfernde Unterstützung und hofft, weiter mit ihnen in voller Harmonie zum Wohle unserer Mütter und Kinder tätig sein zu können.

Lohnabzug der Hausangestellten. Von der Bezirkssteuereinnahme (Finanzamt) wird uns geschrieben: Bei Hausangestellten, die neben Barlohn freie Kost und Wohnung erhalten, ist der Wert der Natural- und sonstigen Sachbezüge bis zur Festsetzung durch

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id394414608-19201007/5 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG

das Landesfinanzamt mit dem Betrage anzunehmen, der sich aus den Lohntarifvereinbarungen ergibt und, wenn solche Vereinbarungen nicht vorliegen, nach den Ortspreisen anzurechnen, die das Versicherungsamt nach § 160 Absatz 2 der Reichsversicherungsordnung festgesetzt hat. Bis zur Festsetzung durch das Landesfinanzamt ist jedoch kein höherer Betrag als 5 Mk. für den Tag, 30 Mk. für die Woche und 125 Mk. für den Monat anzunehmen. Es sind also z. B. bei einer Hausangestellten, die monatlich 80 Mk. Barlohn erhält, höchstens 125 Mk. als Wert der Natural- und sonstigen Sachbezüge zu diesem Betrag hinzuzurechnen. Anderseits sind von dem Gesamtbetrag an 205 Mk. (80 Mk. und 125 Mk.) 125 Mk. als dem Steuerabzug nicht unterworfener Betrag wieder abzusetzen, so daß 10 vom Hundert nur von 80 Mk. einzubehalten sind. Für Arbeitgeber der Hausangestellten kommt somit eine Haftung für zu wenig einbehaltene Beträge (50 des Einkommensteuergesetzes) nicht in Frage, wenn sie bis zur Bekanntmachung der vom Landesfinanzamt festgesetzten Sätze stets 10 vom Hundert des Barlohnes einbehalten.

Proletarierjugend. Die soeben erschienenen Jahresübersichten der Stadt Frankfurt a. M. zeigen für die Jahre 1910 und 1919 in den Altersklassen zwischen 7 und 10 Jahren eine Gewichtsabnahme von 2—4 Pfund, ein Zurückbleiben im Wachstum um 2—4 Zentimeter. Und wenn nicht alles trügt, geht der Gesundheitszustand weiter abwärts! Und da kann noch ein einziger mit der kapitalistischen Mißwirtschaft zufrieden sein?

Die Kinderarbeit. In Verfolg des Washingtoner Uebereinkommens ist im englischen Unterhause ein Entwurf eingebracht, der ein Verbot der gewerblichen Kinderarbeit bis zum 14. Lebensjahre vorsieht. In Deutschland sind wir leider noch nicht so weit. Denn bei uns ist das Mindestalter für die Beschäftigung in Fabriken z. B. auf 13 Jahre festgesetzt. Ja, in den übrigen gewerblichen Betrieben dürfen Kinder von 12 Jahren an in beschränktem Maße arbeiten. Und auf dem Lande gibt es überhaupt keinen gesetzlichen Kinderschutz. Wieviel Elend dadurch in die proletarische Gesundheit getragen wurde, ist nicht bekannt, da eine Kinderarbeitsstatistik nicht existiert. Die Reichsstatistik gliedert nur die hauptberufliche Beschäftigung nach Altersklassen. Und sie steht nur die schulentlassenen Kinder als hauptberuflich an. Das ist bedauerlich. Da die gegenwärtige wirtschaftliche Lage die Kinderarbeit dauernd wachsen läßt, ist eine sofortige Aenderung der Kinderschutzbestimmungen im Sinne des Washingtoner Uebereinkommens auch für Deutschland dringend erforderlich.

Fleisch- und Wurstverkauf. Hoffmann, Wächterstr., von 2 Uhr an Wurstverkauf, Pfund 4 und 8 Mk. Hödrich, Plagwitz, von 9 bis 5 Uhr, Wurstverkauf, Pfund 4 und 8 Mk.

Lebensmittelkalender für Freitag, den 8. Oktober.

Für Haushaltungen.

Anmeldung: Schweineschmalz. Abzugeben Marke L (100 g), Marke 12 für Kriegsgefangene (50 g).

Ausgabe. 41. Kartenverteilung: Nr. 601—800.

Auslands-Schweinefleisch für Schwerkriegsbeschädigte, Ausgabe Johannisplatz 11, nachm. 3—5 Uhr.

Polizeinachrichten.

Straßenunfälle. Am Rathausring, Ecke Otto-Schill-Straße, ist am 3. Oktober, abends 7 Uhr, eine 40 Jahre alte Frau aus Wilkau von einem noch im Gange befindlichen Straßenbahnwagen der Linie 12 abgesprungen und zu Falle gekommen. Wegen eines hierbei erlittenen Schädelbruches wurde sie nach dem Krankenhaus St. Jakob gebracht. — Am selben Tage, vormittags gegen 12 Uhr, ist ein die Hainstraße entlang gehender Bäckerlehrling, als er an einem Rollwagen vorüberging, durch eine 1 Zentner schwere Kiste, die von einem Geschirrführer in unvorsichtiger Weise vom Wagen herab auf den Fußweg geworfen wurde, an einem Beine schwer verletzt worden. Er wurde zunächst nach der Sanitätswache und von dort nach seiner Wohnung gebracht. — Auf der Kreuzung der Hohen Straße mit dem Floßplatze ist am 2. d. M., nachmittags gegen 1 Uhr, ein 54 Jahre alter Wagenmeister aus Eutritzsch mit seinem Kraftrade an einen Triebwagen der Linie 12 angefahren und dabei anscheinend schwer verletzt worden. Er fand Aufnahme im Lazarett Heimatdank. Die Untersuchung ist in allen diesen Fällen im Gange.

Wieder ein Raubüberfall am hellen Tage! Ein 19jähriger Arbeiter aus L.-Lindenau hatte mit zwei gleichgesinnten Seelen, zwei Brüdern im Alter von 15 und 17 Jahren, ebenfalls aus L.-Lindenau, den Entschluß gefaßt, seine eigene Braut, eine Kontoristin, die wöchentlich zu bestimmten Zeiten für ihre Arbeitgeber größere Geldsummen von einer Bank holt, zu überfallen und ihr das Geld zu rauben. Gewissenhaft hatten die drei Burschen unter Führung des Bräutigams mehrere Pläne für den Raubüberfall entworfen; für den Fall, daß die Ausführung des einen nicht glückte, sollte der andere Plan ausgeführt werden. Am 1. d. M. in der Mittagszeit traf sich das Trio auf dem Lindenauer Markt und wartete, bis die Kontoristin erschien. Als sie mit dem Gelde in einer Mappe aus dem Bankgeschäft herauskam, wurde sie von ihrem Bräutigam ganz harmlos begrüßt, während sich seine Komplizen nach der Beckerstraße, in deren Nähe sich ihre Arbeitsstelle befindet, aufmachten, um das Mädchen dort zu empfangen. Einer der beiden Brüder kam dem Mädchen in jener Straße entgegen und versuchte, der Erschrockenen die Mappe aus der Hand zu reißen. Dies gelang ihm jedoch nicht und er ergriff, als die Ueberfallene laut zu schreien anfing, schleunigst die Flucht. Ihr liebenswürdiger Bräutigam und sein zweiter Genosse hatten sich den Verlauf der Sache wohlweislich nur aus geraumer Entfernung mit angesehen und waren schnellstens verduftet, als sie wahrgenommen hatten, daß ihr Genosse nicht zum gewünschten Ziele kam. Das saubere Kleeblatt wäre wohl kaum so schnell, wie dies gelang, ermittelt worden, wenn sich nicht ein 12jähr. Schüler gemeldet hätte, der angab, daß eine von ihm näher bezeichnete Frau Zeugin der Tat gewesen sei und die Täter kenne. Mit Hilfe dieser Frau ist das Räubertrio dann alsbald ermittelt worden und bereits am 4. d. M. hinter Schloß und Riegel gebracht worden.

Veranstaltungen der Arbeiterturn- und Sportvereine.

Turner. Bezirk. Turnerinnen zum Keulenschwingen für das Hallenschauturnen treffen sich am Freitag nicht in der 49. Volksschule L.-Schleußig, sondern in der 44. Volksschule L.-Lindenau, Demmeringstraße, abends 7 Uhr (Straßenbahnhaltestelle Deutsches Haus). — **Westgruppe.** Sonntag, nachm. 4 Uhr, Gruppenversammlung im Schwarzen Jäger, Leutzsch. — **L.-Schleußig.** Freitag nach dem Turnen Versammlung im Stern. — **L.-Schleußig.** Freitag Monatsversammlung im Jäger, Nöbelstraße. — **Leutzsch.** Freitag Vereinsversammlung. — **Knautkleeberg.** Freitag 8 Uhr Vereinsversammlung im Gasthof zum weißen Roß.

Turnspieler. Westgruppe. Raßballserie. Sonnabend, den 9. Oktober, nachmittags ½4 Uhr, auf der Nonnenwiese: Plagwitz—Lindenau I, Großzschocher—Lindenau I, Lindenau II—Kleinzschocher, Leutzsch—Kleinzschocher, Plagwitz—Großzschocher.

Fußballspieler. L.-Eutritzsch. Die Sportgenossen werden gebeten, bis spätestens Montag ihre Mitgliedbücher an den Sportgenossen Otto Hähnel abzugeben. — **Wahren.** Heute Donnerstag, abends ½8 Uhr, wichtige Versammlung, Statutenberatung.

Athleten. Heute Donnerstag, abends ½8 Uhr, Bezirksvorstandssitzung im Volkshaus. — Sonntag, den 10. Oktober, früh 8 Uhr, Bezirksvollversammlung im Volkshaus. Die Wichtigkeit der Tagesordnung macht es allen Mitgliedern zur Pflicht, pünktlich zu erscheinen. Sonntag, den 17. Oktober, nachm. 3 Uhr, Gerätekämpfe. Othello—Holzweißig in Holzweißig, Obmann Stephan, Kampfrichter Jiensen, Neumann. Paunsdorf—Normannia, Gasthof Windorf, Obmann Heinr. Selle, Kampfrichter Uhlig, Stuttgart. Eiche Nord—Eichenkranz, Obmann Sand, Kampfrichter Dahmes, Wilh. Tscham. Alle Bezirksmitglieder werden hiermit nochmals auf das am Sonnabend, den 9. Oktober, im Volkshaus stattfindende Sportkartellfest aufmerksam gemacht.

Radfahrer. Ausfahrten finden statt: Sonntag, den 10. Oktober, früh 7 Uhr, ab Drei Mohren nach Bitterfeld; früh 6 Uhr, ab Veteranenhalle Connewitz nach Markranstädt; früh 6 Uhr, ab Schmuckplatz Wiedau nach Dessau; nachmittags 2 Uhr, ab Ecke Lindenthaler und Elisabethstraße Fuchsjagd; nachmittags ½2 Uhr, ab Markt Lindenau Fuchsjagd; Zielbekanntgabe am Start; nachmittags 2 Uhr, ab Schmuckplatz Weißestraße in Stötteritz nach Wachern-Pücham; nachmittags 2 Uhr, ab Gesellschaftshaus Schönefeld nach Gruna. Gäste sind bei allen Ausfahrten willkommen. Versammlungen: Donnerstag, den 7. Oktober, abends ½8 Uhr, Abt. Südost bei Heyne. Donnerstag, den 7. Oktober, abends 7 Uhr, Abt. Zentrum im Bürgergarten. Freitag, den 8. Oktober, abends ½8 Uhr, Abt. Leutzsch im Jäger. Sonnabend, den 9. Oktober, abends 8 Uhr, Abt. Süd in der Veteranenhalle. Sonnabend, den 9 Oktober, im Volkshaus großes Sportfest, veranstaltet vom Sportkartell unter Mitwirkung aller angeschlossenen Sportvereine. Recht zahlreiche Beteiligung unserer Bundesmitglieder und ihrer Angehörigen wird erwartet.

Naturfreunde. Sonnabend, 9. Oktober, Sportfest im Volkshaus, die Genossen und Genossinnen wollen sich vollzählig daran beteiligen. Sonntag, 10. Oktober, Wanderung Leisling—Naumburg—Kösen. Abf. früh 5,58 Uhr, Hauptbahnhof. Führer Lehmann. Außerdem: Alte Herren- und Damenwanderung nach Cospuden. Treffen früh 7 Uhr Endstation 1 Großzschocher. Montag, 11. Oktober, Leitungssitzung bei Gen. Burmeister. Mittwoch, den 13. Oktober Vortrag des Genossen Kirmse: Meine Erlebnisse in russischer Gefangenschaft. Bezirk West: Donnerstag, 7. Oktober, Vortrag des Herrn Lehrer Mikkly im Jugendheim, Kleinzschocher, Gießerstraße 85. Bezirk Ost: Donnerstag, 7. Oktober, abends ½8 Uhr, Heitere Rezitationen. Sonntag, 10. Oktober, Schnitzeljagd nach Kleinzschocher-Lindenau. Treffen früh ½8 Uhr Endst. 17 und 18 in Leutzsch. Führer Heine. Bezirk Mockau: Jeden Donnerstag Zusammenkunft in der Hermannsruhe. Mittel-Mockau. Donnerstag, 7. Oktober, Vereinsabend und Programmberatung. Sonntag, 10. Oktober, Besuch des Heimatmuseums. Treffen früh ½10 Uhr an der Hermannsruhe.

Schachverein. Donnerstag: Abteilung Zentrum (Marienhof, Hohe Straße): Turnierbeginn in 3 Klasse: Abteilung Norden (Schillerschlößchen, Gohlis, Menkestraße): Turnierbeginn der 3. Klasse. Abteilung Südosten (Zur Klause, Stötteritz, Rudolf-Herrmann-Straße): Allgemeiner Spielabend. Sonntag: Freier Schachverkehr in der Klause, Stötteritz. Montag: Zweite Stunde der 1. Klasse in der Harmonie. Dienstag: Abteilung Westen (Lindenfels, Plagwitz, Karl-Heine-Straße): Briefwechselpartie mit Chemnitz am 24 Brettern. 2. Stunde der 3. Klasse. Abteilung Nordosten (Neugegrübel) Restaurant Sachsenburg (Mockau, Mockauer Straße, Ecke Portastraße): 1. Allgemeiner Spielabend am Dienstag. Die Mockauer Schachspieler werden um Eintritt ersucht. Mittwoch: Abteilung Osten (Reudnitz, Rathausstraße, Harmonie): Spanische Partie, 2. Turnierrunde der 2. Klasse.

Fußball. Serienspiele am Sonntag, dem 10. Oktober 1920. 1. Klasse. Gruppe A. 3 Uhr: Knautkleeberg I—Eutritzsch I. 3 Uhr: Wahren I—Wurzen I. 3 Uhr: Burghausen I—Löbnitz I. — Gruppe B. 3 Uhr: Sachsen-Gautzsch I—Connewitz I. 3 Uhr: Großzschocher I—Sparta I. 3 Uhr: Jahn-Leutzsch I—Sportlust I. 3 Uhr: Spielvereinigung Taucha I—Paunsdorf I. Gruppe C. 3 Uhr: Sachsen-Anger I—Viktoria-Leutzsch I. 1,30 Uhr: Connewitz I—Lindenau I. 9,30 Uhr: Pegau I—Schönefeld I. 3 Uhr: Zwenkau I—Urania I. Gruppe D. 4 Uhr: Stötteritz I—Kleinzschocher I. 11 Uhr: Oetzsch I—Hertha I. 3 Uhr: Viktoria-Anger I—Gretzsch I. — 2a-Klasse. Südgruppe. 9 Uhr: Oetzsch II—Sachsen-Gautzsch II. 11 Uhr: Röthа I—Connewitz II. 3 Uhr: Löbnitz II—Auligk I. Nordgruppe. 10,30 Uhr: Eutritzsch II—Wiederitzsch I. 3 Uhr: Lindenthal I—Mockau I. Westgruppe. 3 Uhr: Schönau I—West 03 II. 1,30 Uhr: Kleinzschocher II—Plagwitz I. 1 Uhr: Jahn-Leutzsch II—Knautkleeberg II. 3,30 Uhr: Viktoria-Leutzsch II—Großzschocher II. 3,30 Uhr: Pegau II—Lindenau II. — 3b-Klasse. Ostgruppe. 11 Uhr: Hertha II—Wurzen II. 11 Uhr: Liebertwolkwitz I—Probstheida I. — 3a-Klasse. Ostgruppe. 1,15 Uhr: Spielvereinigung Taucha II—Eilenburg II. 2 Uhr: Stötteritz III—Mölkau II, neuer Platz. 3 Uhr: Wurzen II—Altschmitz I. 11,30 Uhr: Paunsdorf III—Urania II. Südgruppe. 10 Uhr: Völlis I—Sachsen-Gautzsch III. 3 Uhr: Connewitz III—Gretzsch II. 11 Uhr: Sparta II—Röthа II auf Neunhaumiese. Westgruppe. 1,15 Uhr: Großzschocher III—Viktoria-Leutzsch III. 3 Uhr: West 03 III—Knautkleeberg III. Nordgruppe. 3 Uhr: Türrenberg I—Markranstädt II. 1,30 Uhr: Gohlis I—Eutritzsch III in Wiederitzsch. 3b-Klasse. Ostgruppe. 3 Uhr: Liebertwolkwitz II—Connewitz II. 1 Uhr: Paunsdorf IV—Eilenburg III. 12 Uhr: Stötteritz IV—Favorit I, neuer Platz. 11 Uhr: Fortuna-Taucha II—Sachsen-Anger III. Westgruppe. 9,30 Uhr: Lützen I—Pegau III in Großzschocher. 3,15 Uhr: Plagwitz II—Völlis-Ehrenberg I. 11 Uhr: Jahn-Leutzsch III—Lindenau III. 10 Uhr: Viktoria-Leutzsch IV—West 03 IV. Nordgruppe. 1,30 Uhr: Lindenthal II—Markranstädt III. 1,30 Uhr: Wahren III—Mockau II. — 4a-Klasse. Ostgruppe. 3 Uhr: Probstheida II—Favorit II. 1,15 Uhr: Sachsen-Anger IV—Fortuna-Taucha III. 11 Uhr: Spielvereinigung Taucha III—Mölkau III. Nordgruppe. 3,45 Uhr: Eutritzsch IV—Türrenberg III. 10 Uhr: Lindenthal III—Wiederitzsch III. Westgruppe. 10,30 Uhr: Schönau III—Völlis-Ehrenberg II. 2 Uhr: Kleinzschocher IV—Plagwitz III, Baronwiese. 9,30 Uhr: Lützen II—Großzschocher IV. — 4b-Klasse. 9 Uhr: Eilenburg IV—Viktoria-Anger III. 9 Uhr: Wurzen IV—Paunsdorf V. 9 Uhr: Spielvereinigung Taucha IV—Schönefeld III. 9 Uhr: Stötteritz V—Sachsen-Anger V, neuer Platz. — 1. Jugendklasse. Ostgruppe. 10,30 Uhr: Stötteritz I—Grimma I, neuer Platz. 11 Uhr: Wurzen I—Hertha I. 9 Uhr: Liebertwolkwitz I—Paunsdorf I. Westgruppe. 9,15 Uhr: Jahn-Leutzsch I—Kleinzschocher I. 9 Uhr: Knautkleeberg I—Großzschocher I. 9 Uhr: Viktoria-Leutzsch I—Lindenau I (Favorit). 9,11 Uhr: Pegau I—West 03 I. Nordgruppe. 10,30 Uhr: Türrenberg I—Gohlis I. 2,30 Uhr Markranstädt I—Mockau I. 12,30 Uhr: Lindenthal I—Wahren I. — 2. Klasse. Ostgruppe. 12 Uhr: Viktoria-Anger I—Eilenburg I. 9 Uhr: Hertha II—Stötteritz II. Nordgruppe. 10 Uhr: Markranstädt II—Eutritzsch. — Alte-Herren-Klasse. 8 Uhr: Großzschocher—Kleinzschocher.

Beigetreten sind: Fußballklub Vorwärts, Wiederitzsch bei Röthа mit 2 Vollmannschaften. Zuschriften an: Paul Hackenjos, Röthа, Mühlgasse 201. — Fußballabteilung Naunhof mit 1 Vollmannschaft. Zuschriften an: Alfred Höppner, Naunhof bei Leipzig, Gartenstraße 42.

Der Bezirks-Fußballspielausschuß.

Aus dem Stadtverordnetensaal.

Sitzung am 6. Oktober 1920.

Vizevorsteher Dr. Junck eröffnete die Sitzung mit einem Nachruf für den am 2. Oktober verstorbenen Stadtv. Alois Staudinger. Staudinger gehörte seit dem 17. Sept. 1919 dem Stadtverordnetenkollegium an. In seiner Eigenschaft als Stadtverordneter ist er stets bestrebt gewesen, das Beste für das Gemeinwohl zu tun. Die Stadt Leipzig wird ihm stets ein ehrendes Andenken bewahren. Die Anwesenden erheben sich zu Ehren des Verstorbenen von ihren Plätzen.

Nachdem eine Anzahl Registranden zur Kenntnis des Kollegiums gebracht worden sind, wird in die Tagesordnung eingetreten. Die Betriebsräte der bei Paunsdorf und Engelsdorf gelegenen Betriebe haben **eine Eingabe gegen die Einstellung der Straßenbahnlinie 8** an den Rat der Stadt Leipzig gerichtet, die insofern gegenstandslos geworden ist, da die Linie 8 wieder eingesetzt ist. Trotzdem hat sich der Verkehrsausschuß eingehend mit dieser Eingabe beschäftigt und ist zu dem Beschluß gekommen, daß die Verwaltung der Straßenbahn bei Einstellung von Linien die Zweckmäßigkeit und Durchführung mehr prüfen und beachten soll als bisher.

Stadtv. **Weickert** wendet sich im Anschluß an den Bericht gegen die Reklame an den Seiten des ersten Wagens. Dadurch wird die Orientierung über die Fahrtrichtung sehr erschwert. Es wäre schon besser, wenn diese Reklame beibehalten bleiben soll die Anhängewagen zu benutzen, aber nicht die ersten Wagen.

Es wird beschlossen, die Eingabe dem Rate zur Kenntnisnahme zu überweisen.

Antrag der U. S. P.-Fraktion wegen der hohen Lebensmittelpreise.

In den außerordentlich hohen Preisen für Lebensmittel, im besonderen in den beispiellos hohen Kartoffelpreisen erkennen die Stadtverordneten von Leipzig eine schwere Gefahr für große Teile der Bevölkerung.

Das Stadtverordnetenkollegium verurteilt aufs schärfste den gewissenlosen Preiswucher, der die jetzige Ernährungskrise verschuldet hat. Die Stadtverordneten lenken die Aufmerksamkeit der verantwortlichen Behörden des Staates und des Reiches auf die Gefahren, die mit der Ernährungskrise für die Gesamtheit des Volkes heraufbeschworen werden.

Um schwere Erschütterungen für das Volk zu vermeiden und um die gesundheitlichen und sittlichen Gefahren der Unterernährung zu bannen, ersuchen die Stadtverordneten von Leipzig die sächsische Regierung und die Reichsregierung schleunigst für den Abbau der Lebensmittelpreise zu wirken und dafür zu sorgen, daß die Bevölkerung mit preiswerten Lebensmitteln versorgt wird.

Im besonderen halten die Stadtverordneten eine wesentliche Herabsetzung der Kartoffelpreise und eine bessere Versorgung der Bevölkerung mit billigem Fleisch und Fett für dringend notwendig. Das Stadtverordnetenkollegium ersucht auch den Rat der Stadt Leipzig, diesem Beschluß beizutreten und in seinem Sinne auf die sächsische Regierung und auf die Reichsregierung einzuwirken.

Stadtv. **Liebmann** (U. S. P.): Heute nachmittag haben in einer großen Demonstration die Leipziger Arbeiter gezeigt, daß sie nicht mehr gewillt sind, die Auswucherung noch weiter zu ertragen. In den überfüllten Versammlungen ist eine Entschließung angenommen worden, die den Willen der Leipziger arbeitenden Bevölkerung zum Ausdruck bringt. Die Regierung ist schuld daran, daß die Not des Volkes so groß ist, weil sie nichts getan hat, dem Wucher Einhalt zu tun. Die Regierung hat im Gegenteil den Wünschen der Wucherer stets nachgegeben und die Zwangswirtschaft für wichtige Lebensmittel aufgehoben. Trotz der schlechten Erfahrungen, die man bisher mit der Freigabe der Lebens- und Bedarfsartikel gemacht hat, ist man nun dazu übergegangen, auch die Kartoffeln dem freien Handel zu übergeben. Dies hat nun zur Folge, daß die arbeitende Bevölkerung die geforderten Preise nicht zahlen kann. Die Großhändler begründeten die Freigabe der Kartoffeln damit, daß es nur durch die Aufhebung der Zwangswirtschaft möglich sein werde, die Bevölkerung mit billigen Kartoffeln ausreichend zu versorgen. Nun, wo die Kartoffeln freigegeben sind, haben die Großhändler die verfügbaren Kartoffeln aufgekauft und damit sind auch die Preise ins ungeheuerliche gestiegen. Bei einem Preise von 40 bis 50 Mk. pro Zentner ist die arbeitende Bevölkerung nicht in der Lage, ihren Bedarf an Kartoffeln zu decken. Bei der Festsetzung der Richtpreise waren es die U. S. P. und die S. P. D., die einen Preis von 10—15 Mk. pro Zentner für angemessen hielten während die Demokraten für bedeutend höhere Preise eingetreten sind. Die Not des Volkes wird immer größer und die Regierung muß eingestehen, daß sie gegen die Großhändler machtlos ist, daß sie gegen die hohen Preise nicht einmal die Wucherparagraphen anwenden kann. Wenn nun von den einzelnen Städten und Bezirken versucht wird, Kartoffeln zu niedrigeren Preisen zu erhalten, so wird die Versorgung der Bevölkerung mit billigen Kartoffeln doch nicht ausreichend sein. Auch die Erklärung der Landwirte, von jedem Hektar 15 Zentner für 15 Mk. abzugeben, kann der Bevölkerung keine Aussicht auf Milderung der Kartoffelnot geben. Ein Hektar gibt zirka 240 Zentner Kartoffeln, von denen 15 Zentner ab Feld, für die noch nicht einmal die Qualität feststeht, für 15 Mk. abgegeben werden sollen, während die übrigen zu jedem beliebigen Preise verkauft werden können. Da muß der Bevölkerung schon gesagt werden, daß sie auf diesem Wege von der Stadt nicht genügend mit billigen Kartoffeln versorgt werden kann. Es ist dies nur ein Tropfen auf einen heißen Stein. Es soll damit etwas getan werden, aber in Wirklichkeit wird nichts getan, die Not zu lindern. Damit ist auch die sächsische Regierung auf diesem Wege nicht in der Lage, die Bevölkerung mit ausreichenden Kartoffelmengen zu versorgen. Ich mache darauf aufmerksam, daß wir recht gehabt haben, wenn wir statt der planlosen Profitwirtschaft eine planmäßige Bedarfswirtschaft fordern. Auch die bürgerlichen Vertreter mögen bedenken, daß auch ihnen das Wasser an der Kehle steht. Das Volk wird es sich nicht mehr gefallen lassen, daß es von einer kleinen Gruppe ausgewuchert wird. Wenn die Regierung einigermaßen ihre Pflicht dem Volke gegenüber getan hätte, wären die Gefahren nicht so groß, als sie jetzt sind. Heute ist es so, wer Geld hat, kann alles in jeder Menge haben und kann sich wohl auch Kartoffeln kaufen. Aber die Arbeiter können zu den geforderten Preisen keine Kartoffeln kaufen. Wie mit den Kartoffeln, so ist es mit dem Fleisch. Dafür, daß wir kein Fleisch bekommen, wird das Fleisch ins Ausland geliefert. Eben weil auch für das Fleisch die Preise ins ungeheuerliche klettern, ist das Volk nicht in der Lage, seinen notwendigen Bedarf zu decken. Das gleiche trifft auch für die Hülsenfrüchte zu, deren Preise jetzt ebenfalls enorm steigen. Obgleich alle Lebensmittel in Hülle und Fülle vorhanden sind, so doch nur für die Besitzenden, aber nichts für die Nichtbesitzenden, für die arbeitende Bevölkerung. Aehnlich ist es auch mit der Brotversorgung. Wenn auch das Brot etwas besser geworden ist, so muß sich doch das Volk mit dem schwarzen Brot begnügen, während diejenigen, die Geld haben, sich weißes Brot kaufen können soviel sie nur mögen. Es ist die Aufgabe der städtischen Behörden, alle Schwierigkeiten in der Lebensmittelversorgung zu beseitigen, ehe es zu spät ist. Die Stadt hat die Aufgabe und die Pflicht, bei der Reichs- und Landesregierung auf die drohenden Gefahren hinzuweisen, daß zunächst die Kartoffelpreise herabgesetzt und eine genügende Versorgung der Bevölkerung mit Fleisch und Fett eintritt. Die Gefahren, welche drohen, sind sehr groß, deshalb ersuchen wir Sie, den Antrag anzunehmen.

Stadtv. **Kressin** (Mehrh. Soz.) ist mit den Ausführungen Liebmanns im allgemeinen einverstanden. Die gegen die Junker vorgebrachten Beschwerden können noch bedeutend verschärft werden. Aber die U. S. P. trägt auch einen großen Teil Schuld an den jetzt bestehenden Verhältnissen, indem sie nicht in die Regierung eingetreten ist.

Stadtv. Dr. **Herz.** Wir können uns nicht davon überzeugen, daß mit einer Wiederauflebung der Zwangswirtschaft dem Volke geholfen werden könnte. Die Zwangswirtschaft hat einen großen Teil Schuld an dem moralischen Niedergang unseres Volkes. Die Zwangswirtschaft ist aber auch schuld an dem Schiebertum. Die mangelhafte Kartoffelversorgung wird wohl von allen eingesehen. Sie werden dem Antrag zustimmen, obwohl dadurch dem Volke auch nicht geholfen wird. Nur durch völlige Aufhebung der Zwangswirtschaft kann eine Besserung eintreten.

Stadtv. **Liebmann** (U. S. P.). Wenn Kressin uns den Vorwurf macht, daß wir Schuld tragen, so muß er sich doch gegen die Ausführungen Kressins wenden. Wenn Wissell noch eine gewisse Planwirtschaft schaffen wollte, so wurde er doch von seinen eigenen Parteigenossen der S. P. D. im Stiche gelassen. Nach ihm traten Minister an seine Stelle, die hauptsächlich den jetzigen Zustand mit geschaffen haben.

Stadtv. **Börner** (Deutschnat.) gibt zu, daß die Zwangswirtschaft einen großen Teil Schuld an den jetzigen Verhältnissen hat. Sie hat es auch mit sich gebracht, daß die Hamsterei solchen Umfang angenommen hat, weil die Rationierung nicht ausreicht. Er hält es für erforderlich, daß der von Liebmann gestellte Antrag gründlich behandelt wird, daher beantrage er, den Antrag an die Ausschüsse zu verweisen. Der Antrag findet keine genügende Unterstützung.

Stadtv. **Heinze** (Mittelst.) kann sich dem Antrag, wie er von Liebmann gestellt worden ist, nicht voll und ganz anschließen.

Stadtv. **Jonack** (U. S. P.) hält es für erforderlich, daß die Reichsregierung dahin wirkt, daß die Ausfuhrverbote der einzelnen Bundesstaaten aufgehoben werden, bis die Städte im Reiche versorgt sind.

Der Antrag Liebmann wird **einstimmig angenommen.**

Zu einer Eingabe, die gesamte Ungeziefervernichtung, einschl. Vertilgung der Mücken, Ratten und Mäuse, zu verstadtlichen und der Desinfektionsanstalt zu übertragen, beantragt der Finanzausschuß, die Eingabe auf sich beruhen zu lassen.

Stadtv. Dr. **Popitz** (U. S. P.). Wenn der Ausschuß zu dem Schluß gekommen ist, die Eingabe auf sich beruhen zu lassen, so ist doch aus gesundheitlichen Gründen der Frage der Verstadtlichung näherzutreten. Wir werden zur Unterdrückung von Seuchen, die zu erwarten sind, mit der privaten Vernichtung des Ungeziefers nicht auskommen.

Stadtv. **Pollender** (Mehrh.-Soz.). In den Ausschüssen hat man der gesundheitlichen Seite volle Beachtung geschenkt. Nur aus finanziellen Gründen ist man dazu gekommen, die Eingabe auf sich beruhen zu lassen.

Der Antrag, die Eingabe auf sich beruhen zu lassen, fand einstimmige Annahme.

Ferner betraf eine Eingabe die sofortige **Verstärkung des polizeilichen Wach- und Schutzdienstes im Artilleriestraßen-Viertel,** gegebenenfalls unter Mitwirkung der Landes-Sicherheitspolizei. Der Finanzausschuß beantragte, die Eingabe auf sich beruhen zu lassen.

Stadtv. **Herz** (Dem.) kann nicht finden, daß der Ausschuß damit den dortigen Verhältnissen Rechnung trägt, da die Unsicherheit nicht nur des Eigentums, sondern auch der Person sehr groß ist. Er beantragt daher, die Eingabe dem Rate zur Erwägung zu überweisen.

Polizeidirektor **Kubitz.** Die polizeilichen Verhältnisse in Leipzig sind nicht so, wie sie sein sollten, trotzdem ist kein Grund zur Beunruhigung vorhanden. Einer Verstärkung einzelner Bezirke kann nicht stattgegeben werden, da dadurch andre entblößt würden. Es ist vielleicht möglich, die Landespolizei zu Hilfe zu nehmen. Doch ist hierbei zu beachten, daß der städtischen Polizei die Oberhoheit gewahrt bleibt. Ein Zusammenarbeiten ist nur in engster Anlehnung möglich.

Der Ausschußantrag wurde angenommen.

Zu einer Eingabe wegen

Wiedereinführung der 48stündigen Arbeitswoche in den städtischen Betrieben

beantragen der Verfassungs- und Finanzausschuß: die Eingabe, soweit sie die Wiedereinführung der 48stündigen Arbeitswoche betrifft, dem Rate zur Berücksichtigung zu überweisen, im übrigen auf sich beruhen zu lassen.

Stadtv. **Börner** (Deutschnat.) befürchtet, daß ein solcher Beschluß, die 48stündige Arbeitswoche in den städtischen Betrieben wieder einzuführen, auch seine Rückwirkung auf die Straßenbahner haben wird, die doch dann die unverkürzte Arbeitswoche für sich beanspruchen.

Stadtv. **Scheib** (U. S. P.) bittet um Zustimmung der Ausschußanträge, die auch einstimmig angenommen werden.

Bauschutzwarte.

Zur Beratung stand:

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id394414608-19201007/6 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG

A. ein Ratsbeschluß, zum Zwecke der Ueberwachung der Arbeiterschutzbestimmungen auf Bauten im Stadtgebiet von Leipzig 2 Bauschutzwarte aus Arbeiterkreisen vom 1. November 1920 ab anzustellen und die hierzu nötigen Mittel von 10 665.10 Mk zu Lasten des Kontos 17 IV. Anh. 60 für den Haushalt 1920/21 nachzubewilligen.

B. Eingaben wegen der Anstellung von 2 Bauschutzwarten aus Bauarbeiterkreisen.

Der Hochbau- und Tiefbauausschuß beantragen: zu A 1. dem Ratsbeschluß unter den Bedingungen zuzustimmen, daß a. die Bauschutzwarte aus Vorschlagslisten der Bauarbeiterschutzkommission, als Vertreterin der gewerblichen Bauarbeiter-Organisationen, vom Rate gewählt werden, b. den Bauschutzwarten das Recht zugestanden wird, im Falle der Gefahr das Weiterarbeiten zu verbieten, c. die Bezahlung der Bauschutzwarte den tariflichen Löhnen der Bauarbeiter angepaßt wird.

2. den Rat zu ersuchen, die für die Bauschutzwarte aufzustellende Dienstanweisung den Stadtverordneten zur Kenntnisnahme vorzulegen.

zu B 3. die Eingaben damit für erledigt zu erklären.

Stadtv. Kretzschmar (Mittelst.) hegt Bedenken, ob eine Vorlage zur Schaffung von Bauwarten ihren Zweck erfüllt zu einer Zeit, wo nicht gebaut wird.

Stadtv. Krüger (U.S.P.). Die Notwendigkeit der Bauschutzwarte sollte jeder einsehen. Sollen die Bauschutzwarte ihre Tätigkeit mit Erfolg ausführen, so müssen sie das Vertrauen der Bauarbeiter besitzen.

Stadtv. Sommer (Priv.-Ang.) hält es für richtiger, wenn die Stellen der Bauschutzwarte aus den Reihen der Bautechniker besetzt würden.

Bürgerm. Roth wendet sich gegen das Verlangen, die Wahl durch die Bauarbeiterorganisation vorzunehmen. Dies ist eine Einschränkung des Wahlrechts des Rates.

Stadtv. Hagen (Mehrh.-Soz.). Nachdem heute der Bürgermeister dieselbe Erklärung abgegeben, wie in der letzten Sitzung, so darf man wohl zu der Auffassung kommen, daß das Verlangen der Bauarbeiter nach den Bauschutzwarten nur ein Wunsch bleibt. Die Anstellung muß sofort zu dem vorgeschlagenen Termin, 1. November vorgenommen werden. Wollte man noch ein halbes Jahr warten, so wäre dies eine Verschleppung, die nicht ohne Folgen bleiben würde. Um dem Rate einen größeren Spielraum zu schaffen, beantrage er, daß der Antrag unter a. dahin abgeändert wird, daß die Bauschutzwarte aus den Kreisen der organisierten Bauarbeiter vom Rate gewählt werden.

Nach weiterer Aussprache wurde der Antrag Hagen auf Abänderung des Ausschußantrages unter a. sowie alle andern Anträge der Ausschüsse angenommen

Zur Rückäußerung des Rates wegen der **Ueberlassung von Schulsälen am Vormittag des Palmsonntags an das Allgemeine Arbeiterbildungs-Institut** zu Jugendweihen usw. beantragte der Schulausschuß: das Kollegium erhebt Widerspruch gegen den ablehnenden Bescheid des Rates und hält an seinem Beschluß vom 28. April d. J. auf Berücksichtigung der Eingabe fest.

Der Rat hatte die Ueberlassung abgelehnt, da er der Meinung sei, daß dann auch andere Korporationen mit Anträgen auf Ueberlassung der Schulräume kommen würden. Die Neutralität der Schule müsse unter allen Umständen gewahrt werden.

Stadtv. Hagen (Mehrh.-Soz.). Der Rat hat in der Freigabe der Turnhallen zu Wahlversammlungen einen recht engherzigen Standpunkt eingenommen. Es wäre wohl von Vorteil, wenn der Rat erklären würde, daß er bei den Landtagswahlen die Turnhallen unparteiisch zur Verfügung stellt.

Bürgermeister Roth erklärt, daß während der Wahl die Schulräume zu Wahlversammlungen zur Verfügung gestellt worden sind. Für die kommenden Wahlen soll das gleiche der Fall sein. Zu der Eingabe des Arbeiterbildungsinstitutes habe er zu bemerken, daß der Rat auf dem Standpunkt steht, daß die Neutralität der Schulen unbedingt zu wahren ist. Die Jugendweihen verfolgten bestimmte politische Zwecke. Daher die ablehnende Haltung des Rates.

Stadtv. Freytag (U.S.P.). Der Bürgermeister hat den Nachweis gebracht, daß den Rat keine sachlichen Gründe, sondern lediglich tendenziöse bei der Ablehnung der Eingabe geleitet haben. Wenn man glaubt, daß das Arbeiterbildungsinstitut Sulentlassungsfeiern neben den offiziellen Schulfeiern veranstaltet, so ist dies eine ganz irrige Auffassung. Was das Arbeiterbildungsinstitut will, sind Jugendweihen für die Kinder, die schon entlassen, aber auf Grund ihres Glaubensbekenntnisses nicht konfirmiert sind. Also eine Feier, die sich mit der Schule wohl verbinden läßt. Es ist aber auch notwendig, daß diese Feiern in würdigen Räumen stattfinden müssen, wenn sie ihren ethischen Zweck erfüllen sollen. Wenn die Herren im Rat so viel Wert auf Moral und Sittlichkeit legen, dann müssen sie der Arbeiterschaft entgegenkommen, wenn sie bemüht ist, die schulentlassene Jugend der Kneipe zu entziehen. Eins steht jedoch fest, daß die Jugendweihen des Arbeiterbildungsinstituts auch stattfinden, wenn der Rat ihm die Schulräume versagt.

Nachdem Stadtv. Jeremias, der die namentliche Abstimmung verlangte, noch eine Reihe weitere Ausführungen gemacht hatte, wurde zur Abstimmung geschritten, die dem Antrag Jeremias gemäß namentlich erfolgte. Der Ausschußantrag wurde mit 48 gegen 17 Stimmen angenommen.

Ferner wurde u. a. noch folgendem zugestimmt:

Der Beschaffung von 4 Nadelarbeits- und 12 Klassenschränken für die Fach- und Fortbildungsschule für Mädchen, sowie Bewilligung des Betrags von noch 17 650 Mk. hierzu auf den Sonderhaushaltplan der Schulgemeinde, Fach- und Fortbildungsschule für Mädchen, und zwar außer den daselbst bereits vorgesehenen 11350 Mk.

Nachbewilligung von 5300 Mk. für den Einbau einer elektrischen Beleuchtungsanlage in die Turnhalle der 21. Volksschule zu Lasten des Kontos Schulgemeinde.

Die Eingabe wegen Beseitigung des Raummangels usw. in der Volksschule 5 a dem Rate zur Berücksichtigung zu überweisen.

Sächsische Angelegenheiten.

Ein Aufruf an die Landwirte.

Zur Frage der Milch- und Butterversorgung erläßt der Landeskulturrat für Sachsen nachstehenden Aufruf:

„Unter der Zwangswirtschaft hat die Viehhaltung ganz besonders gelitten. Ihre Erträgnisse sind während des Krieges von Jahr zu Jahr zurückgegangen und haben allmählich einen äußerst bedauerlichen Tiefstand erreicht. Dazu kommt durch die große Ausbreitung der Maul- und Klauenseuche eine neue Heimsuchung. Um alles zu vermeiden, was einer weiteren Ausbreitung Vorschub leisten könnte, hat das Wirtschaftsministerium auf Antrag des Landeskulturrates angeordnet, daß zur Verhütung der Verschleppung dieser Seuche durch die Tätigkeit der Viehbestands-, Milch- usw. Revisoren jede Ueberwachungstätigkeit in Gehöften mit Klauenviehbeständen sofort einzustellen ist. Die Zwangswirtschaft ist bekanntlich auf wichtigen Gebieten im Abbau begriffen. Die öffentliche Bewirtschaftung der Kartoffeln hat am 15. September aufgehört. Die Schlachtvieh- und Fleischbewirtschaftung ist mit dem 1. Oktober zu Ende gegangen. Die jetzigen Wochen sind deshalb außerordentlich kritisch. Sie werden die Entscheidung bringen, ob der Weg zur freien Wirtschaft weiter begangen wird oder ob eine Rückkehr zur Zwangswirtschaft mit schärferen Bestimmungen erfolgt. Es hängt alles davon ab, die Verbraucherschaft in den nächsten Monaten soweit als irgend möglich mit den nötigsten Nahrungsmitteln zu versorgen, andernfalls wird es kaum möglich sein, Ruhe und Ordnung aufrecht zu erhalten. Von besonderer Wichtigkeit ist aber die Versorgung mit Milch. An die Landwirtschaft ergeht die dringende Bitte, Milch- und Molkereierzeugnisse abzuliefern, soweit es die wirtschaftlichen Verhältnisse irgendwie zulassen. Es muß mit allen Mitteln dahin gestrebt werden, daß zum mindesten die an sich knappen Rationen für Kinder und Kranke auch in Zukunft aufrecht erhalten werden können. Um dies zu ermöglichen, ist es unbedingt notwendig, keinen Liter Milch, kein Pfund Butter an den Schleichhandel abzugeben. Wenn bei Nichtberücksichtigung dieser Mahnung von neuem schärfere Bestimmungen wieder zur Einführung kommen müßten, so würden vorzugsweise die Landwirte die Schuld tragen, die ihre Pflicht nicht erfüllen. Der Ernst der Lage ist außerordentlich groß. Wir kommen über diese schweren Zeiten nur hinweg, wenn jeder Landwirt freiwillig die pflichtmäßigen Mengen abliefert."

Wenn höherer Profit winkt, werden die Landwirte kaltlächelnd über die gutgemeinte Mahnung des Landeskulturrates hinwegsehen. Mit schönen Reden ist das Ernährungselend nicht zu beseitigen. Helfen kann nur die Sozialisierung des Großgrundbesitzes, eine Steigerung der Produktion und eine planmäßige, nach sozialistischen Grundsätzen betriebene Verteilung der Produkte.

Die sächsische Volkskammer

tritt am heutigen Donnerstag zu einer Sitzung zusammen. Auf der Tagesordnung steht ein Gesetzentwurf zur Aenderung des Feuerbestattungsgesetzes.

Der Verfassungsausschuß der sächsischen Volkskammer

legte am Mittwoch, dem 6. Oktober, in zweiter Lesung den Wortlaut der ersten 20 Artikel der Verfassung fest. Wesentliche sachliche Aenderungen der Beschlüsse erster Lesung wurden dabei nicht vorgenommen bis auf einen Beschluß, nach dem der Landtag (Artikel 9) außer auf eigenen Beschluß auf Volksbegehren nunmehr auch auf Antrag des Gesamtministeriums durch Volksentscheid aufgelöst werden kann.

Der Besoldungsausschuß der sächsischen Volkskammer

beschäftigte sich in den letzten Tagen mit noch zu erledigenden Fragen der Besoldungsordnung. Es wurde zunächst beschlossen, die vorliegenden Eingaben von Einzelpersonen und Organisationen vorläufig nicht zu behandeln, weil der Reichsrat heute über die Form der Besoldungsordnung verhandelt und seine Beschlüsse naturgemäß von weitgehendem Einfluß auf die Gestaltung der Verhältnisse in Sachsen sind. Eine Beratung dürfte dadurch vielleicht ganz überflüssig werden. Weiter wurde beschlossen, das Existenzminimum für verheiratete Beamte in Sachsen auf 9000 Mk. jährlich festzusetzen. Schließlich wurde noch beschlossen, die Frage der Reform der Lehrerbesoldung noch zurückzustellen, da auch hier eine einheitliche Regelung von Reichs wegen geplant wird. In einigen Punkten soll den Lehrern insoweit entgegengekommen werden, als bei akademischen Lehrern nicht mehr nach fünf Jahren in Klasse 9, sondern die Gehaltsanstellung überhaupt von Klasse 10 an erfolgt. Außerdem sollen in Klasse 11 mehr Stellen geschaffen werden als bisher. Die Zahl der Ortsklassen soll voraussichtlich auf 2 oder 3 verringert werden.

Neue Gewerbeinspektions-Kontrolleure.

Der rechtssozialistische Parteisekretär Jungnickel in Annaberg wurde zum Gewerbeinspektions-Kontrolleur bei der Gewerbeinspektion Chemnitz und der Gewerkschaftsangestellte Clausnitzer in Chemnitz bei der Gewerbeinspektion Auerbach berufen. J. war Mitglied der Nationalversammlung und ist als sozialdemokratischer Kandidat für den Landtag aufgestellt.

Unterschlagungen eines Unterwachtmeisters.

TU. Dresden, 6. Oktober. Ein Unterwachtmeister vom Dresdner Generalkommando ist nach Unterschlagung ganz bedeutender Summen flüchtig geworden. Man vermutet, daß er sich nach der Schweiz begeben hat. Gerade in dem Augenblick, als eine Kontrolle vorgenommen werden sollte, konnte er noch 40 000 Mark rauben und verschwinden. Die gesamte veruntreute Summe beläuft sich auf 130 000 Mark.

Die Heiratswut in Sachsen

wird dadurch illustriert, daß die Zahl der Hochzeiten, die im Frieden etwa 20 000 im Halbjahr ausmachten, im ersten Halbjahr 1919 auf 24 400, im zweiten auf 34 600 und im ersten Halbjahr 1920 sogar auf 37 000 gestiegen ist. Aus dieser Heiratshochflut erklärt sich auch zum großen Teil die Wohnungsnot. Während und infolge des Krieges sind in Sachsen 60 000 Ehen zu wenig geschlossen worden. Nach Berechnungen des sächsischen Statistischen Landesamtes sind etwa 45 200 neue Eheschließungen als Nachholungen zu betrachten. Da die Zahl der nachholbaren Ehen — 49 500 — fast erschöpft ist, rechnet es mit einem Abflauen des Heiratens.

Die Maul- und Klauenseuche nimmt in Sachsen noch weiter zu. Während am 31. August 515 Gemeinden und 1827 Gehöfte von der Seuche ergriffen waren, wurden am 15. September 901 Gemeinden und 3144 Gehöfte als seuchenverdächtig gezählt und am 30. September 1841 Gemeinden und 5873 Gehöfte.

• • •

Ehrenfriedersdorf. Eine hiesige junge Frau zog sich im Gesicht eine unbedeutende Wunde zu, der sie weiter keine Beachtung schenkte. Die Verletzung hatte jedoch eine Blutvergiftung im Gefolge, die zum Tode der Frau führte.

Johanngeorgenstadt. Der 16 Jahre alte Kurt Kraus geriet in der Fabrik von Wendler & Weiß zwischen eine umstürzende Revolverbank und Dampfheizung und erlitt einen schweren Schädelbruch, der seinen alsbaldigen Tod herbeiführte.

Gewerkschaftsbewegung.

Die Eisenbahnbeamten protestieren.

Der Deutsche Eisenbahner-Verband (D. E.-V.) Ortsgruppe Leipzig, hielt am Sonnabend, dem 2. Oktober, eine starkbesuchte Beamtenversammlung im Künstlerhause ab. Oberbahnhofvorsteher Rahnfeld Dresden kritisierte in ausführlicher Weise die Beamtenbesoldungsordnung und betonte, daß die Vertreter des D. E.-V. alles getan haben, um das Möglichste herauszuholen. Pflicht der Vertreter des D. E.-V. sei nun, dahin zu wirken, noch bestehende Härten der Besoldungsordnung zu beseitigen. Die Beamtenschaft wäre infolge ihrer Zersplitterung selbst daran schuld, daß das Elend der Beamten weitergreife und das Verschleppungsmanöver in der Besoldung möglich sei. Der Beamtendünkel einerseits und die Animosität der Arbeiter gegenüber den Beamten anderseits trägt schuld an dem Nichtzustandekommen einer geschlossenen Einheitskampffront. Durch diese Zerklüftung werde die Regierung wieder Oberwasser über die gesamte Eisenbahnerschaft gewinnen. Der Redner befürwortete die Abschließung eines Kollektivvertrags und Einheitslohnes, und was noch weit wichtiger ist, die Einheitsorganisation.

Die Diskussion war sehr lebhaft, aber sachlich. Ein Vertreter der Reichsgewerkschaft (Pleisch-Leipzig) wies einige Angriffe zurück. Der Referent, sowie Endorf vom D. E.-V. rechneten gründlich und unter starkem Beifall mit diesem reaktionären Reichsgewerkschaftsvertreter ab. Sämtliche 15 Diskussionsredner traten nachdrücklichst für die Einheitsorganisation ein. Der Referent und ein großer Teil der Diskussionsredner richteten an die Versammlung den Appell, nicht ihr Geld unnütz der Reichsgewerkschaft oder andern Gebilden zu opfern, durch die sie auch rein gar nichts erzielen können, sondern geschlossen der freien Eisenbahnergewerkschaft, dem Deutschen Eisenbahner-Verband (D. E.-V.) beizutreten, da nur hier Beamte und Arbeiter ihr Heil finden könnten. Es kam folgende Resolution zur einstimmigen Annahme:

„Die heute, am 2. Oktober 1920, im Saale des Künstlerhauses zu Leipzig vom Deutschen Eisenbahner-Verband einberufene und stark besuchte öffentliche Beamtenversammlung erhebt gegen die offenbare Verschleppungspolitik der Reichsbesoldungsreform schärfsten Protest. Seit mehr als sechs Wochen werden Beamtenschaft und Diätare mit mehr oder weniger schönen Redewendungen über die Verabschiedung der Reichsbesoldung hintangehalten. In der Zwischenzeit hat sich das wirtschaftliche Elend der Eisenbahnbeamtenschaft und Diätare noch erheblich mehr gesteigert. Daran ändert auch die Tatsache nichts, daß die Reichsregierung durch Teuerungszulagen, Verbesserung der Kinderzulagen, Vorschüsse und dergl. versucht hat, Beruhigung unter den Beamten und Diätaren zu schaffen. Eisenbahnbeamtenschaft und Diätare können nicht verstehen, daß die Reichsregierung der Landwirtschaft durch fortwährende Bewilligung von Drusch- und Ablieferungsprämien Milliarden von Mark zubilligt, wodurch der Lebensunterhalt jedes einzelnen logischerweise verteuert wird. Der von der Reichsregierung angekündigte Preisabbau hat die Beamtenschaft und Diätare von der Ergreifung der schärfsten gewerkschaftlichen Waffe zurückgehalten. Die Erregung der Beamtenschaft und Diätare ist bis zur Siedehitze gesteigert. Sie sind nicht länger gewillt, die fortwährenden leeren Versprechen wie unterm früheren Regime geduldig hinzunehmen, und fordern nunmehr die sofortige Verabschiedung des Reichsbesoldungsgesetzes nach den Wünschen der Großorganisation.

Weiter fordert die Versammlung endgültige Verabschiedung des Beamtenrätegesetzes im neuen Zeitgeist, da auch hier die Reichsregierung systematisch eine Verschleppungspolitik eingeschlagen hat.

Zur Lohnbewegung der sächsischen Gemeindearbeiter.

Der Arbeitgeberverband sächsischer Gemeinden hatte das Arbeitsministerium angerufen, nachdem die Verhandlungen zwischen den Vertragskontrahenten gescheitert waren. Das Ministerium setzte die erneuten Verhandlungen auf Dienstag, den 5. Oktober an. Aber auch die im Ministerium geführten Einigungsverhandlungen blieben zufolge des äußerst geringen Zugeständnisses, das der Arbeitgeberverband machte, ohne Erfolg. Die Forderung der Landestarifkommission an den Arbeitgeberverband belief sich auf eine Zulage zum Stundenlohn für Handwerker von 87 Pfg., für angelernte Arbeiter 88 Pfg. und ungelernte 89 Pfg., für Facharbeiterinnen 80 Pfg., für Arbeiterinnen 80 Pfg. in der Ortsklasse I. Die Forderungen für die Ortsklassen II und III waren entsprechend angeglichen. Der Arbeitgeberverband wollte lediglich bewilligen: für die verheirateten Handwerker eine Erhöhung des Stundenlohnes um 17 Pfg., für die angelernten und ungelernten Arbeiter 18 Pfg. in der Ortsklasse I. Die Arbeiterschaft der Ortsklassen II und III, alle ledigen Arbeiter und sämtliche Arbeiterinnen aller drei Ortsklassen sollten keinerlei Lohnerhöhungen erhalten. Lediglich die Erhöhung der Kinderzulagen auf die Sätze für Staatsarbeiter sollte allen gewährt werden.

Die Landestarifkommission lehnte dieses geringfügige Angebot einstimmig ab. Das Arbeitsministerium beauftragte nunmehr den Schlichtungsausschuß in Dresden mit der Fällung eines Schiedsspruchs. Der Ausschuß tagt in dieser Sache heute, am 7. Oktober. Die Landestarifkommission beauftragte eine engere Delegation mit der Vertretung der von der städtischen Arbeiterschaft gestellten Forderungen vor diesem Schlichtungsausschuß.

Am 6. Oktober nahm die städtische Arbeiterschaft Leipzigs in einer großen Versammlung im Sansouci mit über 2000 Teilnehmern von dem Stand der Lohnbewegung Kenntnis. Nach reger Aussprache wurde einmütig folgender Beschluß gefaßt:

„Die Versammelten lehnen das Angebot des Arbeitgeberverbandes als undiskutierbar einstimmig ab. Sie billigen das Verhalten der Landestarifkommission, wenn sie die letzte Möglichkeit zur Verständigung nicht ausschlug. Über Annahme oder Ablehnung des gefällten Schiedsspruchs entscheiden die Versammelten am 8. Oktober im Felsenkeller, bringen aber zum Ausdruck, daß ein Leerausgehen der nicht zu den Großstädten gehörenden Ortsklassen II und III nicht in Betracht kommen kann."

Die Lohnbewegung der Leipziger Heizungsmonteure beendet. Der Streik der hiesigen Heizungsmonteure und Helfer ist unterm 6. 10. auf Grund folgenden Schiedsspruches, dem beide Parteien zugestimmt haben, beigelegt:

Der Verband der Zentralheizungs-Industrie E. V. Leipzig hat vom Montag, dem 11. Oktober 1920 an, folgende Mindestlöhne zu zahlen: Für Monteure 6.10 Mk., für Helfer, die weniger als ein Jahr in der Heizungsindustrie beschäftigt sind 5.20 Mk., für Helfer, die länger als ein Jahr in der Heizungsindustrie beschäftigt sind 5.50 Mk. Die Auslösung für den Tag beträgt bei auswärtigen Angelegenheiten 20 Mk.

Deutscher Metallarbeiter-Verband.
Verwaltungsstelle Leipzig.

Der Leipziger Betriebsrat Nr. 8 ist erschienen und in allen Filialen der Volkszeitung sowie bei allen Gewerkschaften zum Preise von 20 Pfg. für die Nummer zu haben. Aus dem Inhalt heben wir hervor: Zum Reichskongreß der Betriebsräte; Lohnreform oder Revolution; Zur Frage des Einheitslohnes; Vom Sozialismus zum Kapitalismus; Betriebsräte und Warenhandel; Arbeitslosigkeit in den Leipziger Gewerkschaften Ende August 1920; Der Achtstundentag der Heizer in den Arbeitsordnungen; Betriebsräte für das Baugewerbe. Außerdem enthält die Nummer Mitteilungen aus Leipziger Betrieben, eine Rechtsecke, die Lebensmittelpreise Leipzigs nach amtlichen Quellen, die Fernsprechanschlüsse der Gewerkschaften und sonstige wertvolle Mitteilungen, die den Leipziger Betriebsrat nicht nur für die Betriebsräte, sondern für die ganze Arbeiterschaft unentbehrlich machen.

Weisse Wand
Lee Parry Violette Napierska
Nonne und Tänzerin
(zwei Frauenschicksale)
6 Akte Eine erschütternde Tragödie 6 Akte
Die Eisenbahnräuber
Das grosse Sensations-Wildwestdrama
Spannende Handlung! Halsbrecherische Tricks!
5 Akte Rasende Verfolgungsszenen! 5 Akte

Haut-Ausschläge, auch ganz veraltete Flechten, Finnen etc.
Viel-bewährte Höhensonnen-Bestrahlung u. homöopathische Behandlg.
Institut P. Schubert, Humboldtstr. 5, Eine Leitungstr.
Sprechz.: tägl. u. 9–1 Mont., Mittw. u. Freit. auch 4–5 U.

Wieder eingetroffen!
Zigaretten
Sport 218 M.
M. Glaser, Leipzig 3
17 Katharinenstraße 17
Telephon 3918.

Preis 60 Pfg. FREIE WELT Preis 60 Pfg.
Leipziger Buchdruckerei A. G., Leipzig, Tauchaer Strasse 19/21.

Der Klassenkampf in Rußland.
Von Paul Böttcher. Preis 50 Pfg.
Leipziger Buchdruckerei A. G.

Der Bankrott des Reformsozialismus
von Karl Marchionini.
Preis 2.50 Mk.
Unsere Filialen und die Austräger der Volkszeitung nehmen Bestellungen entgegen.
Leipziger Buchdruckerei A.-G.
Abteilung Buchhandlung
Leipzig, Tauchaer Straße 19/21.

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id394414608-19201007/7 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG

Leipziger Volkszeitung

Feuilleton

Donnerstag, 7. Oktober 1920

Züllinger und seine Zucht.

Von Konrad Loele.

24] Zeichnungen von Hans Albert Förster.

9.

„Wieviel Millionen?“ fragte Oberdeutsch-Krappe den Hauptbuchhalter. Der nannte eine stattliche Zahl. Krappe verstand nicht recht. „Zum Donnerkiesel, sprechen Sie doch deutlicher! Zeigen Sie mal das Buch her.“

Aber es schwamm etwas vor seinen Augen; es schwamm ein Kakodylfleck auf seinem Gehirn, und die hocherfreuliche Jahresbilanz kam ihm nicht mehr zum Bewußtsein. Die vielstelligen Zahlen seines unermeßlichen Reichtums wurden ihm zum Kinderspielzeug, er lachte töricht, dann erschrak er über sein eigenes Gebaren und aus den noch ungeschädigten Winkeln seiner Nervenmasse sprang eine ganze Meute kläffender Angstgespenster. Er rieb sich die schmerzende Stirn.

„Rufen Sie den Arzt!“

Seit Wochen wurde die Kunst der besten Aerzte an ihm zuschanden.

Eines Tages kam ein Brief.

„Wie geht's, Herr Krappe? Wieviel ist 7 × 8? Wie groß ist der Quotient aus einem Großgeldschaftverweser und einer Verblödungsspritze? Sind Sie noch imstande, sich das Kinderfest bei Januschalk ins Gedächtnis zurückzurufen? Wer saß damals an Ihrer rechten Seite? Herr Knobbe mit einer Züchtlingsspritze. Er hat Sie brav gezüchtigt! Sehr bald werden Sie das schönste Goldstück für einen Hosenknopf halten. Benutzen Sie deshalb die Zeit und besuchen Sie schleunigst zur weiteren Aufklärung, soweit Sie einer solchen noch fähig sind, Herrn Januschalk, den berühmten Stammvater.“

Krappe ließ sich dieses Schriftstück des öfteren vorlesen; dann bekam er einen Tobsuchtsanfall. Er brüllte stundenlang, raufte seinen wohlgepflegten Bart und zerbrach eine große Spiegelscheibe, aus der ihn das blöde Gesicht eines Halbidioten angeschaut hatte. Schließlich folgte er dem Rat und fuhr zu Januschalk.

Er traf einen Wüterich, der gerade seine Reitpeitsche auf einer Magd zerschlug.

„Herr Krappe? Einen Augenblick!“

Der Großjunker beruhigte die noch stöhnende Magd erst völlig.

„So! Herr Krappe, ich muß Ihnen etwas zeigen. Bitte sehr, rechts herum. Sie gehen ja links. Zu gut gefrühstückt, oller Freund?“

Krappe taumelte, die Fahrt hatte ihn noch verstörter als gewöhnlich gemacht. Endlich waren sie in Januschalks Geheimzimmer.

„Sie sind mir durch einen unterschriftslosen Brief bereits angemeldet,“ sagte Januschalk, fortwährend rot vor Wut.

„Noch ein Brief!“ brüllte Krappe. „Hier; lesen Sie den da. Januschalk, der Staat ist in Gefahr.“

Krappe gab seinem Amtsbruder das verderbenkündende Papier.

„Es ist dieselbe Handschrift. Es ist also wahr. Nein, es ist eine bodenlose Niedertracht. Es ist unmöglich.“

„Was denn?“ fragte Krappe, der augenblicklich nicht mehr wußte, weshalb er hergekommen war.

„Krappe, im Vergleich zu mir sind Sie noch gut weggekommen. Ihre Ehre steht unverletzt. Auch wenn es mit Ihnen so steht, wie ich hier lese, Sie können auch ohne Verstand Großgeldschaftverweser sein. Ihr Reichtum bleibt Ihnen; aber ich, ich bin schändlich besudelt. Ha! Haben Sie noch Augen, zu sehen?“

Er öffnete eine Tür und führte seinen Gast über einen breiten, mit Ahnenbildern geschmückten Gang, an dessen Ende eine Warntafel stand: „Achtung, wer weitergeht, wird erschossen!“

Krappe sperrte wortlos den Mund auf.

„Sehen Sie dorthin!“ rief Januschalk und deutete auf eine im Hintergrund einer Wohndiele aus Panzerplatten errichtete Barrikade, aus der Maschinengewehrläufe hervorstarrten.

Krappe raffte sich zu einigen Bemerkungen auf:

„Bin ich denn ganz verrückt? Ich verstehe nicht. War dort nicht früher Ihre Waffenhalle?“

„Ganz recht,“ sagte Januschalk und rang vergebens nach Fassung. Aber der Schaum trat ihm vor den Mund.

„Jawohl, dort ist meine Waffenhalle. Aber meine Frau Heilwik sitzt darin und beherrscht von dort das ganze Haus. Nehmen Sie sich in acht!“

Krappe hatte sich zu weit vorgewagt, und sofort waren ein paar Kugeln neben ihm in die Wand gefahren. Januschalk zog ihn schnell zurück.

„Trautes Heim!“

„Heilwik ist tapfer! Sie kämpft um das Kind. Krappe, ich habe auch so einen Brief bekommen. Das Kind ist aus Züllingers Zucht. Der niederträchtige Schuft Knobbe hat es mir untergeschoben. Er trachtet nach der Alleinherrschaft. Jawohl, der Staat ist in Gefahr! Nun kennen Sie meine Schande. Wehe uns!“

„Das ist mir zu hoch!“ sagte Krappe.

„Es ging bis jetzt auch über meinen Horizont.“ Der Großjunker griff in die Tasche. „Hier ist der Brief, den ich bekam. Es stimmt alles: die Geburt, die zwei Wochenzimmer, die Hebamme, die auf einmal verschwunden war, alles ist genau beschrieben. Aber das konnte Bosheit sein. Die Aehnlichkeit, die gottverdammte Aehnlichkeit des Jungen mit dem Züchtlingsvolk ist unverkennbar.

Ich befragte meine Frau; sie wurde bleich und erschrak. Ich zeigte ihr den Brief; sie leugnete und beschwor, es sei ein Racheakt. Ich lachte mich selber aus, bestand aber auf einer körperlichen Untersuchung. Da sehen Sie das Ergebnis: Sie sitzt mit ihrer Dienerschaft in meiner Waffenkammer.

Ich möchte gerne glauben, sie habe es aus Entrüstung über meinen Argwohn getan. Da kommen Sie, wie es in dem Briefe steht. Lesen Sie doch: „Krappe wird zu Ihnen kommen, hoffnungslos von Knobbe verblödet. Geben Sie ihm einen Schnaps und amüsieren Sie sich gut zusammen.“ Was nun? Jetzt steht mir doch der Verstand still. Ich habe keinen Zweifel mehr.“

„Geben Sie mir einen Schnaps, obgleich ich mir mehr von Ihnen versprochen hatte,“ sagte Krappe stumpfsinnig.

Beide kehrten in Januschalks Zimmer zurück.

„Was machen wir nun?“ fragte Januschalk wieder.

„Das wollte ich von Ihnen wissen. An Ihrer Stelle holte ich die Reichswehr.“

„Es ist genug, daß Sie meine Schande gesehen haben.“

„Sprengen Sie das Haus in die Luft.“

„Das Schloß meiner Väter? Nimmermehr!“

„Hungern Sie Ihre Frau aus!“

„In der Waffenhalle ist Vorrat für ein Jahr.“

„Dann müssen Sie es mit List probieren.“

„Mit welcher?“

Aber Krappe wußte nichts mehr; er war von der übermäßigen Anstrengung seines Verstandrestes fast ohnmächtig.

„Krappe; beim Reichsadler! Strengen Sie Ihren Geist noch einmal an. Sie muß heraus oder der Teufel soll hineinfahren.“

Januschalk schüttelte seinen vor sich hinstierenden Kollegen an den Schultern. „Wissen Sie denn gar nichts?“

„Doch!“ sagte Krappe. Durch die heftige Bewegung war die Wolke der Torheit noch einmal zerrissen worden.

„Das ist doch ganz einfach. Sie sagen, oder lassen vielmehr Ihrer Frau vorsichtigerweise schriftlich melden, ich sei gekommen und hätte den Verdacht bestens verscheucht. Lassen Sie Ihre Hauskapelle frohe Weisen spielen, drechen Sie selbst in der Nähe der Waffenhalle einigemal in herzhaftes Gelächter aus; das übrige überlasse ich Ihrem Scharfsinn.“

„Diese Lügen widerstehen meiner ehrlichen Denkart! Aber es kann nichts helfen, ich werde in den sauren Apfel beißen.“

Januschalk befolgte also Krappes Ratschläge; er war auch so schlau, seine Knechte mit Knütteln und Mistgabeln zu bewaffnen und einstweilen in einen Hinterhalt zu legen, damit sie sofort nach Heilwiks Abzug einen Sturmangriff auf die ihrer Führerin beraubte Dienerschaft machen könnten.

Aber Heilwik war vorsichtig und stellte Bedingungen. Ihr Mann sollte mit Krappe zu ihr kommen und Beweise seiner Friedlichkeit geben.

Krappe hatte Angst, aber Januschalk zog ihn mit Gewalt vorwärts. Heilwik bewillkommnete sie freundlich.

„Ein kleines häusliches Mißverständnis, wie es in den besten Familien vorkommt. Es hat sich aufgeklärt? Ach, wie freue ich mich. Archibald, nimm deinen Sohn in deine Vaterarme.“

(Fortsetzung folgt.)

An die musikliebende Arbeiterschaft!

Die Wintertätigkeit des Arbeiter-Bildungsinstituts hat begonnen. Die ersten Unterrichtskurse sind eingerichtet, die ersten kleineren Konzerte haben stattgefunden, im Theater wurde in besonderen Vorstellungen vor Arbeitern gespielt, und am kommenden Sonntag soll das erste große Orchester-Konzert gegeben werden. Für dieses Konzert ist das neue Grotrian-Steinweg-Orchester gewonnen, das unter der Leitung des Kapellmeisters Scherchen-Berlin größere Werke zur Aufführung bringt. Es wird der Anfang einer Reihe derartiger Konzerte sein. Das A.-B.-I. läßt sich von dem Gedanken leiten, daß hinter ihm die gesamte Arbeiterschaft steht, und konnte bisher beobachten, daß Orchester-Konzerte freudige Aufnahme fanden. Der Besuch wird beweisen, ob die Arbeiterschaft an solchen Veranstaltungen weiterhin lebendigen Anteil nimmt.

Unter den heutigen drückenden Verhältnissen ist dieses Beginnen ein Wagnis. Ueberall tritt uns die graue Not entgegen. Und doch sind wir zur Probe bereit, da wir nicht nur nach der einen Seite sehen. Allem Elend zum Trotz sind noch die Tanzsäle gefüllt, noch immer würgen sich allabendlich die schwarzen Schlangen aus den Kinos, immer noch sitzt der Schund obenauf und pfeift seine Tingeltangelmelodien durch die Straßen. Daß dieser Schund teurer ist als echte Ware, weiß jeder Kundige. Da wagen wir es, einen Damm aufzuwälzen. Wenn unter dem Volk die Scheine für alles, was auf den Dunghaufen gehört, noch so locker sitzen, dann hegen wir die Hoffnung, wird es auch empfänglich sein für höhere künstlerische Werte. Euch, ihr jungen Proletarier und Proletarierinnen, die ihr durch unsre Not hintangt, gelten diese Worte. Für euch sind diese Anstalten getroffen. Laßt euch die Karten nicht von andern, die ihr so grimmig haßt, aus den Händen winden. Wenn ihr nicht kommt, so müssen wir sie eben den andern geben, weil auch wir nicht gern vor leeren Sälen stehen wollen. Haben auch die andern durch ihre Bildung eine feinere Nase voraus, so erinnern wir immer wieder daran, daß alles, was wir euch vorsetzen, siebenfach gesiebt ist. Lieber hören wir auf, als Konzessionen an den Schund zu machen.

Noch eins! Vielleicht wäre es besser, wenn wir diese Konzerte in den Abendstunden ansetzten. Aber wir müssen sie vormittags geben. Weil wir das größte Lokal Leipzigs, die Alberthalle, dazu ausersehen haben, die neben ihrer vorzüglichen Akustik den Vorteil hat, viele Menschen zu fassen, und damit den Eintrittspreis niedrig werden läßt; und weil in dieser Alberthalle in den zeitigen Nachmittagsstunden die neuesten Filmschlager vorgeklackert werden. Ihr seid schuld, ihr Proletarier, die ihr es nicht erwarten könnt, am Sonntag ins Kino zu rennen. Es ist ein Stück Ironie. Ihr wollt die ganze Welt erobern und bringt es nicht fertig, dort auszuräuchern, wo die Luft am dicksten ist. Womit gesagt wird: Es ist höchste Zeit, diesen Teufel aus unserm Leib zu treiben.

Doch wir werden sehen, ob dieser Hahnenschrei gehört wird.

O. S.

Kleine Chronik.

Altes Theater. (Platz.) Fritz von Unruh ist ein verstandesmäßiger Dichter, aber einer von mäßigem Verstand. Verstandesmäßig, weil ihm sein Schaffen nicht aus der Intuition quillt, sondern aus der Erwägung. (Berechnung wäre zu viel gesagt.) Das erhabene Beispiel eines solchen Dichters war Lessing. Aber seine Leistung war eben darin begründet, daß er seine Grenzen kannte und sich hütete, der schöpferischen Kraft seines „Gefühles“ die Ausgestaltung seiner Ideen, seiner Erwägungen zu überlassen. Unruh dagegen wirkt dadurch zwieschlächtig und wird dadurch behindert, daß er, obwohl des großen schöpferischen Instinktes ermangelnd, obwohl verstandesmäßig planend, obwohl von Erwägungen ausgehend, bei der Ausführung nur dem „Gefühle“ sich hingibt. Statt erst recht den Verstand arbeiten zu lassen, nachdem er nun einmal vom Verstande empfangen hat und des schöpferischen „Gefühls“ ermangelt. Das Resultat ist: Gedankendichtung ohne Gedanken. Nämlich ein Werk, dessen ausgeklügelter Gedanke in einer gedankenlosen Sprache gestaltet oder vielmehr verunstaltet wird. Zugegebenermaßen sind die Gestalten „nicht Typen, sondern Symbole von Erscheinungen“, das stoffliche Geschehen ist „Symbol von Zuständen“. Das kann man aber eigentlich noch nicht einmal Symbolik nennen, sondern es ist geradezu eine Art Allegorie, das heißt die blutleerste und kälteste von allen Kunstformen. So soll auch der Titel bedeuten „die Oeffentlichkeit, den Staat, die politische und gesellschaftliche Einheit“. Der Held Dietrich bedeutet die Hoffnung der neuen Zeit. Was verkündet er? Daß man nicht zwischen Tier und Gott schwanken, sondern Mensch sein soll. Wie gesagt, eine verstandesmäßige Offenbarung von sehr mäßigem Verstand. Nicht „du sollst“, sondern „ich will und liebe“ soll es künftig heißen. Wenn man sich dabei überhaupt etwas denken kann, so ist damit eine Art Herzenschristentum proklamiert. (Wenn schon!) Gegenstück ist ein gewisser Schleich, eine Allegorie des „Kulturschleichertums“, des „Kaffeehausliteraten“. Ein Dichter, der wirklich gestalten könnte, brauchte nicht zu Allegorien seine Zuflucht zu nehmen. Symbolik wäre schon Kunst aus zweiter Hand, Symbolik, bei der hinter jeder Person eine bestimmte tiefere Bedeutung lauert. Allegorie vollends verkörpert lediglich bestimmte Ideen in Personen. Der wunderliche Reiz bei dieser tollen Verirrung liegt für ihre Anhänger offenbar darin, daß man sich jede Person, jede Handlung, jedes Wort erst übersetzen muß. Auch Graf Gutundblut verkörpert etwas, nämlich „die inhaltlose Phrase einer überlebten Tradition“. Warum nicht deutsch: einen ostelbischen Junker? In dessen Uniform tritt diese Allegorie nämlich auf. Aber das deutliche Aussprechen von politischen Meinungen scheut natürlich auch Unruh. Die Erläuterung (soweit sind wir nun glücklich, daß die Dichter sich Erläuterungen schreiben lassen), die Erläuterung gibt ferner zu: „die Idee schuf die Handlung“, und sie nennt das dann „Weltanschauungsdichtung“.

Das ist ungefähr alles, was sich aus der ungeheuerlichen Verschwommenheit Unruhs herausspintisieren läßt. Selten mal, daß etwas Konkretes geäußert wird. Man horcht förmlich auf, wenn einer sagt, er wolle den Senat verhaften. Sonst Worte, sogar Sätze, aber ohne begreifbaren Sinn (das mag subjektiv sein), und ohne künstlerische Formung (das ist sicher subjektiv). Unruh, dieser schlechte Musikant, ist vermutlich ein guter Mensch. Vielleicht sogar ein edler. Vielleicht. Denn man soll nicht immer auf das Pathos hereinfallen. Die trockenen Zyniker pflegen viel ernstere Ethiker zu sein. (Uebrigens fehlt es auch bei Unruh nicht an Zynismus, aber der wird in besagten Erläuterungen vorsorglich entschuldigt, und von ihm soll noch die Rede sein.) Auch in Schwarzschilds „Sumpf“ gab es so einen sentimental-pathetischen Helden aus dem Volke: es ist bezeichnend, daß die bourgeoise Kunst immer mit solchen Schwärmern liebäugelt. Aus welchem Instinkt? Aus dem Instinkt, daß solche Schwärmer nicht gefährlich werden können, außer in den vergangenen Zeiten religiöser Epidemien.

Ja, dies ist nun also hier mit vieler Mühe inszeniert worden. Wirklich sehr sorgfältig. Dauert an die vier Stunden. (Ich sah die Schlußprobe und saß fünf Stunden.) Es heißt immer, Faust II sei nicht aufführbar, oder nur sehr verstümmelt. Jedoch hier wird eine Sache aufgeführt, die alle Mängel dieses Faust, aber keinen seiner Vorzüge zeigt. Spielte man diesen Faust ebenso im Dunkeln (um den szenischen Schwierigkeiten zu entgehen), spräche man seine Verse ebenso gut wie diesen Platzregen von Wörtern — welch ein Fest! Aber Faust II ist ja noch viel zu klar und eindeutig, ist ja Kinderlektüre. Das Irrationale ist auch bei unsern Dichtern Trumpf, wie ganz natürlich in einer Gesellschaft, die vor der Wirklichkeit und ihren Konsequenzen zurückschaudert.

Vielleicht inszeniert mal einer die Logarithmentafeln? War es nicht Garrick, der das bloße ABC so hinreißend sprach, daß seine Hörer in Tränen zerflossen? Und einem guten Schauspieler muß es in der Tat ziemlich gleichgültig sein, was er spricht. Jedem Berufsredner ist es überdies ein Vergnügen, große Worte zu machen, auch wenn man sich nichts dabei denken kann. Große Worte, große Geberden, große Leidenschaften sind das Leben der Schauspielkunst, nämlich der einen Richtung dieser Kunst. Und für Leidenschaft ist hier gesorgt. Auch wird gerne Brunst mit Kunst verwechselt. Und auch für Brunst ist hier gesorgt. Da feiert nun jener Zynismus Orgien. Fortgesetzt finden Begattungsversuche statt, auf offener Bühne, wie denn ein Fräulein entgegenkommend die Hosen auszieht. (Bitte um Entschuldigung, aber das wird gespielt.) Graf Gutundblut tritt auf, angetan mit dem Nachthemd eines andern Fräuleins, bewaffnet mit ihrer Kerze, gekrönt mit ihrem Nachttopf. (Da haben wir die unvergessene Bedürfnisfrage.) In diesen Dingen liegt der unausbleibliche Erfolg des Stückes garantiert. Weiten? Viel komischer als solche gewollten Grotesken wirkt aber leider Ungewolltes, wie dies, daß sich die Männer vorwiegend am Boden wälzen, aus Schreck, aus Verzweiflung, aus Erschütterung und was weiß ich. Witzig ist auch, daß die Buchausgabe (bei Kurt Wolff, München) gleich mit einem Verzeichnis von rund hundert Druckfehlern erscheint. Es geht in einem hin; wer hätte was gemerkt?

Es ist ein Jammer, daß ein städtisches Theater, statt Shakespeares, Goethes, Schillers große Werke ständig zu spielen, an solche Experimente Zeit, Geld und Kraft in unerhörtem Maße verschwendet. Körner, Wittenberg, Zeise-Gött, Reiff, Schindler, Arens — ich nenne nur die besten Sprecher und Charakteristiker — ob sie alle, samt Kronacher, von der hohen Bedeutung dieser Platz-Patrone durchdrungen sind? Dann um so schlimmer. Plato muß ähnliches gesehen haben, als er die Kunst aus seinem Staate verbannen wollte.

Rudolf Franz.

Volksbühne. Die Uraufführung von Felix Hübels Drama Die Königin, die wegen der Proben zu Käthchen von Heilbronn hatte verschoben werden müssen, findet nunmehr am Sonnabend, dem 16. Oktober, statt.

Eingelaufene Schriften.

K. Johnsen, Vom Jammer der Justiz. Warnung vor dem Studium der Rechte. Verlag von Otto Hillmann, Leipzig. Preis 4 Mk.

Fr. Krüpfganz, Der Kommunismus, eine nationale Notwendigkeit. Verlag der Kommunistischen Arbeiterzeitung, A. Willaschek u. Co., Hamburg.

Dr. B. Bernheim, Juristenspiegel. Verlag G. Birk u. Co., München. Preis 3 Mk.

H. Federer, Der Fürchtemacher. Eine Geschichte aus der Urschweiz. Verlag von Herder u. Co., Freiburg i. Br. Preis 4 Mk. und Zuschläge.

H. Federer, Das Wunder in Holzschuhen. Geschichten aus aus der Urschweiz. Verlag Herder u. Co., Freiburg i. Br. Preis 4 Mk. und Zuschläge.

J. Braunthal, Kommunisten und Sozialdemokraten. Verlag der Wiener Volksbuchhandlung, Wien VI. Preis 7.50 Mark.

Ernst Ewert, Der Atheist. 2. Heft der „Danziger Glossen“. Verlag der Danziger Glossen, Danzig-Langfuhr.

J. Karski, Die Agrarfrage und die Weltrevolution. Bd. 3 des „Kommunistischer Aufbau“. Verlag von A. Seehof u. Co., Berlin C 54. Preis 1.50 Mk.

Sowjet. Kommunistische Monatsschrift. 2. Jahrg., 1. Heft.

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id394414608-19201007/8 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG

1. Betriebsrätekongreß Deutschlands.

Berlin, 6. Oktober.

Zweiter Verhandlungstag.

Der Vorsitzende Graßmann eröffnet die Sitzung um 9 Uhr. Vor Eintritt in die Tagesordnung verliest Schaumburg-Berlin unter lebhafter Unruhe des Kongresses eine **Erklärung der Opposition.** In dieser Erklärung wird gegen die Ausführungen, die der Vorsitzende Aufhäuser gestern nach der Rede des russischen Gewerkschaftsvertreters Losowski gemacht hat, protestiert. Diese Erklärung spricht weiter aus, daß sich die Unterzeichner mit den Ausführungen Losowskis einverstanden erklären.

Der Vorsitzende Graßmann erklärt dazu, daß er sich mit dem von Aufhäuser zu diesem Punkt gemachten Ausführungen solidarisch erklärt, was mit stürmischen Pfuirufen von einem kleinen Teil der Kongreßteilnehmer beantwortet wird. Ueber diesen Punkt entspinnt sich eine längere Geschäftsordnungsdebatte, in deren Verlauf es zu heftigen Auseinandersetzungen kommt. Nach Verlauf einer halbstündigen Debatte befragt Graßmann den Kongreß, ob dieser die sogenannte Geschäftsordnungsdebatte weiter über sich ergehen lassen will. Er selbst vertrete die Ansicht, daß der Kongreß höhere Aufgaben zu erfüllen habe, als endlose Geschäftsordnungsdebatten zu führen.

Brecht-Berlin stellt den Geschäftsordnungsantrag, die beiden Vorsitzenden Graßmann und Aufhäuser abzulehnen, „um die Würde des Kongresses zu wahren", und an deren Stelle zwei Delegierte als Vorsitzende zu bestimmen. Ein von Hansen-Kiel gestellter Antrag auf Uebergang zur Tagesordnung, wird gegen die Stimmen der Opposition, etwa 50 an der Zahl, angenommen. Der Antrag, dem Kongreß eine neue Leitung zu geben, wird mit großer Mehrheit abgelehnt.

Der Redakteur des Korrespondenzblattes des Gewerkschaftsbundes, Umbreit, wünscht das Wort zu einer Erklärung zu den von dem russischen Vertreter wiedergegebenen Zitaten aus dem Korrespondenzblatt. Da sich dagegen Widerspruch erhebt, verzichtet Umbreit darauf mit dem Bemerken, daß er es an andrer Stelle nachholen werde.

Graßmann bringt dann eine **Erklärung von USP.-Delegierten** zur Kenntnis, die besagt, daß die betreffenden Delegierten **von der Erklärung Schaumburgs keine Kenntnis** hatten und dieser somit **nicht berechtigt gewesen wäre, seine Erklärung auch im Namen der USP.-Fraktion abzugeben.** Graßmann teilt weiter mit, daß im Vorraum des Kongreßsaales eine **Delegation der Arbeitslosen Groß-Berlins** anwesend ist, die an den Kongreß das Ersuchen richtet, zu dem Kongreß mit beschließender Stimme zugelassen zu werden. Ergänzend bemerkt Graßmann, daß die Delegation erklärt habe, sie sei der Reichserwerbslosenrat, was er jedoch nicht feststellen lassen konnte. (Zurufe: Es stimmt aber!) Graßmann macht darauf aufmerksam, daß die Möglichkeit besteht, wenn der Kongreß die Delegation ablehnt, daß eine Demonstration der Arbeitslosen Groß-Berlins den Kongreß aufsucht. Graßmann macht deshalb im Namen des Bureaus den Vorschlag, **einem Vertreter des Reichs-Arbeitslosenrats zur Begründung ihres Antrags das Wort zu geben.** Dieser Vorschlag wird einstimmig angenommen.

Nachdem die Delegation im Saal anwesend ist, erhält der Vorsitzende des Reichsarbeitslosenrats, Schmidt-Berlin, das Wort zur Begründung: Es wird den Delegierten des Kongresses die große Not und die ungeheuere Zahl der Arbeitslosen bekannt sein. Wir Vertreter des R.-A.-Rats müssen feststellen, daß die **Vertreter der Behörden weder die Kraft, noch den Willen haben, etwas Positives für die Arbeitslosen zu tun.** Durch die große Not, in der sich die Arbeitslosen befinden, geraten sie immer mehr **in eine verzweifelte Stimmung.** Sie erwarten daher, daß dieser Kongreß gewillt ist, in der Erwerbslosenfrage positive Arbeit zu leisten. An Hand von statistischem Material zeigt der Redner dann kurz die schwere Not der Erwerbslosen unter besonderer Betonung der hohen Sterblichkeitsziffer der Kinder der Arbeitslosen. Er ersucht den Kongreß, all diese Fragen zu prüfen und die Vertreter des Reichsarbeitslosenrats mit beschließender Stimme zum Kongreß zuzulassen.

Der Vorsitzende Graßmann gibt der Befürchtung Ausdruck, daß der Kongreß nun nicht in der Lage ist, in ausgiebiger Weise das Arbeitslosenproblem zu besprechen. Es wäre daher wohl ersprießlicher wenn der Kongreß in Form konkreter Beschlüsse Positives leistet. Dazu liegen von Katz-Berlin bereits Anträge vor.

Aufhäuser-Berlin macht den Vorschlag, die Arbeitslosenfrage in Verbindung mit Punkt 1 und 2 zu behandeln. Der Kongreß beschließt demgemäß.

Es wird dann in der eigentlichen Tagesordnung fortgefahren, und zwar gibt Reuter-Mainz den **Bericht der Mandatsprüfungskommission.** Infolge der großen Zahl der Delegierten sei es nicht leicht gewesen, die Mandate zu prüfen. Die Arbeit wurde dadurch erschwert, daß verschiedene Organisationen bei der Ausstellung der Delegiertenausweise sehr wenig korrekt verfahren sind. Dies traf besonders bei den Eisenbahnern zu, jedoch ist das Versäumte inzwischen nachgeholt worden. Nicht alle der gewählten Delegierten sind erschienen. **953 Delegierte** haben sich ordnungsmäßig gemeldet, die sich auf **65 Organisationen** verteilen. Leider ließ es sich nicht nachprüfen, wieviel Gewerkschaftsvertreter anwesend sind, für die Zukunft müsse verlangt werden, daß auch diese ordnungsmäßige Mandate ausgestellt bekommen.

Die Landarbeiter sind durch 32 Delegierte vertreten. Der Vorwurf, der hier erhoben worden ist, daß die Landarbeiter durch 200 Delegierte vertreten sind, ist damit hinfällig. Die eingelaufenen Proteste richten sich gegen Zimmermann und Ulrich-Berlin und Grune-Magdeburg. Die Kommission empfiehlt, die ordnungsmäßigen Mandate Zimmermann und Ulrich anzuerkennen, das Mandat von Grune dagegen für ungültig zu erklären, da dieser Kollege vom Bundesvorstand der Techniker in Magdeburg ernannt worden ist. Nach kurzer Debatte stimmt der Kongreß diesen Kommissionsvorschlägen zu.

Hierauf tritt der Kongreß in die Diskussion über die Referate Wissell, Hilferding zu Punkt 1 und 2 der Tagesordnung ein.

Kiel-Dortmund (Bergarbeiter) erklärt, daß wir trotz des grausigen Bildes, das uns Wissell entrollt hat,

nicht verzweifeln, sondern kämpfen

müssen. Wir müssen den Fördereffekt im Bergbau steigern nicht durch Ueberschichten oder Arbeitszeitverlängerung, sondern durch **Unterbindung der Wirtschaftssabotage der Unternehmer,** die es bisher verstanden haben, durch **Niederhaltung der Technik** die Mehrförderung zu verhindern. Er bringt dafür Beweise durch Darlegungen aus der Praxis und tritt für die

Vollsozialisierung der Kohlenwirtschaft

ein. Dem Auslande gegenüber wünscht er die Erklärung des Kongresses, daß die Bergleute für die Wiedergutmachung leisten wollen, was in ihrer Kraft steht. Aber sie können **nicht über ihre Kraft hinaus** arbeiten und wollen auch nicht, daß die Kohle ins Ausland geht, die dringend gebraucht wird für die Industrie in Deutschland, wenn nicht weitere Hunderttausende arbeitslos werden sollen.

Hatsche-Hamburg (Eisenbahner): Das **Millionendefizit der Eisenbahnen ist die Folge der bureaukratischen Verwaltung** und der hohen Preise für die Roh- und Hilfsstoffe, sowie des Rückgangs der Verkehrsziffern um 50—60 Prozent. Es ist eine Lüge wenn gesagt wird, daß die Löhne und die Zahl der Beschäftigten **an dem Defizit schuld seien. Die Betriebsräte müssen Einfluß auf die Verwaltung bekommen, um den Materialeinkauf und die Einführung besserer Betriebsmethoden** zu kontrollieren und den Betrug der für die Eisenbahnen liefernden Unternehmer zu unterbinden. Er fordert die Beamten auf, endlich in Reih und Glied zu treten mit der Arbeiterschaft.

Schneider-Berlin: Das düstere Bild, welches uns Wissell von der Wirtschaftslage Deutschlands gegeben hat, muß für den Kongreß ein Ansporn sein, Positives zu leisten. Eine Aenderung der schlechten wirtschaftlichen Verhältnisse Deutschlands ist nur zu erwarten, wenn die Betriebsräte die ihnen gestellten hohen Aufgaben erkennen und dementsprechend arbeiten. Dazu ist in erster Linie eine

durchgreifende Schulung sämtlicher Betriebsräte

erforderlich. Die Betriebsräte haben aber auch darauf zu achten, daß mit den vorhandenen Materialien allergrößte Sparsamkeit geübt wird. Schon aus diesem Grunde müssen sie die Kontrolle der Betriebe durchführen. Darüber hinaus müssen die Betriebsräte aber auch für die Einheitsschule eintreten, damit ein jeder seiner Begabung entsprechend geschult wird. Eine durchgreifende Aenderung im Lehrlingswesen erwartet der Redner von der Schaffung von staatlichen Lehrwerkstätten. Mit aller Schärfe wendet sich der Redner gegen **die proletarischen Einzelaktionen** und schließt mit dem Ruf:

Es leben die Massenaktionen!

Der Vorsitzende Graßmann gibt zur Kenntnis, daß eine Flut von Anträgen und Resolutionen zu den ersten beiden Tagesordnungspunkten eingelaufen ist. (Wir werden die angenommenen Anträge und Resolutionen im Verlauf des Berichts zur Kenntnis bringen. D. Red.) Nach Verlesung einer großen Zahl dieser Anträge macht Graßmann den Vorschlag, von einer weiteren Kenntnisnahme Abstand zu nehmen, das Bureau würde Veranlassung nehmen, sämtliche Anträge und Resolutionen dem Kongreß umgehend gedruckt vorzulegen. Der Kongreß beschließt weiter, zur Prüfung sämtlicher eingelaufenen Anträge eine zehngliedrige Kommission einzusetzen, die nach der Mittagspause benannt werden soll.

Graßmann teilt dann mit, daß die vor dem Kongreßlokal anwesenden Arbeitslosen sich nicht damit zufrieden geben daß der Reichsarbeitslosenrat nur mit beratender Stimme zum Kongreß zugelassen wird, sondern verlangen, daß dieser mit Sitz und Stimme zugelassen wird. Der Kongreß beschließt demgemäß.

Es wird in der Diskussion fortgefahren.

Hauding-Chemnitz wendet sich gegen **die Zentral-Arbeitsgemeinschaften,** da diese nur den Kapitalismus stärken. Eine Harmonie zwischen Kapital und Arbeit kann den Wiederaufbau der deutschen Wirtschaft nicht fördern, kann aber auch die Verelendung der Massen nicht verhindern. Wenn wir unsre Wirtschaft wieder aufbauen wollen, dann müssen neue Wege beschritten werden. Deshalb können wir uns auch nicht mit Halb- oder Vollsozialisierungen zufrieden geben, sondern wir müssen den

proletarischen Klassenkampf zur Erringung der politischen Macht

organisieren. Dem gesamten kapitalistischen Staatswesen müssen wir schärfsten Kampf ansagen. Dazu ist die **Einheit des Proletariats notwendig,** das in revolutionären Aktionen zusammengeschweißt wird.

Katz-Berlin: Die beiden Referate von Wissell-Hilferding haben uns gezeigt, welche Fülle an Aufgaben den Betriebsräten gestellt sind. Als Delegierte des Reichs-Betriebsrätekongresses müssen wir verlangen, daß dieser Kongreß **Vertreter in den Reichswirtschaftsrat** entsendet und die **Betriebsräte in den Bezirkswirtschaftsräten** zusammengefaßt werden. Aufgabe des Kongresses muß es auch sein, alles zur Linderung der Not der Arbeitslosen zu tun.

Ein Zwischenfall.

Müller-Berlin teilt dem Kongreß mit, daß der Eingang des Kongreßlokales mit Sicherheitswehr zur Bewachung des Kongresses besetzt ist. Er nehme nicht an, daß die Kongreßleitung die Sicherheitswehr gerufen hat, jedoch verlange er Aufklärung darüber und sofortige Stellungnahme des Kongresses, damit die Sicherheitspolizei zurückgezogen wird. Brolat teilt mit, daß von seiten der Leitung die Sicherheitswehr nicht nur nicht gerufen ist, sondern im Gegenteil von der Kongreßleitung veranlaßt worden ist, daß die Sicherheitsmannschaften sofort nach Erscheinen wieder zurückgezogen worden sind, so daß jetzt kein Sicherheitsmann mehr anwesend ist. Ditzmann und Graßmann bestätigen diese Darstellung.

Müller (Landarb.) zeigt sodann an mehreren Fällen, daß die Junker in Mecklenburg das Betriebsrätegesetz und Verordnungen und Verfügungen der Behörden sabotieren. U. a. werden entgegen der Verfügung des Reichsarbeitsministeriums

Tausende von Schnittern aus Kongreßpolen

importiert. Alle Mahnungen und Anregungen der Betriebsräte der Landarbeiter sind bei den maßgebenden Behörden unter den Tisch gefallen. Es ist keine Seltenheit, daß das für die Volksernährung wichtige

Brotgetreide an Vieh verfüttert

wird. Auf diese Weise gehen Tausende von Zentner von Brotgetreide verloren. Die christlichen Gewerkschaften haben sich dafür verwandt, daß die Landarbeiter die Deputate weiter bekommen, was ebenfalls eine schwere Schädigung der allgemeinen Volkswirtschaft bedeutet. Der Redner ersucht den Kongreß, die von den Landarbeitern eingebrachte Entschließung, die für die Interessen der Allgemeinheit eintritt, anzunehmen.

Hierauf tritt die Mittagspause ein.

* * *

Nach der Mittagspause eröffnet Aufhäuser die Sitzung um 3 Uhr. Er macht dem Kongreß den Vorschlag, da das zu leistende Arbeitspensum in der heutigen Tagung doch nicht erledigt werden kann, den Kongreß am Donnerstag fortzusetzen. Damit erklärt sich der Kongreß einverstanden.

Es wird dann in der Diskussion über die beiden ersten Tagesordnungspunkte fortgefahren.

Haas-Stuttgart (Bauarbeiter): Als Bauarbeiter möchte ich die Aufmerksamkeit des Kongresses auf die Misere des Baugewerbes lenken. Es waren Bestrebungen im Gange, die **Sozialisierung des Baugewerbes durch Gründung von Produktivgenossenschaften zu fördern.** Es hat sich aber sehr bald herausgestellt, daß diese Genossenschaften nicht nur von dem koalierten Unternehmertum, sondern auch

vom Reich, Staat und Kommunalbehörden boykottiert

wurden. Daraus ergibt sich, daß man das Baugewerbe als Ganzes sozialisieren muß, d. h. einschließlich der Ziegeleien, Kiesgruben, Zementwerke usw. Die Sozialisierung durch Schaffung von Produktivgenossenschaften herbeizuführen, ist unmöglich. Es wäre gut, wenn Genosse Hilferding sich in seinem Schlußwort zu diesem Punkt klar äußern würde. Der Redner legt dann mit Nachdruck Protest gegen die Maßnahmen der württembergischen Regierung ein.

Hierauf tritt Schluß der Debatte ein, jedoch erhält auf Anregung des Vorsitzenden Aufhäuser Schmidt-Berlin vom Reichsarbeitslosenrat das Wort zur Begründung zweier von ihm vorgelegter Anträge mit unbeschränkter Redezeit.

Schmidt führte aus: Im letzten Absatz des einen Antrages bringen wir klar zum Ausdruck, daß wir der Ueberzeugung sind, daß die Regierung alle unsre Anträge ablehnen wird, wie ja bisher fast sämtliche Anregungen von uns unter den Tisch gefallen sind. Es ist klar vorauszusehen, daß es im kommenden Winter durch die immer größer werdende Arbeitslosigkeit zu schweren Krisen kommen wird. Die Betriebsräte haben deshalb die Aufgabe, **über den Rahmen des Betriebsrätegesetzes hinaus den** Sabotageakten der Kapitalistenklasse entgegenzutreten, ganz besonders die

Stillegung der Betriebe zu verhindern.

Bei einem Teil der Betriebsräte, mit denen der Reichsarbeitslosenrat zu tun hatte, mußten wir feststellen, daß diese mit den Unternehmern gegen die Interessen der Arbeiter Hand in Hand arbeiten. Das muß aufhören. Die Betriebsräte müssen einen stärkeren Einfluß auf den Produktionsakt bekommen. Wir haben festgestellt, daß z. B. in der Polstermöbelindustrie Modellfabriken nur Luxusmöbel angefertigt haben, die dann ins Ausland verschoben worden sind. Weil wir nun wissen, daß die Regierung weder gewillt noch in der Lage ist, unsre Anträge, die die Sabotage des Unternehmertums unterbinden wollen, zu erfüllen, deshalb fordern wir für die Arbeitslosen Unterstützung aus allgemeinen Mitteln in Höhe des durchschnittlichen Arbeitsverdienstes. Der Kongreß muß sich über die Not der Erwerbslosen völlig im Klaren sein. Wenn nicht bald etwas geschieht, **dann werden wir es sicher erleben, daß die in Arbeit stehenden Kollegen von den Arbeitslosen aus den Betrieben herausgeholt werden.** Wir verlangen aber, daß für die Frau und Kinder der Erwerbslosen in genügender Weise gesorgt wird. Die Zahlen der unterernährten Kinder sowie die Sterblichkeitsziffern sind ständig im Wachsen begriffen. **Die Zahl der Prostituierten wächst infolge der großen Not.** Wenn Sie als revolutionäre Betriebsräte gelten wollen, dann müssen Sie den vom Reichsarbeitslosenrat gestellten Anträgen zustimmen. (Beifall.)

Aufhäuser-Berlin: Der Beifall, den Sie eben dem Vertreter des Reichsarbeitslosenrats gespendet haben, zeigt, daß der Kongreß ein starkes Empfinden und volles Verständnis für die Not der Erwerbslosen hat. Da der Kongreß aber nicht die Möglichkeit hat, die Erwerbslosenfrage erschöpfend zu behandeln, wäre es angebracht, wenn der Kongreß eine Körperschaft einsetzt, die in eingehender Weise sich mit dem Arbeitslosen-Problem zu beschäftigen hat. Wenn wir den Erwerbslosen durchgreifend helfen wollen, dann können wir das nur, wenn wir eine gemeinsame Kampfparole finden, die alle Kopf- und Handarbeiter zu einer geschlossenen Front vereint. Ob wir diese Parole finden werden, muß sich im weiteren Verlauf der Tagung herausstellen.

Wissells Schlußwort:

Wissell: Ich kann feststellen, daß von den Diskussionsrednern auf meine Ausführungen sachlich niemand eingegangen ist. Zu den vorliegenden Anträgen ist sehr viel zu sagen. Ein großer Teil derselben ist völlig hinfällig, da sie die Kompetenzen des Kongresses überschreiten. Wenn dieser Kongreß beispielsweise darüber entscheiden soll, ob die Gewerkschaften in den Arbeitsgemeinschaften bleiben sollen, so erkläre ich, daß die gewerkschaftlich organisierten Arbeiter an die Beschlüsse des Gewerkschaftskongresses gebunden sind. Zur Frage der Sozialisierung herrschte bei den Arbeitern in der Sozialisierungskommission vollste Einigkeit darüber, daß, wenn es zu einer allgemeinen Einigung komme, die Gesamtheit der Kapitalistenklasse darunter fallen müsse. Es geht nicht an, daß man bei der Sozialisierung einen einzelnen Wirtschaftszweig herausreißt und die Unternehmer andrer Wirtschaftszweige im Besitz der Produktionsmittel läßt.

Es hat auch keinen Zweck, wenn sich der Kongreß mit einem Antrag beschäftigt, wie etwa dem, ob die Regierung aus irgendwelchen näher angegebenen Gründen zurücktreten soll. Wir müssen uns deshalb bei den hier zu fassenden Entscheidungen auf das Notwendigste beschränken. Ich mache deshalb den Vorschlag, daß Sie die beiden vorliegenden Entschließungen der beiden Referenten annehmen und alle übrigen Anträge dem vom Kongreß zu wählenden Beirat zur Prüfung überweisen. Die Resolutionen Wissell-Hilferding bergen keine Meinungsverschiedenheiten in sich. Auch über das Endziel bin ich mit Hilferding einer Meinung. Wir müssen jedoch vor Erreichung dieses Endziels uns in den Wirtschaftszweigen, die noch nicht zur Sozialisierung reif sind, zu Maßnahmen verstehen, die als vorbereitende Schritte zur Verwirklichung des Sozialismus zu gelten haben. Ich will damit keine Verwässerung des Endziels betreiben, aber ich will auch nichts versäumen, was zur Umstellung der Wirtschaftsform notwendig ist. Dann rechne ich in erster Linie eine durchgreifende Schulung der Betriebsräte, die leider zum großen Teil ökonomisch und wirtschaftlich völlig ungeschult sind. Oft ist der Beweis dafür erbracht worden, daß die Betriebsräte infolge ihrer Unkenntnis nicht in der Lage sind, die Bestimmungen des Betriebsrätegesetzes voll auszunutzen. Wir werden trotzdem, wenn auch langsam, unser Ziel: die Sozialisierung, erreichen. Zuerst müssen wir dazu kommen, daß das **Kontroll- und Mitbestimmungsrecht der Arbeiter** ausgebaut wird. Als vorbereitende Maßnahme führt die Mitbestimmung der Arbeiter zu unserm Endziel: der Verwirklichung des Sozialismus. (Lebhafter Beifall.)

Schlußwort Hilferdings:

Zu Anfang seiner Ausführungen fordert Genosse Hilferding im Auftrage des Komitees zur einstimmigen Annahme der Resolutionen, betr. die **Verhinderung der Waffen- und Munitionstransporte gegen Sowjetrußland,** auf. Zur Sache selbst führt er aus: Auf alle Einzelheiten kann ich nicht eingehen. Ich halte aber die Auffassung für irrig, daß das Proletariat eines Tages plötzlich vor die Frage der Uebernahme der politischen Macht gestellt werden könne.

Der Kampf um die politische Macht setzt sich zusammen aus einer Reihe einzelner Kämpfe,

die in ihrer Zusammenfassung die politische Machtergreifung vorbereiten. Ich kann auch nicht zu jener Auffassung meine Zustimmung geben, die dahin geht, daß man die Bergarbeiter vor Illusionen warnen solle. Wir haben keine Illusionen.

Durch die Sozialisierung des Bergbaues ist der entscheidende Schritt zum Sozialismus getan.

Und mit der Niederringung des bürgerlichen Widerstandes kann der Machtkampf weitergeführt werden. Der kapitalistische Widerstand ist einheitlich, er heißt: Widerstand gegen jede Sozialisierung. Auch die Front der Arbeiterklasse muß einheitlich sein. Ihre Forderung muß sein: keine Zwischenlösungen, sondern die **Vollsozialisierung des Bergbaues.**

Wir müssen die großen **Schlüsselindustrien** fest in der Hand haben und wir können das nur, wenn wir die **Kapitalisten ausschalten.** Ich möchte hier keinen Zweifel darüber aufkommen lassen, daß **ich Gegner der Arbeitsgemeinschaft** bin. Es fällt keinem Gegner der Arbeitsgemeinschaften ein, sich gegen Tarifabschlüsse zu wenden. Aber wenn Arbeitsgemeinschaften gebildet werden, um eine gemeinsame Wirtschaftspolitik zu führen, so sage ich allerdings, daß dies unmöglich ist. Das haben gerade die letzten zwei Jahre gelehrt. Gerade die Bergherren, die Begründer der Arbeitsgemeinschaften, sind die schärfsten Gegner der Sozialisierung.

Im Wirtschaftskampf gilt der Klassenkampf, nicht die Arbeitsgemeinschaft.

Hilferding wendet sich ebenfalls scharf gegen die Hetze, die gegen die Arbeiter und Angestellten der Staatsbetriebe entfaltet wird, und weist sie als durchaus verlogen zurück. Er fährt dann fort: In meiner Resolution ist mein Standpunkt klar und präzis ausgedrückt. Der Kampf um die Eroberung der politischen Macht schließt den Kampf um die Sozialisierung in sich. Gegenwärtig sind wir vor eine ganz **konkrete Frage** gestellt: die **Sozialisierung des Bergbaues.**

Das ist keine Angelegenheit der Bergarbeiter, sondern der ganzen deutschen Arbeiterschaft, ja der Arbeiterschaft der Welt.

In England, in Amerika, werden diese Kämpfe Widerhall finden und neue Kämpfe entfesseln. Und in dieser Entfesselung neuer

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id394414608-19201007/9 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG

Kämpfe liegt bereits eine neue Erstarkung der proletarischen Machtstellung. Gewiß will ich auch die Produktionskontrolle. Aber wenn es sich handelt um die Sozialisierung des Bergbaues, können wir uns nicht begnügen mit der Produktionskontrolle. Unser Ziel auf diesem Wege kann nur die **Durchführung des Sozialismus** sein. (Lebhafter Beifall.)

Aufhäuser-Berlin schlägt vor, die beiden Resolutionen der Referenten sogleich zur Abstimmung zu bringen, dagegen alle andern Resolutionen und Anträge dem noch zu wählenden Beirate zu überweisen.

Schmidt-Berlin wendet sich gegen die Ueberweisung des Antrags der Erwerbslosen an den Beirat und erklärt, daß sie wohl zu sachlichen Aenderungen bereit seien, daß aber über die Resolution im Plenum abgestimmt werden soll. Im gleichen Sinne spricht Buchhein, während Graßmann-Berlin den Vorschlag Aufhäuser unterstützt.

In der nunmehr folgenden Abstimmung wird die **Resolution Wissell fast einstimmig angenommen, ebenso die Resolution Hilferding** mit der Abänderung, daß es statt Sozialisierung des „Kohlenbergbaues" nun Sozialisierung des „Bergbaues" heißt.

Die **Solidaritätserklärung für Sowjetrußland** wird einstimmig angenommen. Weiter wird beschlossen, alle Anträge, auch die der Erwerbslosen, dem Beirat zu übergeben.

Ein Vertreter der Opposition bringt zur Kenntnis, daß Wissells Behauptung, daß gegen seine Ausführungen keine Einwände erhoben worden seien, nicht stimme, da von 40 oder 50 gemeldeten Diskussionsrednern nur sechs reden konnten.

Thiel-Dortmund (Bergarbeiter) teilt mit, daß die Bergarbeiter von verschiedenen Seiten aufgefordert wurden, das Verfahren von Ueberschichten einzustellen. Er weist darauf hin, daß gerade die Metallarbeiter, die Bauhandwerker und andre die Leistung von Ueberschichten verlangt haben. Beschließt man hier, keine Ueberschichten mehr zu verfahren, so werden wir mit einem Willkommen zu Hause empfangen werden.

Kuhnt-Chemnitz beantragt im Namen der Opposition, daß zu den Punkten 3 und 4 der Tagesordnung Korreferenten zugelassen werden, und zwar solche, die auf dem Boden der dritten Internationale stehen. (Heiterkeit und Unruhe.)

Ueber diesen Antrag entspinnt sich eine längere Geschäftsordnungsdebatte. Reuter-Mainz wendet sich gegen den Antrag der Opposition. Als er davon spricht, daß sich die Opposition Redner von auswärts kommen lasse, kommt es zu andauernder heftiger Unruhe. Nach weiterer lebhafter Geschäftsordnungsdebatte wird mit 458 gegen 379 Stimmen beschlossen, der Opposition für die beiden folgenden Tagesordnungspunkte Korreferenten zuzubilligen. (Lebhafter Beifall.)

Ein Antrag, der für die Diskussion zu den beiden folgenden Tagesordnungspunkten vorsieht, daß in erster Linie die Vertreter der einzelnen Industriegruppen das Wort erhalten sollen, wird nach kurzer Aussprache abgelehnt. Auf Vorschlag Aufhäusers wird weiter beschlossen, die **Punkte 3 und 4 der Tagesordnung gemeinsam** zu verhandeln. Darauf werden die Verhandlungen auf Donnerstag, früh 8 Uhr, vertagt.

Briefkasten der Redaktion.

B., Volkmarsdorf. 1. Schon vor der Geburt des Kindes kann auf Antrag der Mutter durch einstweilige Verfügung vom Gericht angeordnet werden, daß der Vater den gewöhnlichen Betrag der Entbindungs- und Sechswochenkosten, sowie Kindesalimente für die ersten drei Monate nach der Geburt des Kindes hinterlegt. 2. Bestimmt das Gericht. 3. Die Alimente müssen so hoch sein, daß die Kosten gedeckt werden können. 4. Die ganzen Entbindungskosten sind zu zahlen.

K. J. 99. Nach dieser Richtung sind Preissatzungen nicht erfolgt. Es lassen sich auch gar nicht einheitliche Preise für den Quadratmeter normieren. Ohne Zustimmung des Mieteinigungsamtes darf Ihnen die Miete nicht gesteigert werden. — 1 Mk. Parteikasse.

O. J., Olbernhau. Wenden Sie sich an das Reichswehrministerium.

A. K., Leutzsch. Wenden Sie sich an den Direktor des Lehrer-Seminars in Leipzig, Elisenstraße. 1 Mk. Parteikasse.

Sch. M. 100. 30 Mk. sind steuerfrei. Erst vom Rest darf der Abzug vorgenommen werden.

O. K. Dem Gericht muß Kenntnis von dem Ableben gegeben werden.

M. L. 253. 1. Sie brauchen einen Auslandspaß und die Zustimmung des Vormunds. 2. Ja! Wenden Sie sich an ihn.

K. T. 16. 1. 30 Mk., 2. 125 Mk., 3. 40 Mk. bei Wochenlohn, 165 Mk. bei Monatslohn, 4. 50 Mk. bei Wochenlohn, 205 Mk. bei Monatslohn, 5. 125 Mk. für den Monat, 6. Broschüren sind mehrere erschienen. 1 Mk. Parteikasse.

U. W. 112. 1. Die festgesetzten Alimente müssen Sie bezahlen. 2. Nein, Sie können nicht darauf bestehen. 2 Mk. Parteikasse.

Münch. Wenden Sie sich beschwerdeführend an den Rat der Stadt Leipzig.

Arbeiter! — werbt neue — Volkszeitungsleser.

Licht-U.T.-Spiele
J.M. KÜNZEL
Nur noch heute
Erst-Aufführung
Richard Eichbergs gewaltiges Monumentalwerk
Der Fluch der Menschheit
Abenteurerfilm in 2 Teilen!
Der 1. Teil in 6 spannenden Akten
2 Teile Die Tochter der Arbeit! 2 Teile
In den Hauptrollen:
Violette Napierska
Lee Parry.
Ausserdem
Im Wirbel des Lebens
Sittendrama. Hauptdarsteller
Eva May
L. v. Ledebour Georg Alexander
Der zweite Teil:
Der Fluch der Menschheit
Anfang 3½ Uhr
Ab morgen Freitag: Der II. Teil
Im Rausche der Milliarden
6 Akte!
sowie „Gefesselte Liebe" oder „Liebe im Schnee"
5 Akte Hochland-Drama 5 Akte

Kognak-Verschnitt
43%, 42 Mk. per ¾ Liter *
Rum-Verschnitt
50 Mk. per ¾ Liter, empfiehlt
L. O. Kaspar Nachf.
Plagw., Zschocherische Str. 30.
en gros en detail

Holzschuh- und Pantoffelfabrik
Reif & Dorn
Spezialität:
Echt Lederschnürschuhe mit Holzsohle
Holzschuh-Besohlung
Holzschuh- und Pantoffelhölzer.
Beste Bezugsquelle f. Wiederverkäufer.
Verkaufs- u. Annahmestellen: Hauptgeschäft L.-Stötteritz Wasserturmstraße 10. Zweigstellen Anger, Mölkauer St. 33 und Sellerh., Wurzner Str. 43.

Reparaturen an Uhren jed. Art nur streng solide Ausführung u. unt. Garant. bei
Gustav Kaniss
Uhrmach., Tauchaer Str. 6.*

Johann Gottfried Seume
Ein literarisches Porträt
Ausgewählte Werke Seumes
Herausgeg. u. eingeleitet von
Wilhelm Hauenstein.
Preis geb. 10.00, brosch. 7.50
Leipziger Buchdruckerei A. G.
Abteilung Buchhandlung
Leipzig, Tauchaer Str. 19/21
Postscheckkonto Nr. 53477.
Die Austräger und Filialen der Volkszeitung nehmen Bestellungen entgegen.

Lichtspiele Alberthalle
Krystall-Palast
Ab Freitag, den 8. Oktober
Großes Detektiv-Doppelprogramm
Detektiv Phantomas
in
Professor Larrousse
Spannender Detektivfilm in 4 Akten.
Der nächtliche Gast
Ausländ. Detektivfilm in 4 Akten
und der übrige
reichhaltige Spielplan.

COLOSSEUM Roßplatz 12—13 Fernruf 18195/96
Intimstes und beliebtestes Lichtspielhaus
Dem immer wieder an uns herangetretenen Wunsch gerecht zu werden: Der im In- und Auslande mit beispiellosem Erfolg aufgenommene Film (in neuer Bearbeitung):
Ab morgen Freitag:
CLEOPATRA
die Herrin des Nils.
6 Akte. Kolossal-Auslandfilm. 6 Akte.
Bei gediegener, die Handlung zu vollster Geltung bringenden Musik.
Ein Auszug aus einer der vielen Pressestimmen: Cleopatra, die Herrin des Nils jene Episode a. d. Zeitalter des römischen Imperiums, da sich die schönste Königin Aegyptens dem Siegeswagen des Marc Antonius entgegenstellte und als alle physischen Machtmittel versagen, ihre natürlichen Reize zu Hilfe nimmt, um dann auch tatsächlich den Sieger auf die Knie zu zwingen. Wir sehen den in den Netzen der schönen Königin gefangenen Marc Antonius am ägyptischen Hofe ein Leben üppigsten Genusses führen, lernen die Eifersucht und Grausamkeit der schillernden Teufelin Cleopatra in grausenerregenden Szenen kennen und sehen das Verhängnis kommen im Rachefeldzug Roms gegen den Abtrünnigen und seine Geliebte.
Heute letzter Tag: Der Millionenraub.

ASTORIA
Windmühlenstraße 31 Fernsprecher 18195/96
Täglich Kassenöffnung 3 Uhr nachmittags
Anfang 3½ Uhr
Vorführungen: 3.30 5.10 7.00 8.45
Der Besuch der Nachmittags-Vorstellung sichert guten Platz.
Das alles übertreffende Filmwerk: Das
FRAUENHAUS VON BRESCIA
Nur für Erwachsene über 18 Jahre.

UNIVERSUM
Roßplatz 6 (Café Bauer) Fernsprecher 18195/96
Morgen Freitag: Erstaufführung!
DER HENKER VON ST. MARIEN
Ein Mysterium in 6 Akten mit
EVA MAY — PAUL RICHTER
Ein neuer Regisseur spannt diese lebendige Handlung in einen wunderschönen Rahmen. Ueber jedem Bild liegt ein Hauch wunderbarster Stimmung und Massenszenen sorgen dafür, daß Höhepunkte geschaffen werden, die immer wieder von neuem fesseln.
Heute letzter Tag:
ALGOL, DAS TEUFELSAUGE.

Königs-Pavillon
Promenadenstr. 8 (Thomasring) Fernruf 19271
Morgen Freitag, 8. Okt.
Der Nirvana-Zyklus:
Der Ueberfall auf die Telegraphenstation
6 Akte.
Judea 5. Teil. 9. und 10. Episode. 5 Akte.
Heute letzter Tag: Nirvana-Zyklus:
Das Haus des Schreckens
6 Akte und unser Karlchen in:
Der Prinz von Montecuculi
3 Akte.

Kasino-Lichtspiele
Neumarkt Fernruf 19950
Ab morgen Freitag, 8. Oktober.
Der Januskopf
(Die Doppelnatur ein. menschl. Ungeheuers)
Tragödie in 6 Akten mit
Conrad Veidt.
Das Heiratsbureau Süsslein
Lustspiel in 3 Akten mit
Curt Wolfram Kiesslich.
Heute letzter Tag:
Die Maulwürfe 5 Akte.
Aber — Herr Lehrer! 3 Akte.

Welt-Theater
Barfussgasse
wie oben im „Königs-Pavillon"
Heute letzter Tag
Die Rose von Stambul
Schauspiel in 5 Akten und
Die 3 Rubinen. 5 Akte.
In jedem unserer Theater Anfang 4, 5¼ und 8½ Uhr.

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id394414608-19201007/10 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG

Der Wunsch der Leipziger Brauereien, ein gutes Bier brauen zu dürfen, ist nunmehr erfüllt worden.

Das 8prozentige Vollbier

wird ausgeschroten

Die dem Sächsisch-thüringischen Brauereiverein angehörenden Brauereien.

Neues Theater.

Donnerstag, den 7. Oktober, bei aufgehobenem Anrecht: Vereinsvorstellung (kein Kartenverkauf). Sizilianische Bauernehre — Der Bajazzo. Anfang 7 Uhr.

Freitag, den 8. Oktober: 229. Anrechts-Vorstellung (1. Folge, grün): Undine. Anfang 7 Uhr.

Sonnabend, den 9. Oktober, bei aufgehobenem Anrecht, zum Besten der Lagreta: Die Meistersinger von Nürnberg. Anfang 6 Uhr.

Altes Theater.

Richard-Wagner-Platz. (Nachdruck verboten.) Fernruf 1416.

Donnerstag, den 7. Oktober 1920

Oeffentliche Vorstellung – Zugleich Schülerverein 1a

Platz.

Ein Spiel in 2 Teilen von Fritz von Unruh.
In Szene gesetzt von Dr. Alwin Kronacher.

Personen: Ein Soldatenführer (Alfred Schlageier); Der andere Soldatenführer (Wilhelm Engst); Dietrich, jüngster Sohn (Lothar Körner); Felger Sohn (Eugen Viberer); Tochter (Agnes del Sarto); Oberherr (Wilhelm Walter); Greis, Senior des Senats (Hans Feise-Gött); Graf Gutmundblut, Kommandant des Platzes (Fritz Reiß); Christlieb Schleich, ein Zeitgenosse (Ewald Schindler); Irene Hyazinte, Kinder der Oberherrn (Margarethe Anton, Käthe Wittenberg); Blanka, Haushofdame (Martha Arens); Reichsherren (Oskar Berger, Hans Betzler, Gustav Colmar, Adolf Winds).

Gewöhnl. Preise. Einlaß 6½ Uhr. Anfang 7 Uhr. Ende ungef. 10½ Uhr.
Studenten- und Schülerkarten ungültig.

Freitag, den 8. Oktober: Platz. (Oeffentliche Vorstellung — Zugleich Schülerverein 1a.) Anfang 7 Uhr.

Sonnabend, den 9. Oktober: Platz. (Oeffentliche Vorstellung — Zugleich Schülerverein 1a.) Anfang 7 Uhr.

Theater in der Elsterstraße 42, Kammerspiele. Fernr. 12300.

Täglich 7½ Uhr:

Evchen Humbrecht

Sonntag, den 10. Oktober
nachmittags 4 Uhr: **Evchen Humbrecht.**
Sonnabend, den 9. Oktober
nachmittags 4 Uhr: **Aschenbrödel.** (Kleine Preise.)

Drei Linden

Täglich abends ½8 Uhr

Gastspiel Hermann Mestrum

Deutschlands erfolgreichster Charakterkomiker

Gertrud Mangelsdorf

ehem. Mitglied der Königl. Schauspiele, Berlin
in dem Sensationssketch

„Nackt"

sowie die weiteren Welt-Attraktionen.

Vorverkauf: Tageskasse (Tel. 33495 und 33543), Th. Althoff, Petersstr., Konsumverein, K.-Heine-Str.

Weinpalast Eden

Kurprinzstr. 2. Tel. 15902.

Täglich Moderne Tanzaufführungen

Westend-Hallen, Plagwitz

Morgen Freitag, 7 Uhr, im festlich dekor. Saal

Großer Oktoberfest-Ball

Starkbesetztes Ballorchester. Tanz frei! Urfid. Betrieb.

Pantheon

Dresdner Str. 20 Fernspr. 15957

Morgen Freitag **Großes Oktoberfest.**

Sonnabend, 9. Oktober: Familienabend des Vereins für naturgemässe Gesundheitspflege, Leipzig II.

Gasthof Stünz

Straßenbahn 3 und 8

Morgen Freitag ab 7 Uhr:

III. großer Sondertag

im herrlich dekorierten Saal. Wiener Musik.
2. Auftreten des beliebten Kunst- und Mode-Tanzpaares Hans Mittag und Partnerin.
Grosse Schlager der Leipziger Tänzerwelt!
1. Boston. 2. Foxtrott. 3. Apachentänze.
Eintritt 2.50 Mk. Tanz frei. **Parole Stünz!**

Terrasse

L.-Kleinzschocher

Telephon 40634.

BALL!

Freitag, von 7 Uhr an
Eintritt: Damen 2, Herren 3 ℳ
Tanz frei! (nur Freitags)
Sonntag, von 5 Uhr an: BALL.

Ball-Haus **Goldner Helm** Leipzig-Eutr.

Morgen Freitag, ab ½7 Uhr

I. großer Wunsch-Abend

Tanzstunde SEIFERT

Kursus für Auswärtige usw. Anfang Sonntag, 10. Okt., nachm. 3 Uhr, im Eldorado, Pfaffendorf. St. 4. Nähe Hptbhnhf.

Die Reichseinkommensteuer

von **Rudolph Weck.** — Preis 1.50 Mk.

Leipziger Buchdruckerei A. G., Lauchaer Str. 19/21

Allgemeines Arbeiter-Bildungs-Institut Leipzig

Sonntag, 10. Oktober, vorm. 11 Uhr, in der Alberthalle

Erstes großes Symphonie-Konzert

ausgeführt vom

Grotrian Steinweg-Orchester (Konzertverein) unter der Leitung des Herrn Kapellmeister H. Scherchen, Berlin

—Vortragsfolge—

H. Berlioz, Ouvertüre zu „Benvenuto Cellini". — F. Liszt, Bergsymphonie. — R. Strauß, „Don Juan", symphonische Dichtung. R. Wagner, Vorspiel zu den „Meistersingern".

Einlaßkarten zum Preise von 3 Mk. in allen Filialen der Volkszeitung und in sämtlichen Gewerkschaften zu haben.

Voranzeige Mittwoch, den 13. Okt., abends 7 Uhr: **I. KAMMERMUSIK** im Gewandhaus.

Achtung! Gasthof Neustadt Achtung!

Morgen Freitag von ½7 Uhr an **I. Großes Oktoberfest.**
Abwechselnd Herren- u. Damenwahl. **Tanz frei.**

Freitag **Erstaufführung!**

Eine Darbietung, wie sie die Lichtbild-Bühne seit Jahren nicht gesehen hat.

Stuart Webbs

Ernst Reicher

Der gefürchtete Meister-Detektiv in seinem tollkühnen Abenteuer

Die Jagd nach dem Meister und König der Ausbrecher

6 Akte
1. Akt: Der geheimnisvolle Safes.
2. Akt: Der gefesselte Meister-Detektiv.
3. Akt: Ueberlistet. — In die Falle gegangen
4. Akt: Der König der Ausbrecher.
5. Akt: Ausbruch — Flucht — Verfolgung.
6. Akt: Ein Kampf ums Leben.
6 Akte

Hierzu:

3 Akte **Der hypnotisierte Ehemann** Lustspiel. **3 Akte**

Kammer-Lichtspiele

Windmühlenstr. 7. Am Königsplatz.

Reiterball L.-Dölitz, Straßenb. 12 morgen Freitag

Bergidyll.

Freitag, ab 8 Uhr

Feiner BALL!

Eintritt 2.50 Mk — **Tanz frei!**

Schwarzwald, Stötteritz

Freitag, Sonnabend, Sonntag: **Preis-Skaten.**

Inserate sind nicht an die Redaktion sondern a. d. **Expedition** d. Leipz. Volkszeitg. zu richten.

Prima Gummi-Pelerinen

Ia Qualität, aus amerik. Heeresbeständen

gebraucht, aber gut erhalten, passend für **Radfahrer, Wandervögel, Kutscher, Bergarbeiter, Wächter** usw.

per Stück Mark **65.—**

Versand ab Leipzig unter Nachnahme.

Erich Steingraf, Goethestraße 3/5, IV.

Neues Operetten-Theater.

Dufestraße. (Nachdruck verboten.) Fernruf 2684.

Donnerstag, den 7. Oktober 1920

Eine Nacht in Venedig.

Operette in 3 Akten von F. Zell und R. Genée. Musik von J. Strauß. In Szene gesetzt von Joseph Groß. Musikalische Leitung: Kurt Idel.

Personen: Guido, Herzog von Urbino (Kurt Wollram); Bartolomeo Delacqua, Stefano Barbaruccio, Giorgio Testaccio, Senatoren von Venedig (Rud. Auber, Jos. Trankmann, Willy Burg); Barbara, Delacquas Frau (Charl. Schädrich); Agricola, Barbaruccios Frau (Emmy Navarra); Constantia, Testaccios Frau (Anna Daniel); Annina, Fischerstochter, Barbaras Milchschwester (Margarete Röhner); Caramello, des Herzogs Leibbarbier (Walter Grabe); Pappacoda, Maccaronikoch (Rudi Geller); Ciboletta, Köchin im Dienste Delacquas (Frieda Rettig); Enricco Diselli, Seeoffizier im Dienste der Republik Venedigs, Delacquas Neffe (Georg Feldegger); Centurio, Page, Baldi, Diener des Herzogs (Sabine Herbig, Edmund Burkh); Rotburga, Macedonia, Cantilliana, Petronilla, Liberta, Senatorsfrauen (Anni Feldegger, Anni Eichler, Hermine Lohse, Ellen Kukenburg, Martha Büttner); Ein alter Fischer (Paul Schröder); Eine Obstverkäuferin (Johanna Bennewitz); Ein Wasserträger (Karl Dietzmann); Ein Bohnenhändler (Joseph Philipp); Peppino, ein Junge (Kleiner Zikinas).

Gewöhnl. Preise. Einlaß 7 Uhr. Anfang 7½ Uhr. Ende gegen 10½ Uhr.
Studenten- und Schülerkarten ungültig.

Freitag, den 8. Oktober: Der Rodelzigeuner. Anfang 7½ Uhr.

Sonnabend, den 9. Oktober Die schöne Helena. Anfang 7½ Uhr.

Leipziger Schauspielhaus.

Sophienstr. 17/19 Direktion Fritz Viehweg. Fernruf 1060

Donnerstag, den 7. Oktober 1920

Sumpf.

Drama in 1 Vorspiel und 3 Akten von Leopold Schwarzschild.
In Szene gesetzt von Fritz Viehweg.

Personen: Generaldirektor Ponader (Otto Storckel); Der General a. D. (Hanns Steiner); Geheimrat Hauchecorne (Bernh. Wildenhain); Landrat von Freiwald (Karl Kessler); Der Hauptmann (Reinh. Valqué); Der Sekretär Ponaders (Alfred Wötzel); Ein Unteroffizier (Herbert Born); Wilfert, Knaop, Black, Krähn, Soldaten (Paul Wederow, Georg August Koch, Adolf Braunstein, Robert Dirk); Anna Mittrop (Anne Klemann); Tetkov, Zelka, Arbeiter (Hans Stolle, Karl Walden); Eine Arbeiterin (Miel. Krüger-Michaelis). Soldaten, Arbeiter, Arbeiterinnen.

Größere Pause nach dem 1. Akte (2. Bilde) und 2. Akte (3. Bilde).
Einlaß 6½ Uhr. Anfang 7 Uhr. Ende gegen 9½ Uhr.

Freitag, den 8. Oktober: Und Pippa tanzt. Anfang 7 Uhr.

Sonnabend, den 9. Oktober: Erstaufführung: Bunbury. Anfang 7 Uhr.

Sonntag, den 10. Oktober, nachm. 3½ Uhr: Mutter Erde (Einheitspreise). Abends 7 Uhr: Bunbury.

Bestellte Eintrittskarten müssen eine halbe Stunde vor Beginn der Vorstellung abgeholt sein, andernfalls wird darüber verfügt.

Der zweite Spielabschnitt läuft vom 6. Oktober bis 31. Oktober 1920. Bis zu diesem Tage muß die zweite Marke der Jahreskarte an der Tageskasse eingelöst sein.

Bayerische Straße 8/10. **Leipziger Volksbühne.** Fernruf 11111.

Leitung: Robert Oberweg.

Freitag, den 8. Oktober, abends 7 Uhr: Serie 8.

Das Käthchen von Heilbronn.

Schauspiel in 5 Akten von Heinrich von Kleist.

Krystall-Palast Theater

Fernspr. 7071

Täglich abends ½8 Uhr:

Ballett Charell

und das weitere

Weltstadt-Programm.

Battenberg

Varieté. Täglich abends ½8 Uhr: **Die erstklassigen Oktober-Spezialitäten.**

Theater. Abends ½8 Uhr: **Arbeit u. Kapital.** Sittendrama von Th. Schmidt. Morgen: **„Arbeit und Kapital."**

Vorverk.: Tagesk. Ztg.-G. K. Hirsch, Katharinenstr. 6.

Nachtfalter

Hainstraße 18

Allabendlich 7½ *Uhr*

Erstklassige Kabarett-Darbietungen

Albertgarten

L.-Anger.

Morgen Freitag ab ½7 Uhr

1. großes Oktoberfest

Stimmungsvolle Dekoration — Feenhafte Lichteffekte
Oberlandler-Kapelle — Fideler Betrieb —
Bayerisches Starkbier — Obstwein — Traubenmost

Papiermühle

Stötteritz Wasserturmstraße 33

Straßenbahn Linie 5, 6, 18 — Telephon 8261.

Morgen Freitag ab 7 Uhr **3. großer Volksball**

1.20 ist der Eintrittspreis bei freiem Tanz 1.00

Sonntag, ab 4½ Uhr: **BALL** 1.20

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id394414608-19201007/11 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG

Kleiner Anzeiger

Meister

zur Leitung einer Fabrik für Ovalrahmen für Wien gesucht

Hoher Lohn, freie Wohnung, Beleuchtung und Beheizung. Bezug ausreichender Lebensmittel wird garantiert. Reise- und Uebersiedlungskosten werden vergütet. Zuschriften unter „Dauerstellung Nr. 778“ an die Expedition d. Blattes erbeten. [*

Tüchtig. Rock- u. Reparatur-Schneider, Tarif Ia, sucht Eichhorn, Rathausstr. 33, II.

Perfekt. Zuschneider für sofort gesucht. EDWIN FRAUENDORF, Schuhfabrik, Zwenkau.

Für sofort wird kräftiges und ehrl. Mädchen, welch. z. Hause schlaf. kann, für kleinen Haushalt gesucht. Oststr. 98, pt. r.

Zuverlässige Frauen od. Mädchen z. Zeitungstrag. für früh u. abends sofort ges., monatl. 80—100 ℳ. Zu melb. Königstraße 3, Hof l. Richter.

Witwe sucht frauenl. Haush. z. führ., wo sie 4j. Kn. mitbr. k. Off. u. C. 3 Fil. Weißenfels St.

Zigarrenarbeiterin f. Arbeit. Plag., Merseburg. Str. 32, I. l.

Verkäufe

Billige Eier eingetroffen. Verkaufe Donnerst. v. 9 U. an **Knick- und Fleckeier** jedes Quantum **Repper, Eberhardstr. 10.**

Kartoffeln [* 10 Pfd. 3.50, in 3tr. billiger. **O. Stöbe, Kohlenstr. 2-4.**

Rauchtabak .

ähnlich	c. 100 gr nur	1.—
Zig.-Abfall	c. 100 gr „	3.25
Grobschnitt	c. 100 gr „	4.—
Mittelschnitt	c. 100 gr „	5.—
Portorico	c. 500 gr „	25.—

Elsterstr. 3 und Gerberstr. 40.

TABAK

rein Ueberlee	100 gr	ℳ 3.40
Carmi	100 gr	ℳ 4.50
Ueberseemisch.	100 gr	ℳ 4.20
Blattware	100 gr	ℳ 4.—
Marine-Shag	50 gr	ℳ 3.30
Carmi-Shag	50 gr	ℳ 6.—

Probesendungen von 9 Pfd. an gegen Nachnahme.

Zigaretten hell. Tabak, 100 Stück ℳ 24—26. **Carl Michel, Tabakfabrik, Worms a. Rh. 24.**

„WEBE“ Batterien Feuerzeuge Glühstrümpfe [* **BUHSE, Kaiserstraße 5**

Schuhwaren solid u. elegant kauf. Sie bei **Christian Eichel,** Kleinsschocher, Dieskaustraße 11. Eigen. Reparaturwerkstatt.*

H.-Stief. (39), 40 ℳ, S.-Palet. Stött., Gletchersteinstr. 29, II.

Gelegenheitskauf! D.-Stief. 145 ℳ, D.-Schuhe 85, H.-Stief. 130, Knd.-Stief. 65 ℳ Lehmann. Dresdner Str. 69.*

D.-Stiefel, neu besetzt, Gr. 37 Go., Cöthner Str. 15, H. pt. lks.

Eleg. Sport-Ulster, br., 2 el. Cutaw.-Anz. m. gestr. Hose* 300 u. 475 ℳ. vk. Burgstr. 18, II. l

Billige Gelegenheits-Käufe aller Art; neue u. getragene **Herrengarderobe Militär-Sachen Schuhe u. Stiefel** * **Wäsche** verkauft **Walter Fritzsche** Neudn., Frommannstr. 12, Ld.

Gehrckanz., Cutaw., Smoking. Jackett- u. Kinderanz., Ulster, gestr. Hose, Arb.-Hose, Lang-, Reit-, Schaftstief., Schnürsch. Windmühlenst. 32, Sp. A. r. v. r*

Anzug, bl., Mil.-Bluse u. Hos., Ulst., Mil.-Stief. (27/5), Mil.-Mant., vk. Freitag v. 5 Uhr an Plag., Jahnstraße 52, H. l. lks

Bill. Jackett-Anzüge Wint.-Paletots, Ulster alle Größen verkauft* Windmühlenstr. 33, I.

3 Anzüge 175—350 Mk., Gehrockanzug, Cutaway, Ulster, Mil.-Rock, verk. spottb. Lange Str. 10, I.*

Herr.-Anz., schw., mittl. Fig. u. gestr. Hose bill. z. vk. Kleinsch., Altranstädter Straße 27, pt.

Gehrock-Anzug zu verkaufen Stötteritz, Weißestr. 12, III. r.

Winter-Mäntel, Kostüme, Blusen, neu u. gebr., vk. bill.* Wanda Lory, Bayer. Str 13, I.

Tuchjackett, schwz. Ing., Gr. 44, schwz. Spangenschuhe, Gr. 38, fast neu, Bernhardstr. 7, III. M.

Kostüm-Röcke bl. u. schwz. 65—100 Mk. **Arbeitshemd., je 33 Mk.** Rd., Frommannstr. 12, Lad. [*

Blusen Röcke Billig! Nikolaistr. 5, in Specks Hof im Durchgang, Laden 29 **P. Schmitz.***

Fuchsform-Garnitur 200 Mark u. and. Pelzsachen verk. billig Reicher, Hainstr. 29, II, T. 60029 u. Eisenbahnstr. 69, Laden, früher Eisenbahnstr. 17, II. [*

Hemden f. Damen f. Herren **25.—**

Hemdentuch u. Nessel	m 15.—
Hemdenbarchent	m 16.—
Bettwäsche, wß. u. bt.	m 20.—
Wischtuch	Stück 6.—
Handtuch	Stück 6.—

Kohlgartenstr. 19, l. links.*

Achtung! Billig! Hemdentuch v. 14 ℳ, Barchent von 12 ℳ an. Kleiderstoffe! Rdn., Kohlgartenstr. 37, II. M.

Herrenstoffe [* Mk. 46.—, 56.—, 60.— u. höher. Kleinsch., Klingenstr. 47, pt.

4 Deckbett., saub., 150—200 ℳ, 2 Bettst. m. g. Mtr. 200—225 ℳ, Federkiss. Brüderstr. 10, I. l.

1 Geb. Federbetten, Chaisel. verk. Sophienstraße 52, prt.

Kldschrk., Bettst. m. M., Stühl., Küche Vo., Natalienstr. 19, p. l.

Schrank 175, Vert. 265, Waschkomm. m. Marm., Chais., Sofa billig Kohlgartenstraße 30, p.

Vertiko, Auszieh-Tisch, Schrank, Rohrstühle, * neu, verkft. Turnerstraße 7, I.

Vertiko, Bettst. m. M., Waschtisch mit Marmorpl., Stühle, Teppich Zeitzer Str. 38, II. l.

Nußb.-Vertiko mit Spiegel, furniert, Kleiderschrank bill. zu verk. Turnerstraße 12, p. l.

Küche, Schreibtisch, Gaslamp. vk. Kappe, Nürnberger St. 11.

Küche, neu, f. 825 ℳ verkft. Kapellenstr. 20, II. l.

Küchenschrk. 180, Federbetten, Kleiderschrank, gr. Reisekorb billig Sternwartenstr. 43, I. l.

Sofa, Chais., Bettst. m. Matr. verk. Moltkestraße 58, pt. lks.

Sofatisch, 4 Rohrst., Deckbett m. Kiss. vk. Vo., Ewaldstr. 17, p.

Betten, mod., neu, m. g. Matr., u. 3teilige Auflagen, sol. Vorrat 455 u. 520 Mk Elisabethstraße 28, Ecke Eisenbahnstr.*

Bettstelle m. Matratze, 130 ℳ, zu verk. Lützowstraße 34, III.

Z. Verkauf steh.: 1 einf. Bettst. m. Strohm. 90 ℳ, Tische, versch. Stühle, 1 kpl. gbr. Küche 350 ℳ, J. Heere, Verstein., Brüderstr. 5

Bettst. m. laub. M., gut. Cpalj. bill. z. verk. Turnerstr. 12, p. l.

Geige, Frommannstr. 12 Pd.*

Sprechapparate, neu und gebraucht., u. Schallplatten b. z. vk. Lind., Gundorfer St. 5, A. Dietrich.*

Bandoneon, guterh., 100 tön., oktav m. Lederkoff., preiswert z. vk. Borsdorf, Schulstraße 2, II.

Wringmasch., Wring-Walzen, Karbid jed. Quantum verk. b. Fahrradhdl. Kreusstr. 46, H.*

Fahrräder 1. Mark. neu u. wie neu vorgerücht. für Herren, Dam. u. Kinder **Decken u. Schläuche** Riesenausw., allerbill. Pr **Beyer** Ranstädter Steinweg **33.**

Rad m. Gummi u. Freilauf, 250 ℳ, vk. Trödl., Markt 2, IV.*

Fahrräder, gebrauchte, verk. Gr. Fleischergasse 22, Laden.*

Decken u. Schläuche Continent., Dunlop, Peters, Excelsior, Deka. Stöckigt.* Decke 75, Schlauch 25 Mk, an Große Fleischergasse 22, Lad.

Kinderwagen, 60 Mark, zu verk. Radiusstraße 8, l. links.

Kinderw. m. g. Gu., Erstlingswäsche, neu, Natalienst. 19, p. l.

Klappwagen m. Verd., prew. z. verk. Li., Nietschelstr. 37, I. l.

Kinderkorb m. Gest., gr. Zinkbadew. vk. b. Moltkest. 15, II. l.

Für Schlosser! Handbohrmaschine u. versch. Mat. verk. bill. Wiesenstr. 25, Tischlerei.

Waschwannen f. bill. Moltkestr. 44 (Laden). Annahme von Reparaturen.

Petr.-Hängel., Krone, einger. f. Gas, guterh. Blüte, 48, sehr billig z. verk. Dittrichstraße 54, I. l.

Gute Mastriege, hornlos, Minorka-Hühner 1919 u. 20, Hühner-Haus, Drahtgeflecht Wiederitsch, Körnerstr. 36, p.

Junge und alte Hühner, Tauben, Kaninchen, Enten vk. Volkm., Zollikoferstr. 41.

Kaufgesuche

Militär-Stiefel od. Schuhe, neu od. wenig gebraucht kft. Lindenau, Angerstr. 1, III. r

Guterhaltene Herren-* **Garderobe Militärsachen Wäsche Leihhausscheine** k. Frinsche, Frommannst. 12, L.

Kaufe neue u. gebr. Bett-, Tisch-, Küch.-, Kd.- **Wäsche** Fedb., Inletts, Garderobe Stores, Vitrag., Teppiche Gold-, Silber-Sach., Herr.-Dam.-Garderobe, Wäsche **Wadewitz** neben Astoria Tel. 15475 [* Windmühlenstraße 33, I.

Mil.-Sachen, Stiefel, Ulster, Anzug k. Dresdner Str. 69.*

Bettwäsche, Handtücher zu k. ges. Eilenstr. 95, pt. l. [*

Wäsche, Herren- u. Damen-Garderobe Schuhe, Gardinen und alles andere kauft **Brecher, Gerberstr. 43, Tel. 2856.***

Felle-Einkauf. Trotz rückgängiger Konjunktur bin ich nach wie vor Käufer sämtlicher Sorten roher Häute und Felle zu Tagespreisen. **Albin Wagner,** Querstraße 27. [*

Gehrock- u. Jackett-Anzug und Paletot sucht Hahn, Lange Straße 10, I.*

Mil.-Sachen, Leihhausch., Herren-Garderobe, Wäsche k. Klink, Ranstädt. Gasse 6. [*

Wäsche aller Art [* neu u. gebracht. Partiewaren, Gardinen kft. ständig Glaser, Ranstädt. Steinweg 46, Telephon 1312*

Z. Ausstattung! Bettwäsche, wß. u. bt., Leibw., Tepp., Hand- u. Wischtücher, neu od. gebr. z. kf. gesucht. Arndtstr. 71, I. r.*

Achtung! * Bettw., wß. u. bt., neu u. gebr. Leibw., Inl., Leibbinden k. reell Sorel, Brühl 11, III. Vdh.

Eisernes Kindergitterbett k. Müller, Frommannstr. 6.*

Schallplatten alte u. Bruch k. z. Tagespr. Stötteritzer Str. 9, N. f. Zeit*

Nähmaschine kauft Kappe, Nürnberger Straße 11 [*

Weingmaschinen, a. defekt k. Fahrradhdl., Kreusstr. 46, H.*

H.- u. D.-Rad, m. od. o. Gu., auch defekt k. Trommer, Rd., Weidmannst. 2 (Dresd. St.)*

Spiralbohrer Schmirgelein., Schraub., neu k. Reinhold, Hardenbergstr. 9*

Leim kf. jd. Posten, Heil, Auß. Hall. Str. 55, I

Kupfer - Messing Blei - Quecksilber k. Borghardt & Schmidt Katharinenstraße 5, III. [*

Achtung! Wolle Lumpen Felle aller Art Kupfer // Messing Blei // Zink kauft Rosenfeld Gohlis, Schkeuditzer Str. 9.*

Lumpen u. Altpapier kauft ständig [* L.-Neuschönef., Melchiorstr. 3

Felle aller Art u. jedes Quantum **Schafwolle** kauft laufend **Einkaufs-Zentrale Weigler, Dorotheenplatz** Ecke Zimmerstraße [*

FELLE Ziegen-, Kanin-, Kalb-, Rinds- u. alle and. Felle kauft J. Knoblauch* Plauensche Str. 11 I. Hof

Felle und Häute Rauchwar., Schafwolle usw. kauft Jamschon* Sternwartenstr. 27, T. 11018

Felle kauft laufend **Katz** Nikolaist. 31, Tr. C, II*

FELLE aller Art kauft Reicher Hainstraße 29, II, Tel. 13213 u. Eisenbahnstraße 69, Laden früher Eisenbahnstr. 17, II.*

Kaninfelle kauft B. Krause, Leipz.-Lindenau Burgauenstr. 12 [*

Felle aller Art kauft v. Händlern u. Privaten ●● S. Aron, Leipzig ●● Brühl 45, pt. Tel. 8546. [*

Sämtliche Sorten **Häute u. Felle** kauft die Rauchwarenfirma **Rabinowicz & Co.** Nikolaistr. 28/32, II. Tel. 3169 Nicht in den Laden gehen. [*

HAMSTER kauft fortlaufend * **Wilhelm Näbe :: Leipzig** Richard-Wagner-Straße 4

Felle, Wolle, Haare kauft stets Holländer Ranst. Steinweg 11, T. 8604*

Felle kauft Rosenzweig, Kleine Fleischergasse 16. *

Felle aller Art kauft Lind., Gemeindeamtstr. 9. [*

Unterricht

Damen k. i. d. Abdst. d. Schneid. erl. Off. u. **B. 9** Filiale Gohl.

Massage-Unterricht mit ärztlicher Prüfung! Am 18. 10 beginnt ein neuer **Abend-Kursus.** Anmeldungen täglich: **Institut P. Schubert,** Humboldtstraße 5. *

Vermischte Anzeigen

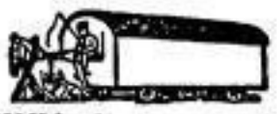
Der erkannte j. Mann, w. am 6. 10. früh 9.20 **mein Rad** aus d. Hof Arbeitsamt II wegfuhr, w. gebet., selbiges geg. Versicherung keiner Anzeige mir zurückzugeben. Andernfalls überweise ich die Sache der Staatsanwaltschaft. **Artur Kupper,** Connewitz Ernestistraße 9, II.

Ausschneiden! Stets erfolgreicher **Rechtsbeistand** Alim.-, Ehe-, Erb-, Straf-, Steuers., Gesuche, Testam. **Friedr. Pfefferkorn** Go., Landsberger Str. 24 Linie 6. — Sprechz. 1—6.*

Rechtsbureau Leipzig-West Prozeßvertret., Uebern. von Straff., Ehel. usw., Gnadengesuche, Testamente. * **O. Dimmroth, L.-Lind.,** Kubturmstr. 4 — Tel. 33487.

Rat und Beistand Aliment.-, Ehe- u. Strafsachen **Gnadengesuche!** Graf. Grimm. Steinweg 14. *

Politische Parteien und Verfassungskämpfe in Sachsen von der Märzrevolution bis zum Ausbruch des Mai-Aufstandes 1848—1849 von **Dr. Curt Geyer** Preis broschiert 8.— Mark **Leipziger Buchdruckerei A. G. Abteilung Buchhandlung** Leipzig, Tauchaer Str 19 21. Postscheckkonto Nr. 53477. Die Austräger und Filialen der Volkszeitung nehmen Bestellungen entgegen.



Möbeltransporte Hans Eitner Gegr. 1866. * Leipzig, Roscherstr. 1113. **Stadt- und Fern-Transporte.** Nur gute Ausführung. Aufbewahrung. Fernruf 13500 u. 20310.

Wohnungen

Möbl. Zimmer frei f. Mann i. m. J. bei Witwe f. Klzsch. A. W. v. Pens. u. F.-Anschl. Off. u. K. 48 Dieskaustraße 5.

Aelt. Herr sucht möbl. Zimm. in Connewitz. Off. u. M. 24 Fil. Co., Bornaische Str. 13.

1 od. 2 l. Zimm. v. ält. b. Herrn gesucht. a. liebst. a. d. Lande. Off. u. V. 42 Fil. Zeitzer Str. 32.

Brautpaar, 30 J., tagsüb. n. a. D., s. 1 od. 2 l. Zi. m. Kochgel. Gute Bezahl. Off. u. **O. 142** Filiale Elisabethstraße 19.

Brautpaar sucht sof. od. spät. 2 leer. Zim. m. Kochgelegenh. Gohl.-Eutr. bevorz. Adr. an Mucke, Gohl., Plantnstr. 31.

Wohnung, Stube, Schlafst. u. Küche i. Connew. geg. größ. zu tauschen ges. Off. u. **G. 37** Volkszeitung Tauchaer Str.

Alte Hüte für **Damen und Herren** werden in meiner **Hutfabrik** auf neueste Formen umgepreßt * **Tadellose, schnelle Ausführung!**

Elisabeth Schulze Katharinenstraße 13 und Königsplatz 7, Ecke Markthallenstraße.

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id394414608-19201007/12 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG